

INTERNATIONALE POLITIK

Das Magazin für globales Denken

Interview mit Cem Özdemir „Es braucht eine Politik, die auf Wissenstransfer und Kooperation setzt“
Heike Holdinghausen, Claudia Behrend, Claudia Hunecke Wie sich die Welt gut ernähren ließe
Ulrich Ladurner Der Wiederaufbau der Ukraine ist eine wichtige Investition in Europas Sicherheit



Saat für die Welt

Wege aus der Ernährungskrise





Liebe Leserin, lieber Leser,

der Hunger der Welt ist ein politisches Versagen erster Ordnung. Etwa 800 Millionen Menschen in fast 100 Ländern der Erde hungern. Das sind 200 Millionen Menschen mehr als vor zwei Jahren. Wir nehmen das hin, achselzuckend, tja.

Gründe für den Welthunger sind Logistikprobleme und Konflikte; Klimawandel und Verschwendung; Nachernteverluste, Fluchtbewegungen, Biosprit und vieles mehr. Neben Armut aber ist Hunger vor allem eine Frage der Macht. Und, schlicht und einfach, des politischen Willens. Selbst in einer (noch) wachsenden Weltbevölkerung wäre genug für alle da, eigentlich. Dafür müssten die etwas ändern, die das können.

Stattdessen aber ist dies die Lage: Jeder neunte Mensch weltweit hungert. Von ihnen sind die meisten nicht von akuten Katastrophen betroffen, sie hungern einfach immer. Wo es früher schon schlecht war, wurde es noch schlechter; seit 2014 hat sich die Hungersituation in 20 Ländern mit mäßigen, ernsten oder sehr ernsten Hungerwerten verschlimmert. Bis zum Jahr 2030 wollten die Vereinten Nationen den Hunger auf der Welt besiegt haben. Dieses Ziel zu erreichen, ist nicht mehr möglich, und das ist mehr als bitter.

Dieses gewaltige Scheitern nur zu bedauern, wäre zu wenig (siehe: Achselzucken). Wir haben ein Titelthema aufbereitet, das Zusammenhänge herstellt, Verantwortlichkeiten zuweist und Wege aus der Ernährungskrise aufzeigt. Und: Im Kampf gegen Autokratie und Despotie sind Nahrung und Agrartheemen eminent politisch. Es geht im Wettbewerb der Systeme nicht nur um ideologische Anziehungskraft, sondern schon auch ums Leben.

Es ist nicht so, dass Hunger gottgegeben ist oder eine Naturkatastrophe. Man hätte schon längst viel mehr tun können. Man müsste allerdings wirklich, wirklich wollen.

Martin Bialecki
Chefredakteur

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Saat für die Welt

Eigentlich müsste niemand Hunger leiden, nicht nur Brot könnte genug da sein. Dennoch bekommt die Politik dieses für Millionen Menschen existenzielle Problem nicht in den Griff. **Seite 16**

Titelthema

Recht auf Nahrung

Eine Welt ohne Hunger bis 2030? Es fehlt an politischer Verantwortlichkeit, um dieses Ziel zu erreichen. *Von Alexander Müller* **18**

„Es braucht eine Politik, die auf Wissenstransfer und Kooperation setzt“

Akute Nothilfe ist unerlässlich, löst aber keine zugrundeliegenden Probleme. Deshalb plädiert der Bundesagrarminister für den Bau von Getreidesilos. *Interview mit Cem Özdemir* **25**

Daten und Fakten **30**

Afrika muss sich selbst ernähren

Deshalb sollten dort kleinbäuerliche Strukturen und ökologischer Anbau gefördert werden. *Von Francisco Mari* **32**

Gruß aus der Konzeptküche

Ein Lösungsmenü in drei Gängen, um die Ernährungssituation der Welt zu verbessern: **38**

Zwischen Hightech und Harke **39**

Essen auf Rädern **42**

Eine Diät für den Planeten **45**

Offener Handel, bessere Versorgung

Seewege sind beim Transport von Agrarprodukten essenziell, Störungen können massive Auswirkungen haben. *Von Bettina Rudloff* **48**

Ernte und Erderwärmung

Dürren, Fluten, Schädlingsplagen: Der Klimawandel bremst die Nahrungsmittelproduktion. *Von Christoph von Eichhorn* **52**

Foyer

MITWIRKENDE 4
 IP-FORSA-FRAGE: **China als Vermittler?** 5
 KALENDARIUM 6
 DREI FRAGEN AN: **Eva Högl** 8
 PORTRÄT: **Vanessa Nakate** 9
 UNTERM RADAR: **China in Lateinamerika** 12
 IN 80 PHRASEN UM DIE WELT: **„Der Globale Süden“** 15

Weltspiegel

„Wir versetzen die Menschen in die Lage, den Wiederaufbau selbst in die Hand zu nehmen“
 Wie kann die internationale Gemeinschaft die Ukraine nach einem Ende des russischen Angriffskriegs unterstützen? *Interview mit Achim Steiner* 60

Kampf der Narrative
 Mindestens vier Sichtweisen konkurrieren auf der Welt, um Russlands Überfall auf die Ukraine einzuschätzen. *Von Jarostaw Kuisz und Karolina Wigura* 66

Investition in Europas Sicherheit
 Nur mit einem gelingenden Wiederaufbau der Ukraine und ihrer Integration in die EU kann sich Europa vor Putin schützen. *Von Ulrich Ladurner* 71

Regime der Revanche
 Putins unbändige Zerstörungswut konzentriert sich auf die Ukraine, trifft aber auch Europa und große Teile der Welt. *Von Michael Thumann* 76

Annäherung mit Fragezeichen
 Zwischen Saudi-Arabien und dem Iran stehen die Zeichen auf Entspannung. Doch Teherans Atomprogramm könnte das rasch ändern. *Von Guido Steinberg* 82

Rohstoffe „made in Germany“
 Es reicht nicht, Lieferketten zu diversifizieren oder die Kreislaufwirtschaft hochzufahren: Europa muss mehr Rohstoffe selbst fördern. *Von Stefan Steinicke* 87

Positionen

ESSAY: **Kollektivismus und Kremlpropaganda**
 Wenn sich Linke die Wahrheiten eines Faschisten wie Putin aneignen, zerbrechen alte Erklärungsmuster. Ist dies der Konflikt zwischen Konzepten des Individuums im Zentrum einer Gesellschaft und Ansätzen, die nur aufs Gemeinwohl zielen? *Von Thomas Apolte* 92

GEGEN DEN STRICH: **Großbritannien nach dem Brexit** Vier Thesen auf dem Prüfstand. *Von Torsten Riecke* 98

REPORTAGE: **Am Ende in Mali** Es ist das letzte Jahr im derzeit größten Auslandseinsatz der Bundeswehr. Und so sieht heute die Lage vor Ort aus. *Von Issio Ehrlich* 104

KOMMENTAR: **Wer Europas militärische Souveränität will, braucht nationale Industriepolitik**
Von Michael Schöllhorn 110

KOMMENTAR: **Der Multilateralismus lebt!**
Von Christian Schwägerl 112

BRIEF AUS... **Chişinău** Moldaus Kurs auf Europa. *Von Herbert Gruenwald* 114

INTERNATIONALE PRESSE: **Schweden und Finnland** Der NATO-Beitritt ist ein epochales Ereignis. *Von Rudolf Hermann* 116

BUCHKRITIK: **Deutschlands desaströse Russland-Politik** Russlands Überfall auf die Ukraine war wie das Pearl Harbour der deutschen Ostpolitik. Wie konnte es dazu kommen? *Von Hanns W. Maull* 120

BUCHKRITIK: **Maos lange Schatten**
 Eine Autorin und fünf Autoren widmen sich den internationalen Dimensionen von Chinas (Wieder-)Aufstieg. *Von Marko Martin* 124

Impressum 128

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Seite 104 In Mali bereitet sich die Bundeswehr auf den Abzug vor: Warum MINUSMA eine unmögliche Mission war.



Achim Steiner

ist Chef der Entwicklungsorganisation UNDP und ranghöchster Deutscher bei den UN. Im Interview mit der *IP* weist er mit großem Nachdruck darauf hin, wie sehr Länder des Globalen Südens wegen des Krieges in der Ukraine negative Folgen für ihre eigenen Finanzierungs- oder Entwicklungsthemen befürchten. Steiner gilt als herausragender internationaler Netzwerker. Im Laufe seiner Karriere hat der Deutsch-Brasilianer auf fast allen Erdteilen gelebt.

Seite 60



Cem Özdemir

beschäftigt sich schon lange mit Fragen der internationalen Zusammenarbeit und globalen Problemen – immer wieder wurde der schwäbische Grüne und ausgewiesene außenpolitische Experte genannt, wenn es um Kandidaten für das Amt des Außenministers ging. Als die *IP* ihn auf der Münchner Sicherheitskonferenz für ein Interview anfragte, sagte er spontan ja: Da kam der Landwirtschaftsminister gerade von einem Panel der MSC, auf dem es um Fragen der weltweiten Ernährungssicherheit ging. Im Titelthema dieser Ausgabe nimmt Özdemir nun Stellung zu Themen wie einem Recht auf Nahrung, Ernährungssouveränität, einer agrarpolitischen Transformation und Getreide für Spirit. Warum der Kampf gegen den Hunger ein hochpolitisches und mithin (leider) genau in diese Zeit passendes Aufmacherthema ist, kann Özdemir überzeugend untermauern.

Seite 25



Karolina Wigura

blickt für diese Ausgabe auf die Zukunft der Ukraine und stellt dar, welche Angebote und Wege Kiew zur Verfügung stehen. Wigura ist eine vielgefragte Historikerin und Soziologin, sie arbeitet u.a. als politische Redakteurin von *Kultura Liberalna*, Polens führender politischer und kultureller Online-Wochenzeitung.

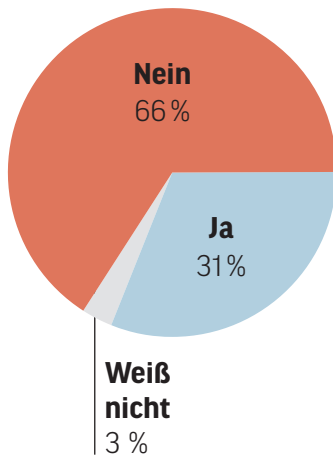
Seite 66

Francisco Mari

ist seit dem Jahr 2009 Experte für Welternährung und Agrarhandel bei „Brot für die Welt“. Er sieht das Ziel, den Hunger auf der Welt bis zum Jahr 2030 zu besiegen, als klar gescheitert an. Hauptgrund: Armut. Mari publiziert mit Schwerpunkt Afrika zu Landwirtschafts- und Handelsfragen, Fischerei und Meerespolitik.

Seite 32





Zur Sache: Nach einer Ankündigung von Wang Yi, dem ranghöchsten Außenpolitiker Chinas, auf der Münchner Sicherheitskonferenz veröffentlichte das chinesische Außenministerium am 24. Februar 2023 ein Papier mit zwölf Prinzipien, die helfen sollen, den russischen Überfall auf die Ukraine zu beenden (den China als solchen bislang nicht kritisiert hat) und den Konflikt zu lösen. Im Westen stieß der Vorstoß auf Skepsis, schon weil sich China weiterhin faktisch an der Seite Russlands positioniert.

Könnte China als Vermittler zwischen Russland und der Ukraine dazu beitragen, den Krieg zu beenden?

Zum Jahrestag des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die Regierung in Peking ein „Prinzipien-Papier“ veröffentlicht, das laut chinesischem Bekunden als Grundlage für eine Lösung des Konflikts dienen soll. Allerdings glaubt eine deutliche Mehrheit der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger nicht, dass China als Vermittler zwischen Russland und der Ukraine dazu beitragen könnte, den Krieg zu beenden: Zwei Drittel (66 Prozent) gehen nicht davon aus, nur ein knappes Drittel (31 Prozent) hält es für möglich.

Zwischen den alten und neuen Bundesländern besteht in dieser Frage keine Differenz; Frauen allerdings glauben mit nur 25 Prozent deutlich weniger stark an eine chinesische Vermittlerrolle als Männer (36 Prozent). Mit Blick auf die Alterskohorten sind es die Jüngsten (18- bis 29-Jährige), die am skeptischsten sind, was eine konstruktive Rolle der Chinesen in Sachen russischem Angriffskrieg angeht: 70 Prozent glauben nicht, dass Peking zu einer Beendigung des Krieges beitragen wird, nur 25 Prozent sind vom Gegenteil überzeugt.

Beim Blick auf die Parteienpräferenz fällt auf, dass Wählerinnen und Wähler der AfD außergewöhnlich stark an eine Vermittlerrolle Chinas glauben: 49 Prozent denken so, 51 Prozent nicht. CDU/CSU-Anhängerinnen und -Anhänger sind mit 72 Prozent, die nicht an einen konstruktiven Beitrag Chinas glauben, am skeptischsten, gefolgt von denen der SPD (70 Prozent) und der Grünen (68 Prozent). Da die Linke aktuell in der Wahlabsicht bei nur 4 Prozent liegt, weist Forsa Anhänger der Linkspartei derzeit nicht in Umfragen aus, da die Zahl statistisch nicht mehr belastbar wäre.

Datenbasis: 1003 Befragte in Deutschland. Statistische Fehlertoleranz +/- 3 Prozentpunkte. Erhebungszeitraum 28. bis 29. März 2023. Quelle: Forsa

Anhänger der	SPD	Grünen	FDP	CDU / CSU	AfD
Ja	30 %	30 %	32 %	24 %	49 %
Nein	70 %	68 %	62 %	72 %	51 %
Weiß nicht	0 %	2 %	6 %	4 %	0 %



Indien

4. bis 5. 5. 2023

1

In Goa kommen die Außenminister der neun Mitgliedstaaten der **Shanghai Cooperation Organisation (SCO)** zu Beratungen zusammen. Im Mittelpunkt steht das Konzept **SECURE** (Security, Economy, Connectivity, Unity, Respect, Environment). Erstmals ist auch der Iran als Vollmitglied der SCO dabei.

Großbritannien

6. 5. 2023

2

In Westminster Abbey in London wird **Charles III.** zum König gekrönt. Er ist der älteste Sohn der im September 2022 verstorbenen Queen Elizabeth II., die im Jahr 1952 den Thron bestiegen hatte.

Thailand

7. 5. 2023

3

Bei den **Parlamentswahlen** tritt der seit 2014 nach einem Militärputsch amtierende Ministerpräsident Prayut Chan-o-cha erneut an. Sein Herausforderer ist der stellvertretende Premierminister Prawit Wongsuwan, der ebenfalls seit 2014 im Amt ist.

Türkei

14. 5. 2023

4

Bei den **Präsidentenwahlen** tritt Recep Tayyip Erdoğan, der seit 20 Jahren an der Macht ist, erneut an. Er wird von Kemal Kılıçdaroğlu herausgefordert, dem langjährigen Oppositionsführer im Parlament. Sechs Parteien haben sich zusammengeschlossen, um einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Gleichzeitig finden Parlamentswahlen statt, wobei rund 600 Mitglieder der Großen Nationalversammlung gewählt werden.

Japan

19. bis 21. 5. 2023

5

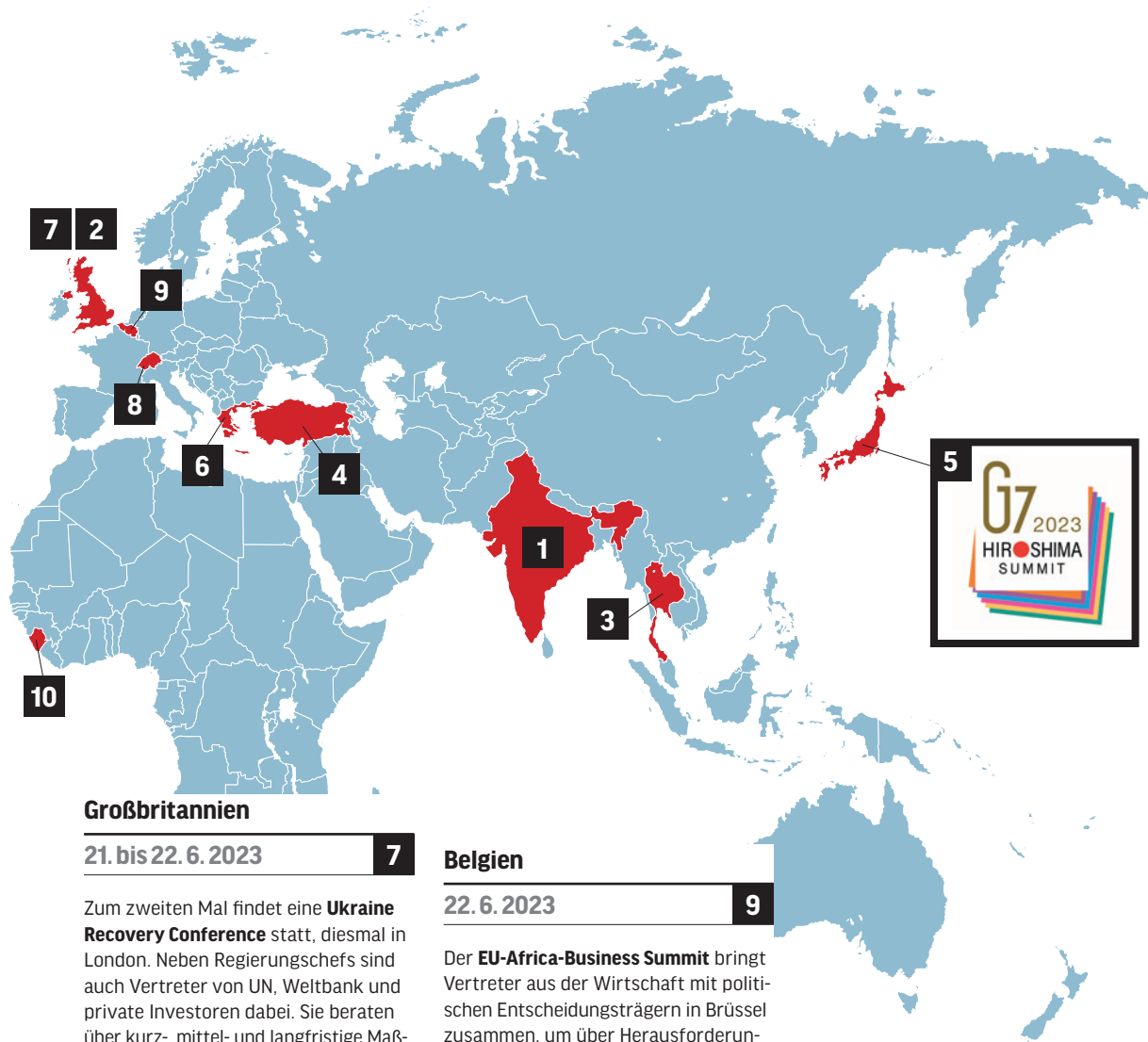
In Hiroshima kommen auf Einladung des japanischen Premiers die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten zusammen. Im Mittelpunkt des **G7-Gipfels** stehen Rüstungs- und Energiepolitik, aber auch Vorschläge über zukünftige ökonomische Ordnungsstrukturen.

Griechenland

21. 5. 2023

6

Die zunächst für April geplanten **Parlamentswahlen** wurden wegen eines schweren Zugunglücks zwischen Athen und Thessaloniki mit vielen Toten und Verletzten verschoben. Die aktuelle Regierung steht unter großem Druck, da viele Protestierende das marode Schienennetz für das Unglück verantwortlich machen.



Großbritannien

21. bis 22. 6. 2023

7

Zum zweiten Mal findet eine **Ukraine Recovery Conference** statt, diesmal in London. Neben Regierungschefs sind auch Vertreter von UN, Weltbank und private Investoren dabei. Sie beraten über kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen für einen nachhaltigen Wiederaufbau der Ukraine.

Schweiz

21. bis 30. 5. 2023

8

Die **Weltgesundheitsversammlung**, das höchste Entscheidungsorgan der WHO, kommt in Genf zu ihren jährlichen Beratungen zusammen. Die Vertreter der 194 Mitgliedstaaten diskutieren unter anderem über Pandemieprävention und -bekämpfung.

Belgien

22. 6. 2023

9

Der **EU-Africa-Business Summit** bringt Vertreter aus der Wirtschaft mit politischen Entscheidungsträgern in Brüssel zusammen, um über Herausforderungen für Afrika und die EU zu sprechen.

Sierra Leone

24. 6. 2023

10

Bei den **Präsidentenwahlen** entscheidet sich, ob Julius Maada Bio eine zweite Amtszeit erhält. Gegen ihn will erneut der ehemalige Außenminister Samura Kamara antreten, was wegen eines Gerichtsverfahrens aufgrund von Korruptionsvorwürfen noch nicht entschieden ist.

Guatemala

25. 6. 2023

11

Bei den **Präsidentenwahlen** wird ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin gewählt, es treten über 20 Bewerber an. Zugleich finden Parlaments- und Regionalwahlen statt.



Eva Högl

Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags

1.

Wenn die Bundeswehr Teil einer gelingenden Zeitenwende sein soll: Was braucht sie am dringendsten?

Das Sondervermögen ist ein enormer finanzieller Schub für die Bundeswehr. Die Mittel aus Sondervermögen und Haushalt müssen zügig in Gerät, Material und persönliche Ausrüstung für die Soldatinnen und Soldaten investiert werden. Für eine kaltstartfähige, vollständig einsatzbereite und gut ausgestattete Bundeswehr braucht es eine personell gut aufgestellte Truppe, klare Strukturen und schlanke Prozesse bei der Beschaffung sowie eine zeitgemäße Infrastruktur. Und wir brauchen auf allen Ebenen, zivil wie militärisch, Mut und Verantwortungsbewusstsein, Entscheidungen zu treffen und umzusetzen.

2.

Hat Russlands Angriff auf die Ukraine die Akzeptanz der Bundeswehr in der deutschen Bevölkerung verändert?

Die Bundeswehr hat zuletzt am allgemeinen Desinteresse und fehlendem Respekt gelitten. Seit dem Beginn des Krieges gibt es endlich ein breites Bewusstsein für die Notwendigkeit der Landes- und Bündnisverteidigung. Der Krieg verdeutlicht, dass und wofür wir die Bundeswehr brauchen. Selten zuvor war das Interesse an der Truppe, an Sicherheits- und Verteidigungspolitik so groß. Selten zuvor gab es einen derart breiten gesellschaftlichen Konsens, die Bundeswehr umfassend modernisieren zu müssen. Die Truppe spürt, dass der Gesellschaft jetzt wieder stärker bewusst ist, was unsere Soldatinnen und Soldaten leisten.

3.

Von welchen Ländern kann die deutsche Politik in puncto Umgang mit der Truppe lernen?

Wie real die Bedrohung sein kann, kann man im Baltikum an der Ostflanke der NATO in direkter Nachbarschaft zu Russland deutlich spüren. Früher als Deutschland haben Estland, Lettland und Litauen die durch Russlands Annexion der Krim ausgelöste Aggression als Gefahr wahrgenommen und ihr Militär darauf ausgerichtet. Auch die skandinavischen Länder Norwegen, Schweden und insbesondere Finnland durch seine 1300 Kilometer lange Grenze zu Russland haben früh die Bedeutung der Landesverteidigung erkannt, ihre Streitkräfte gut ausgestattet und eine starke Reserve aufgebaut.

Afrikas Klimabotschafterin

Noch vor drei Jahren wurde sie aus einem Gruppenfoto mit der schwedischen Umweltaktivistin Greta Thunberg herausgeschnitten, weil niemand sie kannte. Mittlerweile ist die 26-jährige Vanessa Nakate die berühmteste Uganderin weltweit.

Es war an einem Sonntag im Januar 2019, als der gewaltige Victoriasee im Herzen Afrikas über die Ufer trat. Vanessa Nakate verfolgte die TV-Nachrichten mit ihrer Mutter beim Abendessen in Ugandas Hauptstadt Kampala. „Was ich dort sah, hat mich aufgerüttelt“, erinnerte sie sich später in einem Interview. Das Ereignis sollte das Leben der damals 22-Jährigen von heute auf morgen grundlegend verändern.

Nach heftigen Regenfällen hatte das Wasser des Victoriasees, keine fünf Kilometer vom Haus der Familie Nakate entfernt, Holz- und Lehmhütten eines Fischerdorfs am Ufer überschwemmt. „Das schmutzige Seewasser stand den Menschen bis zum Hals“, so Nakate. Eine Mutter habe ihr Kleinkind weinend über dem Kopf getragen, um es aus den Fluten zu retten. Da sei ihr klar geworden, dass es Zeit sei, etwas zu ändern: „In Afrika ist der Klimawandel kein Problem der Zukunft – er geschieht schon jetzt.“

Allein an der Straßenkreuzung

An jenem Abend hatte sich Vanessa Nakate eigentlich auf die Abschlusszeremonie an der

staatlichen Makerere-Universität vorbereitet, die am folgenden Tag anstand. Sechs Monate hatte sie an ihrer Abschlussarbeit im Fach Betriebswirtschaft gesessen; Thema war der Klimawandel. Nakate hatte recherchiert, wie anhaltende Regenfälle und lange Dürreperioden die Landwirtschaft Ugandas beeinflussen

– ein Land, in dem ein Großteil der Bevölkerung von dem lebt, was im eigenen Garten wächst.

Doch nach den Abendnachrichten hatte Vanessa Nakate die Uni-Abschlussparty schon fast vergessen. Anstatt sich Kleider zurechtzulegen und sich die Haare zu machen, habe sie die ganze Nacht daran gesessen,

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

Die Welt grüner machen: Mit 22 startete Vanessa Nakate ihr Engagement für die Umwelt, heute diskutiert sie mit Angelina Jolie und Ban Ki-moon über Klimathemen.

ein Plakat zu malen: „Green love, green peace. Beat plastic. Polythene pollution. Thanks for the global warming. Climate strike now“ stand darauf.

Direkt nach der Ansprache des Universitätsdekans am nächsten Vormittag stürmte Nakate in ihrem schwarzen Universitätsalar vom Campus, um sich mit dem Plakat auf eine der geschäftigsten Straßenkreuzungen der staueplagten Innenstadt Kampalas zu stellen – der Anfang der Fridays for Future-Bewegung in Uganda. „Ich stand dort stundenlang alleine. Und auch die nächsten Freitage war ich meistens ganz allein“, erzählt sie rückblickend.

Die Sache mit dem Foto

Doch das änderte sich nur knapp ein Jahr später. Anfang 2020 reiste Vanessa Nakate auf Einladung der Fridays for Future-Bewegung ins schweizerische Davos, wo das jährliche Weltwirtschaftsforum abgehalten wurde. Jugendliche Aktivistinnen, darunter Nakate und die Initiatorin Greta Thunberg, hielten eine Pressekonferenz ab und ließen sich anschließend auf der Terrasse des Konferenzentrums fotografieren. Doch als das Gruppenbild in alle Welt verbreitet wurde, fehlte Vanessa Nakate. Die AP-Bildredaktion hatte sie als einzige Teilnehmerin mit dunkler Hautfarbe aus dem Bild geschnitten, zu sehen waren nur die vier weißen Frauen. „Es war, als ob ich nicht existierte“, so Nakate.

Die Klimaaktivistin war geschockt und ließ ihre Wut auf Twitter raus: „Ich war Teil dieser

Gruppe, aber sehe mich nicht auf dem Foto – warum habt ihr mich ausgeschnitten?“ Als Vanessa Nakate die überwältigenden Reaktionen auf ihren Kommentar sah – „ganz ehrlich, ich habe in diesem Moment nicht geahnt, wie viral das gehen würde“ –, fühlte sie sich ermutigt, noch ein Video zu posten. „Aber dann bin ich live vor der Kamera zusammengebrochen und habe geweint.“

Immerhin: Das Video zeigte Wirkung. Die Chefredakteurin des Magazins, das Nakate aus dem Foto herausgeschnitten hatte, entschuldigte sich daraufhin bei ihr. „Aber sie haben mich immer noch als ‚afrikanische Klimaaktivistin‘ bezeichnet, statt meinen Namen zu nennen“, so Nakate kopfschüttelnd. Doch letztlich habe dieser Zwischenfall dazu geführt, dass „wir Aktivistinnen und Aktivistinnen in Af-

rika nun unsere Stimme erheben. Denn es ist eindeutig Rassismus.“

Die Sache mit dem Foto hat Vanessa Nakate letztlich weltweit berühmt gemacht. Von da an bekam sie bei ihren Demos in Kampala Unterstützung: „Wenn ich freitagfrüh auf Twitter bekannt gebe, wo ich an diesem Tag streiken werde, dann stehen dort schon andere Leute mit Plakaten“, stellte sie wenige Wochen später zufrieden fest.

Seitdem jettet die junge Uganderin um die Welt, um sich gegen die Klimakrise und vor allem gegen die Förderung fossiler Brennstoffe einzusetzen. Im Juli 2020 wurde Nakate von der US-Schauspielerin Angelina Jolie interviewt und über die Bedeutung afrikanischer Stimmen in der Bewegung für Klimagerechtigkeit gefragt. Im August zählte das Magazin *Jeune Afrique* Na-

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

„Es war, als ob ich nicht existierte“: Als dieses Gruppenbild aus Davos Anfang 2020 in alle Welt verbreitet wurde, schnitt man Vanessa Nakate kurzerhand aus dem Foto.

kate zu den 100 einflussreichsten Afrikanern. Kurz darauf traf sie sich mit dem ehemaligen UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, um über Klimaaktivismus zu diskutieren. Das Kinderhilfswerk UNICEF machte Nakate 2022 zur Botschafterin des guten Willens.

„Eine Pipeline sprengen“

Nakates Berühmtheit ist dem Regime in Uganda ein Dorn im Auge. Das hat vor allem damit zu tun, dass sich die 26-Jährige gegen die geplante ostafrikanische Ölpipeline (EACOP) ausgesprochen hat, die quer durch Uganda und Tansania gebaut werden soll. Ugandas Präsident Yoweri Museveni gab zu Beginn des Jahres den Startschuss für den Bau. Nach ihrer Fertigstellung, voraussichtlich im Jahr 2025, wird sie mit 1400 Kilometern die längste beheizte und mit vier Milliarden Dollar die teuerste Ölpipeline der Welt sein.

Mit ihrer Aussage „Wir planen, eine Pipeline in die Luft zu jagen“ sorgte Luisa Neubauer, Nakates deutsche Mitstreiterin bei Fridays for Future, im Februar 2022 für Wirbel. Sie bezog sich damit zwar auf ein Buch, das in der radikalen Szene bekannt ist: „Wie man eine Pipeline sprengt“ des schwedischen Umweltaktivisten Andreas Malm. Doch die Aussage wurde immer wieder zitiert, und das ließ auch das Regime in Uganda aufhorchen.

Die Ölprojekte sind die Grundpfeiler von Musevenis Zukunftsvision einer Industrialisierung Ugandas, die der 74-jährige

Präsident, seit 37 Jahren an der Macht, über Jahrzehnte verfolgt hat. Das stark landwirtschaftlich geprägte Land hat nicht nur eine der höchsten Geburtenraten weltweit, sondern auch eine gewaltige Jugendarbeitslosigkeit, die ständig noch wächst. Dass nun mit der jungen, gebildeten städtischen Elite ausgerechnet die Gruppe gegen die Ölförderung aufbegehrt, die von den dadurch entstehenden Jobs am meisten profitieren sollte, kommt für Museveni einer Majestätsbeleidigung gleich. Und dass weltweit junge Aktivistinnen wie Nakate gegen die ugandischen Pipelinepläne mobil machen, betrachtet das Regime als Kampfansage.

Am selben Tag, als der Präsident am Albertsee den Startknopf für die Ölförderung drückte, planten Umweltorganisationen in Kampala eine Diskussionsrunde zu Risiken und Alternativen der Ölförderung. Das Hotel, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte, wurde von Polizisten belagert. Niemand durfte hinein. Es kam zu Raufereien, ein Aktivist wurde festgenommen.

Konspirative Klimaaktivisten

Kein Wunder, dass die ugandischen Klimaaktivisten vorsichtig geworden sind. Sie fürchten die Brutalität der Geheimdienste. In

den vergangenen Jahren wurden Oppositionelle immer wieder gefoltert, Demonstranten wurden mit Tränengas attackiert, verhaftet und anschließend angeklagt; sie kamen nur auf Bewährung wieder frei. Büros von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wurden vom Geheimdienst gestürmt, Computer und Akten konfisziert; einige Nichtregierungsorganisationen wurden ganz dichtgemacht. Eine EU-Resolution hat im September 2022 auf die Menschenrechtsverletzungen in Uganda im Zusammenhang mit den Ölprojekten hingewiesen, auch auf den brutalen Umgang mit Kritikern.

Mittlerweile kommunizieren die Mitglieder der ugandischen Klimabewegung bevorzugt abhörsicher und verschlüsselt; sie treffen sich nur an geheimen Orten. Die meisten agieren wie Nakate zu Beginn als Einzelkämpfer in kleinen Gruppen, wissen voneinander nur wenig. Viele haben sich erst im November 2022 bei der UN-Klimakonferenz kennengelernt, als sie zusammen mit Vanessa Nakate im Flugzeug nach Ägypten saßen. Nach und nach versuchen sich Ugandas Klimaaktivisten zu vernetzen: innerhalb des Landes sowie innerhalb Afrikas. Noch mag diese Klimabewegung überschaubar sein. Aber sie wächst.



Simone Schindwein

lebt seit 2008 als freie Korrespondentin in Uganda und schreibt vor allem für die *tageszeitung (taz)* in Berlin.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Erst ging es nur um Zugänge zu Rohstoffen, mittlerweile bauen die Chinesen im ehemaligen Hinterhof der USA auch große Infrastrukturprojekte: Arbeiten am Staudamm von Coca Codo Sinclair, die die Firma Sinohydro in Ecuador ausführt.

Vormarsch mit Schattenseiten

China hat seine Präsenz in Lateinamerika massiv ausgebaut. Der Kontinent sieht das als Chance für Investitionen und Diversifizierung, kommt aber nicht aus seiner Rolle als Rohstofflieferant heraus und droht in eine neue Yuan-Abhängigkeit zu geraten.

Vor 22 Jahren in Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay, fielen sie mir erstmals auf. In den Supermärkten und Einkaufszentren der Stadt waren plötzlich auffällig viele Chinesen unterwegs. Sie waren immer zu zweit, machten Fotos von Produkten und notierten Preise. China war gerade

der Welthandelsorganisation beigetreten und bereitete seine Globalisierung vor.

Heute sind die Regale in Montevideo und ganz Lateinamerika voll mit Waren aus China, von Haushaltselektronik bis hin zu billigen Kopien von indigenem Kunsthandwerk. Den Waren folgten die chinesischen Kulturinsti-

tute und Staatsmedien wie Xinhua und CCTV, die Redaktionen in Lateinamerika eröffneten und auch in Spanisch und Portugiesisch berichten. Meine Beobachtungen im Supermarkt waren Vorboten einer geopolitischen Entwicklung, die heute China und die USA in Lateinamerika zu Rivalen gemacht hat.

Chinas rasante wirtschaftliche Modernisierung ließ zunächst die Nachfrage nach Rohstoffen boomen. Doch inzwischen bauen chinesische Firmen im ehemaligen Hinterhof der USA Staudämme und Flughäfen und verkaufen Smartphones. China hat sieben Filialen der staatlichen Entwicklungsbank auf dem Kontinent eröffnet. Chinesische Investoren kontrollieren Logistikzentren an beiden Seiten des Panamakanals, die zwei wichtigsten Stromversorger Chiles und investieren in E-Auto-Fabriken in Mexiko. Mit Brasilien entwickelt China Satelliten, mit Chile kooperiert es in der Astrophysik, mit Argentinien in der Atomenergie. Aber weiterhin ist der Handel unausgeglichen und Lateinamerika vor allem ein Rohstofflieferant: Chile verkauft heute 67 Prozent seines Kupfers an China, Brasilien 70 Prozent seiner Soja.

Zwei-Achsen-Diplomatie

China verfolgt in Lateinamerika zwei Ziele: den Einfluss Taiwans zurückdrängen und sich Rohstoffe für die eigene wirtschaftliche Entwicklung sichern. Mit beidem ist es gut vorangekommen: Von 12 auf 485 Milliarden US-Dollar steigerte sich der Handel zwischen 2000 und 2022. Chinesische Staatsbanken vergaben zwischen 2005 und 2020 Kredite in Höhe von 141 Milliarden Dollar an Staaten in der Region – mehr als Weltbank, Interamerikanische Entwicklungsbank und Südamerikanische Entwicklungsbank zusammen. In den letzten

sieben Jahren wechselten fünf Länder vom protaiwanesischen ins Pro-China-Lager, darunter Honduras, El Salvador und Nicaragua; derzeit unterhalten nur noch sieben Staaten Lateinamerikas Beziehungen zu Taiwan.

Chinas Kredite kommen zwar nicht ganz so konditionslos wie die Scheckbuchdiplomatie Taiwans, dennoch sind die Auflagen für viele Länder attraktiv. Denn China lässt sich als Garantie vor allem Rohstoffe verpfänden; Umwelt- und Transparenzaufgaben oder ausführliche Risikostudien macht Peking nicht. Das beschleunigt auch die Auszahlung. Regierungen wie die von Rafael Correa in Ecuador oder Nicolás Maduro in Venezuela konnten mit Hilfe chinesischer Kredite wirtschaftliche Engpässe überbrücken oder rasch Prestigeobjekte hinstellen, um sich ihre Wiederwahl zu sichern. Argentinien hat ein Währungsswap-Abkommen mit China geschlossen, um seine erschöpften Devisenreserven aufzustocken.

Darüber hinaus wird China in Lateinamerika auch generell als Chance begriffen, um die eigene Infrastruktur und Industrie zu entwickeln, den Außenhandel zu diversifizieren und den bis dato dominanten US-Einfluss ein Stück weit zurückzuschrauben. Hinzu kommt eine ideologische Komponente, insbesondere bei den linken Regierungen der Region. Sie kokettieren gerne mit Peking, um die USA zu ärgern und zugleich bei den eigenen Wählern zu punkten. Denn mit

den USA verbinden viele Lateinamerikaner Erinnerungen an Militärputsche und Interventionen.

Inzwischen ist Chinas Geopolitik in eine neue Phase getreten. Das Land versucht intensiv, für sein politisches Modell zu werben: als Alternative zu den liberalen Demokratien des Westens. Dem dienen wissenschaftlicher Austausch, Stipendien oder gesponsorte Geschäftsreisen von Journalisten und Unternehmern. In lateinamerikanischen Luxushotels finden sich Hochglanz-Zeitschriften, in denen China modern und selbstbewusst für sein vermeintlich effizienteres und erfolgreicherer Modell wirbt. Autoritäre Regime wie Venezuela, Bolivien und Kuba werden mit chinesischer Sicherheitstechnologie ausgestattet, um Regimegegner auszuspionieren.

Die Bilanz ist bislang gemischt. Die Wirtschaftselite in Südamerika (Brasilien, Chile, Peru) ist heute teilweise prochinesisch und kann dem dortigen Autoritarismus etwas abgewinnen. In der breiten Masse hingegen hat Peking einen schweren Stand. Für die Mittel- und Unterschicht sind die USA weiterhin die wichtigste Referenz – und der Sehnsuchtsort der Migration.

Vielerorts regt sich Widerstand gegen chinesische Investoren. Unlängst gab es Proteste etwa in Morococha in Peru gegen die Umsiedlung durch die chinesische Mine Chinalco oder in Kolumbien gegen die chinesische Ölfirma Emerald Energy, weil die ihr Versprechen vom Bau

einer Straße nicht erfüllt hatte. Derartige Proteste sind allerdings nicht primär antichinesisch; ähnliche Rohstoffkonflikte gibt es auch mit US-amerikanischen, kanadischen und europäischen Investoren.

Die USA blicken mit Sorge auf chinesische Investitionen in strategische Infrastruktur, etwa Häfen, Züge, Halbleiter, Energie, Atomkraft und Telekommunikation. China ist an etwa 40 Häfen in Lateinamerika beteiligt sowie an elf Satellitenbodenstationen: Diese Infrastrukturen sind sowohl zivil als auch militärisch nutzbar. Als kritisch stuft das US-Verteidigungsministerium auch Chinas 5G-Technologie ein sowie Apps wie DiDi und TikTok, die massiv Daten sammeln, ebenso wie die DJI-Drohnen weltweit oder die zehn von China finanzierten „smart cities“ in Lateinamerika. Washington hat auf zahlreiche Regierungen Lateinamerikas, darunter Mexiko und Brasilien, Druck ausgeübt, um den Konkurrenten Huawei aus Sicherheitsgründen von 5G-Ausschreibungen auszuschließen – nicht immer mit Erfolg.

Ein weiterer Reibungspunkt sind die Rohstoffe für die Energiewende, insbesondere Kupfer, Lithium und seltene Erden. Hier war China deutlich schneller als die USA und hat beim Lithium mit Investitionen oder Firmenübernahmen in Chile, Argentinien, Mexiko und Bolivien klar die Nase vorn.

Inwieweit die USA den chinesischen Vormarsch verlang-

samen können, ist unklar. Die finanziellen Versprechungen, mit denen Washington ein Gegengewicht zur Seidenstraßen-Initiative schaffen will, haben sich bislang nicht materialisiert. Allerdings gibt es punktuell durchaus erfolgreiche technische oder geheimdienstliche Kooperationen mit lateinamerikanischen Regierungen – etwa bei der Bekämpfung der chinesischen Raubfischerei im Pazifik oder des Schmuggels von Flora und Fauna, in den chinesische Triaden verwickelt sind.

Krisen- und Konfliktpotenzial

Mittlerweile sind einige dunkle Wolken am Horizont der chinesisches-lateinamerikanischen Beziehungen aufgezogen. Infolge der Corona-Pandemie, des Ukraine-Krieges, hoher Inflation, von Zinserhöhungen in den USA und steigender Energie- und Lebensmittelkosten sind viele lateinamerikanische Länder nicht in der Lage, ihre Kredite an China zurückzuzahlen. Peking steht vor massiven Zahlungsausfällen und möglicherweise einer Schuldenkrise in Übersee. In den vergangenen drei Jahren haben chinesische Außenhandelsbanken deshalb keine neuen Kredite mehr in der Region vergeben.

Thinktanks wie China Dialogue nehmen das chinesische

Treiben in Lateinamerika kritisch unter die Lupe. Die Geschäftsmethode, Projekte mit eigenen Firmen und Arbeitern komplett schlüsselfertig zu erstellen und die Verträge geheim zu halten, erweckt verstärkte Kritik in der lateinamerikanischen Öffentlichkeit. So sind Knebelklauseln bekannt geworden, dass China verlangt, bei Zahlungsausfällen vor allen anderen Gläubigern bedient zu werden; und für den Fall, dass das Gastland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, gehen die Projekte in chinesische Hände über.

Angesichts des Risikos von Zahlungsausfällen dürfte China nach Auffassung von Experten wie Ariel Slipak von der Universität von Buenos Aires Druck ausüben, um die Ausbeutung von Rohstoffen in Lateinamerika zu intensivieren – was wiederum aufgrund des wachsenden Widerstands der Bevölkerung die dortigen Regierungen destabilisieren könnte. Denkbar ist auch, dass hoch verschuldete Länder wie Argentinien so schrittweise aus der Dollar-Abhängigkeit in die Yuan-Abhängigkeit überführt werden. Daher bleibt fraglich, ob die Beziehung zu China eine emanzipatorische Entwicklungschance für Lateinamerika ist – oder lediglich eine neue Art der Abhängigkeit.



Sandra Weiss

ist Politologin und ehemalige Diplomatin. Sie arbeitet seit 1999 als freie Korrespondentin in Lateinamerika, u.a. für die ZEIT, NZZ am Sonntag, Geo, Tagesspiegel, den Schweizer Rundfunk und die Deutsche Welle.

„Der Globale Süden“

Im Entwurf für ein neues außenpolitisches Programm der SPD kommt der Begriff „Globaler Süden“ 16 Mal vor – auf nur 21 Seiten. Auch anderswo ist er enorm populär, wie jüngst bei der Münchner Sicherheitskonferenz oder zuvor beim G7-Gipfel in Elmau. Der aktuelle Grund: Die Unterstützer der Ukraine suchen Alliierte – und stellen ernüchtert fest, dass die großen Akteure des „Global South“ wie Indien, Südafrika oder Brasilien den Konflikt keineswegs als ihren ansehen. Führende Nationen, die man ehemals als „Schwellenländer“ oder „Entwicklungsländer“ bezeichnete, entziehen sich der Vereinnahmung: der Westen, allein zu Haus. Das ist aber nicht die ganze Geschichte.

Der Globale Süden ist auch ein Sehnsuchtsbegriff. Er beschreibt die Hoffnung auf eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung. Eine fairere Weltordnung, in der nicht allein die früheren Imperialmächte und die USA die Regeln bestimmen; eine wahrhaft postkoloniale Welt, in der die Dominanz des Globalen Nordens durch starke Süd-Süd-Beziehungen gekontert wird.

Die Ungerechtigkeit der postkolonialen Weltordnung vereint tatsächlich viele Länder des Globalen Südens: schlechte Versorgung mit Impfstoffen während der Corona-Pandemie, überdurchschnittliche Betroffenheit von Folgen des Klimawandels, hohe Verschuldung und unfaire Bedingungen auf den Weltmärkten – das sind geteilte Beschwerden.

Dass der Globale Süden als politisches Subjekt dennoch eine Chimäre bleibt, liegt

an den Differenzen der Länder, die mit dem Begriff zusammengefasst werden. Er ist erkennbar ein Erbe des Konzepts der Blockfreien aus dem Kalten Krieg – jener Staatengruppe, die zwischen West- und Sowjetblock balancierte. Bezeichnenderweise heißt die erste wissenschaftliche Zeitschrift, die sich ausschließlich mit dem Globalen Süden beschäftigt: *Bandung. A Journal of the Global South*. Im indonesischen Bandung hatten sich 1955 zahlreiche Staaten Asiens und Afrikas zusammengeschlossen, viele von ihnen waren gerade erst unabhängig geworden; auch Maos China war dabei.

Inzwischen hat eine enorme Binnendifferenzierung unter den ehemaligen Schwellenländern stattgefunden. Peking tritt in Teilen Afrikas heute wie ein Nachfolger der westlichen Imperien auf. Es ist nicht nur an Rohstoffen und Arbeitskräften interessiert, sondern baut diplomatische, institutionelle und militärische Partnerschaften auf, um eigene Großmachtansprüche durchzusetzen. Der Nachbar und Konkurrent Indien sieht den Aufstieg mit Sorge und versucht sich seinerseits in Gegenmacht-Formation zum gefährlichen Nachbarn. Delhi fürchtet auch, dass Moskau – traditionell Hauptlieferant der indischen Armee – infolge des Debakels in der Ukraine immer stärker von Peking dominiert wird.

Es klingt ziemlich heuchlerisch, wenn Politiker im Westen nun beschwören, man wolle eine gerechtere Ordnung „gemeinsam mit den Nationen des Globalen Südens“ errichten, selbstverständlich „auf Augenhöhe“. Dabei vereint diese Nationen kaum etwas außer der Tatsache, einst durch den Globalen Norden übervorteilt worden zu sein. Der Begriff des Globalen Südens führt in die Irre. Er suggeriert gemeinsame Interessen und Werte, wo es darauf ankäme, endlich die feinen Unterschiede wahrzunehmen.



Jörg Lau

ist außenpolitischer Korrespondent für die ZEITUNG in Berlin und Kolumnist der „80 Phrasen“.

SAAT FÜR DIE WELT

Bis zum Jahr 2030 wollten die Vereinten Nationen den Hunger auf der Welt besiegt haben. Wie sieht die Zwischenbilanz aus? Nicht gut. Jeder neunte Mensch auf der Erde hungert; um die globale Ernährungssicherheit ist es schlecht bestellt. Die Ursachen dafür sind so bekannt wie komplex: Armut, Konflikte, Klimawandel, Verschwendung, Logistikprobleme, Fluchtbewegungen, die Liste ist lang. Es bedarf auch lokaler Lösungen, im Globalen Süden wie im Norden, um die Versorgung zu verbessern. In unserem Titelthema stellen wir Zusammenhänge her, weisen Verantwortlichkeiten zu und zeigen Wege aus der Ernährungskrise auf.

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

Recht auf Nahrung

Eine Welt ohne Hunger bis 2030? Eigentlich gibt es genügend Lebensmittel für alle Menschen. Doch immer noch fehlt es an politischer Verantwortlichkeit, um dieses Ziel zu erreichen.

Von Alexander Müller

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Kurzfristige Spenden statt nachhaltige Strukturen: Dorfbewohner in der Somali-Region (Äthiopien) mit Lebensmittelsäcken des Welternährungsprogramms.

Lassen wir zuerst die Fakten sprechen: Die Zahl der weltweit hungernden Menschen ist von 2019 bis 2022 um 150 Millionen gestiegen, von 678 auf 828 Millionen. Tendenz weiter steigend. Das Welternährungsprogramm (WFP) berichtet, dass mehr als 43 Millionen Menschen im Jahr 2022 am Rande des Verhungerns waren, 2019 waren es 27 Millionen. Diese Zahl hat sich nahezu verdoppelt.

Fast ein Drittel der Menschheit, 2,3 Milliarden Menschen, müssen als „zeitweise ernährungsunsicher“ bezeichnet werden. Sie haben nicht immer einen gesicherten Zugang zu ausreichend Nahrung. Der Grund ist nicht, dass es zu wenig Lebensmittel gibt. Diese Menschen sind arm.

Ernährungsunsicherheit betrifft nicht nur Länder im Globalen Süden. Im Jahr 2019 mussten 10 Prozent aller Haushalte in den USA (13 Millionen) so eingestuft werden. Eine gesunde Ernährung – im Unterschied zu billigen Kalorien, die das Überleben sichern, aber zu Mangelkrankheiten führen – können sich weltweit unfassbare 3,1 Milliarden Menschen finanziell nicht leisten. Die Statistik ist genau unterteilt in verhungerende, hungrige, ernährungsunsichere und mangelernährte Menschen.

Gleichzeitig produziert die Welt genügend Nahrung für alle, zumindest ausreichend Kilokalorien. Aber ein Drittel aller produzierten Agrargüter endet, ohne je Menschen ernährt zu haben – als Abfall auf Feldern, in Lagerräumen, im Handel und in den Haushalten. Insgesamt sind das jährlich 1,3 Milliarden Tonnen.

Das grundlegende Menschenrecht auf Nahrung wurde verbindlich in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 beschlossen. Und seit 2004 ist die konkrete Ausgestaltung in den Leitlinien der UN-Ernährungs- und

Landwirtschaftsorganisation (FAO) ausbuchstabiert. Doch leider muss festgestellt werden: In der Hungerbekämpfung hat sich nur wenig getan.

Schluss mit Absichtserklärungen

Warum wurde das Menschenrecht auf Nahrung nicht umgesetzt? Es fehlte in den vergangenen Jahrzehnten schlicht und einfach der politische Wille, um mit nationaler und internationaler Anstrengung eine adäquate Governance und entsprechende wirtschaftliche Aktivitäten zum Ausrotten von Armut und Hunger zu entwickeln. Und der Markt, der so viele Probleme hätte lösen sollen, hat den Hunger auch nicht verschwinden lassen.

Dabei gibt es immer noch genügend Nahrungsmittel für alle. Aber die Lage ist in den vergangenen Jahren sehr viel komplizierter und herausfordernder geworden. Die „Friedensdividende“ nach 1989/90 wurde nicht für Maßnahmen und Investitionen genutzt, um die Ernährung der Welt auf eine sichere, gerechte und nachhaltige Basis zu stellen.

Es gab auf internationaler Ebene immer wieder Versuche, Strukturen zur Bekämpfung des Hungers aufzubauen, etwa auf dem ersten Welternährungsgipfel der FAO 1996 in Rom. Auch die 2004 von den FAO-Staaten vereinbarten Freiwilligen Leitlinien zum Erreichen des Menschenrechts auf Nahrung sind hier zu nennen. Sie sind so etwas wie ein internationales Handbuch der richtigen und erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung des bereits 1996 in Rom bekräftigten Menschenrechts auf Nahrung. Doch die Umsetzung in praktische Politik verlief sehr schleppend.

Auch von der seit Jahren zu beobachtenden stärkeren Marktorientierung war nicht zu erwarten, dass Hunger und Armut verschwinden. Die Ergebnisse haben gezeigt,



Alexander Müller ist Gründer und Geschäftsführer von TMG – Thinktank for Sustainability. Von 2006 bis 2013 war er stellv. Generaldirektor der Welternährungsorganisation (FAO).

dass der Erfolg ausgeblieben ist. Erreicht wurde etwas anderes: Die politische Verantwortlichkeit für das Ende von Armut und Hunger wurde großenteils auf den anonymen Markt ausgelagert.

Erst mit den großen politischen Krisen, mit der 2008/09 weltweit einsetzenden Explosion der Lebensmittelpreise, die in mehr als 20 Ländern zu Demonstrationen und sozialen Unruhen geführt haben, wurde das Thema Hunger und Welternährung für kurze Zeit wieder auf die politischen Agenden der Treffen der Mächtigen dieser Welt gesetzt. Es wurde nicht so dramatisch wie in den 1970er Jahren, als die große Ernährungskrise zu Millionen Hungertoten führte. Und das schnelle Absinken der Lebensmittelpreise und der Preise für fossile Energien nach 2010 vermittelte den falschen Eindruck, dass die Probleme gelöst seien.

Krisen verstärken sich gegenseitig

Heute haben wir es mit multiplen, sich überlagernden und gegenseitig verstärkenden Krisen zu tun. Diese neue Lage soll hier mit den „4 C“ (Covid, Conflict, Costs, Climate) analysiert werden.

Preissteigerungen durch Corona und Ukraine-Krieg gefährdeten die Versorgung

Der Ausbruch von Corona und die von den Staaten getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben häufig zur Unterbrechung von lokalen Lieferketten geführt, insbesondere in den Städten des Globalen Südens. Der globale Handel mit agrarischen Rohstoffen konnte unter erschwerten Bedingungen und mit erhöhten Kosten weiterlaufen, aber die Versorgung in den großen Städten, die

wesentlich auf informellen Strukturen beruht, war durch den Lockdown stark eingeschränkt. Insbesondere die Armen hatten mit hohen Preisen und sinkenden Einkommen zu kämpfen.

Anfang 2022 hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine zur Unterbrechung der Exporte von Getreide, Energie und Düngemitteln aus der Ukraine und aus Russland geführt. Obwohl agrarische Güter und Düngemittel von den Sanktionen ausgenommen waren, wurden die Exporte während des Krieges eingeschränkt. Mehr als 50 Länder deckten zu Beginn des Krieges über 30 Prozent ihres Bedarfs an Getreide aus Russland und der Ukraine. Viele der am wenigsten entwickelten Länder importierten mehr als 50 Prozent ihrer mit fossilen Energien produzierten Düngemittel aus Russland. Durch den Krieg kam es zu Preisschocks. Die Preise für Weizen stiegen um fast 75 Prozent, die für Erdgas um über 100 Prozent und die Preise für Düngemittel für Kleinbauern vervielfachten sich.

Zum zweiten Mal innerhalb kürzester Zeit wurde die politische Aufmerksamkeit auf die Frage der Sicherung der Welternährung gelenkt. Während der Corona-Pandemie waren die lokalen und oftmals informellen Strukturen der Lebensmittelversorgung durch den Lockdown stark beeinträchtigt, durch den Krieg wurden die globalen Handelsströme von Getreide, Düngemitteln und Energie unterbrochen. In beiden Fällen stiegen die Preise sprunghaft an. Die Auswirkungen waren unmittelbar zu spüren und insbesondere die Preissteigerungen bei aus fossilen Energien produzierten Düngemitteln zeigten die fatale Abhängigkeit der Welternährung von fossilen Energien.

Und wie in den Jahren 2008/09 beschäftigten sich die unterschiedlichen Formate von G7 und G20 auch nach dem Ausbruch

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Eingeschränkte Exporte: Inspektion des mit ukrainischem Getreide beladenen Frachters „Razoni“ an der Küste Istanbuls, Anfang August 2022.

von Corona und des Ukraine-Krieges mit kurzfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung der Preise und mit der Logistik von Lebensmitteln, Dünger und der notwendigen unmittelbaren humanitären Hilfe. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Krieg, Bürgerkrieg und Terror schon seit Jahren in vielen Regionen dieser Welt die Produktion und den Zugang zu Nahrungsmitteln so behindern, dass von einer permanenten Hungerkrise gesprochen werden muss. Es sei hier nur der Jemen als Beispiel angeführt.

Auch wenn sich die Verfügbarkeit von agrarischen Rohstoffen im internationalen Handel wieder normalisiert hat und die Preise zu sinken beginnen, sind Energie und Lebensmittel gegenwärtig die stärksten Inflationstreiber. In Deutschland waren Lebensmittel im Januar 2023 um über 20 Prozent teurer als im Vorjahresjanuar, für Ungarn wurde ein Preisanstieg von 45 Prozent gemeldet, für

Äthiopien von 33 Prozent und für Nigeria von knapp 25 Prozent. In Südafrika hat die Preissteigerung für Lebensmittel ein 14-Jahres-Hoch erreicht. Innerhalb von vier Jahren haben zwei weltweite Ernährungskrisen zu großen Unsicherheiten und Vertrauensverlust geführt. Wird jetzt globaler Handel nicht mehr nur als Lösung, sondern auch als fatale Abhängigkeit verstanden?

In die Betrachtung der Preise von Lebensmitteln für den Konsum ist nicht einberechnet, was seit einiger Zeit unter dem Begriff „True Cost Accounting“ (TCA) diskutiert wird. Im herkömmlichen System werden Natur-, Sozial- und Humankapital nicht mit einberechnet. Im Falle von TCA müssen die Preise für Lebensmittel noch ergänzt werden mit real existierenden Kosten (Externalitäten), die beispielsweise durch den Verbrauch von Umweltkapital entstehen. Die über viele Jahre anfallenden externen Kosten des Verbrennens von

fossilen Energieträgern und die durch CO₂-Emissionen verursachte Klimakrise sind das bedeutendste Beispiel von negativen Externalitäten. Erst durch die Bepreisung von CO₂ wurde hier versucht gegenzusteuern.

Grobe Schätzungen gehen bei einer Lebensmittelproduktion in Höhe von zehn Billionen Dollar pro Jahr von externen Kosten (Natur, Gesundheit und Soziales) von zwölf Billionen Dollar aus; die höchsten Kosten entstehen im Bereich ernährungsbedingter Krankheiten. Der Wert des gesamten Systems wäre demnach negativ. Wir haben es also mit der paradoxen Situation zu tun, dass schon heute die Preisexplosion bei Lebensmitteln zu verstärktem Hunger und zu mehr Mangelernährung führt, obwohl die Gesamtkosten der Produktion noch gar nicht erfasst werden. Diese Kosten werden derzeit in Form von Degradierung von natürlichen Ressourcen, durch das Abholzen von Wäldern, den Verlust an menschlicher Gesundheit und die Verarmung ländlicher Regionen bezahlt.

Gleichzeitig gab es in den Preiskrisen der vergangenen Jahre große Gewinner. Die Berichte über Extraprofite bei den Produzenten fossiler Energieträger sowie die stark erhöhten Umsätze und Gewinne der weltweit agierenden Getreidehändler sind hier nur zwei Beispiele.

Auswirkungen der Klimakrise

Seit vielen Jahren alarmiert der Internationale Klimarat (IPCC) in seinen Berichten, wie der Klimawandel die Ernährungssicherheit zusätzlich beeinträchtigen wird. Der jetzt veröffentlichte 6. Bericht baut auf wissenschaftlichen Modellen auf, die verdeutlichen, dass der Klimawandel nicht nur die Bedingungen für die Produktion von Lebensmitteln in vielen Regionen dieser Welt verschlechtern wird (Verlust

von Bodenfruchtbarkeit, Biodiversität, Veränderung der Wasserversorgung). Ernährung insgesamt und die Bekämpfung von Armut werden in einem veränderten, teilweise katastrophalen klimatischen Umfeld stattfinden. Viele Staaten und insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder werden mit großen neuen Schocks konfrontiert werden, auf die sie nur sehr wenig vorbereitet sind.

So kann schon im ersten Quartal 2023 in vielen Regionen der Welt eine „ungewöhnliche“ Hitzewelle beobachtet werden, die als Vorbote für kommende Klimaextreme gesehen werden muss. Dies wird sich kurzfristig auf die land-

Big Player im Agrarhandel

Seit Jahrzehnten dominieren vier Unternehmen den Welthandel mit landwirtschaftlichen Produkten – man nennt sie auch die ABCD-Gruppe: **Archer Daniels Midland, Bunge, Cargill** und die **Louis Dreyfus Company**.

ABC sind US-Unternehmen, D hat seinen Sitz in Rotterdam.

Cargill ist dabei die Nummer eins mit einem Umsatz von 165 Milliarden Dollar im Jahr 2022 (2021: 133 Mrd.), gefolgt von **ADM, Dreyfus** und **Bunge**.

Diese vier Unternehmen teilen sich ca. 70 Prozent des Welthandels mit Getreide untereinander auf und machen zusammen einen Umsatz von rund 400 Milliarden Dollar (2022).

Mit ihrer Marktmacht beeinflussen sie massiv die Preisgestaltung, beherrschen die Flex Crops, die nicht nur zur Nahrungsmittelproduktion, sondern auch zur Weiterverarbeitung zu Dünger, Futtermitteln oder zur Gewinnung von Biotreibstoffen eingesetzt werden. Darüber hinaus sind sie in weiteren Wirtschaftsbereichen tätig, z.B. im Eisenbahn- oder Hochseeschiffbau sowie im Finanz- und Immobiliensektor.

Seit einigen Jahren schließt das chinesische Agrar-Staatsunternehmen **Cofco** zur ABCD-Gruppe auf.

wirtschaftliche Produktion auswirken. Extreme Wetterereignisse wie Dürren oder Fluten werden neben der Erhöhung der Durchschnittstemperatur schon bald wahrscheinlicher werden.

Und wir werden es mit veränderten Mustern und einer ungewöhnlichen Verbreitung von Tier- und Pflanzenkrankheiten zu tun haben. Es ist sehr wahrscheinlich, dass das massive Auftreten von Wüstenheuschrecken und die verheerenden Verwüstungen in Äthiopien und Kenia in den Jahren 2019 bis 2022 auf Temperaturanomalien im Indischen Ozean und daraus resultierende ungewöhnliche Regenfälle zurückzuführen sind.

Die Klimakrise kann in ihren Auswirkungen modellhaft vorhergesagt werden. Die Auswirkungen auf das System der Ernährungssicherung – auf Produktion, Handel und den Zugang zu Nahrung – müssen jedoch neu bewertet werden. Der allgemeine Verweis, dass wir resilientere Systeme brauchen, hilft nur dann weiter, wenn es gelingt, schnell konkrete Maßnahmen zu implementieren.

Hunger und Armut wirksam bekämpfen

Die sich gegenseitig verstärkenden Krisen und ihre Auswirkungen auf die Welt ernährung müssen unter den Bedingungen einer zunehmend unübersichtlichen geopolitischen Lage angegangen werden. Das ist eine politische Steuerungsaufgabe. Diese Steuerung muss aufbauen auf umfassenden wissenschaftlichen Erkenntnissen, auch von Landwirten und indigenen Völkern, auf den Erfahrungen von Nichtregierungsorganisationen, von international vernetzten Interessengruppen sowie auf den Erfolgen und Misserfolgen des etablierten multilateralen Systems. Ausbleibende Erfolge in der Hunger- und Armutsbekämpfung haben verdeutlicht, dass trotz großer Fortschritte in einzelnen

Politische Steuerung, die auf Wissenschaft und Erfahrung aufbaut, ist dringend erforderlich

Wissensbereichen und der Zunahme des globalen Reichtums der Hunger nicht ausgerottet wurde.

Kann der politische Wille mobilisiert werden, um in einem integrierten Ansatz das folgende Aufgabenbündel anzugehen?

1. Akute Hungerbekämpfung, Notfallhilfe und Maßnahmen gegen die Zunahme der Mangelernährung (nicht nur wegen der dramatischen Folgekosten für den Gesundheitssektor);
2. massive Investitionen in die Anpassung des Welternährungssystems an den Klimawandel und gleichzeitige drastische Reduzierung der CO₂-Emissionen in allen Wirtschaftssektoren, um diese Anpassung nicht noch weiter zu erschweren;
3. Sicherung und nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen (Wasser, fruchtbarer Boden, genetische Vielfalt), auch durch Landwirtschaft und in geschützten Landschaften;
4. Implementierung des Menschenrechts auf Nahrung als übergeordnetes Ziel staatlicher Politik sowie unabhängige Überprüfung des Fortschritts;
5. neue ökonomische Bewertung der tatsächlichen Kosten der Lebensmittelsysteme durch True Cost Accounting und Monitoring der Kosten der Transformation. Auch die Kosten des Nichthandelns sind hier zu betrachten.

Diese Punkte sind im Einzelnen nicht neu, mit Ausnahme der Diskussion um True Cost Accounting. Seit vielen Jahren wird an Konzepten, Strategien, neuen

wissenschaftlichen Erkenntnissen und einem besseren Verständnis traditionellen Wissens gearbeitet. Es wird über die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen der Veränderungen kontrovers diskutiert. Und die Debatte über die Rolle von Regulierung und Marktmechanismen sowie das Verhältnis beider Faktoren zueinander polarisiert weiterhin.

Neue Ansatzpunkte für SDG 2

Der mangelnde Fortschritt in der Hungerbekämpfung veranlasste 2019 den Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, die Idee eines UN Food Systems Summit (UNFSS) zu verkünden. Ihm war klar, dass die Welt die Ziele zur Beendigung des Hungers im Jahr 2030 nicht erreichen würde. Zur Vor- und Nachbereitung dieses UN-Gipfels vom September 2021 wurden weltweit Hunderte, vielleicht auch Tausende von Workshops und Versammlungen durchgeführt. Im Juli 2023 wird es in Rom ein großes Follow-up geben, bei dem die seither entwickelten Aktivitäten präsentiert werden.

Aber dieses Treffen wird nur marginal zur Erreichung des Null-Hunger-Zieles beitragen. Denn das zentrale Element in der Hungerbekämpfung fehlt weiterhin: Es gibt keine ausreichende Debatte über die Governance der Welternährung und über die notwendigen politischen Rahmenbedingungen für die Erreichung dieses zweiten Zieles für nachhaltige Entwicklung (SDG 2). Der Vorbereitungsprozess zum UNFSS 2021 hat das Hungerproblem

„entpolitisiert“ und die UN-Staaten aus ihrer Verantwortung für die Erreichung des Menschenrechts auf Nahrung entlassen. Stattdessen wurden vielfältige Diskussionen organisiert und das Problem des Hungers aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert.

Heute lautet die Frage: Können unter den geopolitischen Bedingungen und aufgrund der Verschiebung der Machtverhältnisse überhaupt noch ernsthafte Ansatzpunkte zur internationalen Steuerung der Hungerbekämpfung identifiziert werden? Gibt es reale politische Ansatzpunkte für einen neuen Anlauf? Und wer könnte diesen Anlauf initiieren? Ist das multilaterale System willens und in der Lage, über notwendige Schritte zur Hungerbekämpfung nachzudenken? Oder braucht es eine neue Initiative und wer könnten die treibenden Akteure sein? Müsste über eine neue Rolle der G20 nachgedacht werden? Könnte die gegenwärtige indische G20-Präsidentschaft hierfür gewonnen werden?

Indien könnte seine globalen Ambitionen und die innenpolitische Notwendigkeit der Hungerbekämpfung miteinander verknüpfen. Wäre es denkbar, dass Indien auf dem G20-Gipfel im September eine Koalition der Willigen etabliert? Könnten neue Vorschläge entwickelt werden, wie das Menschenrecht auf Nahrung ohne Zerstörung des Planeten erreicht werden kann?

Die internationale Staatengemeinschaft hat 2015 beschlossen, den Hunger bis 2030 zu beseitigen. Es bleiben noch sieben Jahre! Die jetzigen Anstrengungen in den Staaten und auch der Prozess des UN Food Systems Summit vermitteln keine Anhaltspunkte, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Das Verwalten des Zieles ist nicht ausreichend. Ohne neue politische Initiative wird es stillschweigend aufgegeben werden. **IP**

Indien könnte seine globalen Ambitionen und Hungerbekämpfung im eigenen Land miteinander verknüpfen

„Es braucht eine Politik, die auf Wissenstransfer und Kooperation setzt“

Bei akuter Hungersnot müsse natürlich geholfen werden, aber das löse die zugrundeliegenden Probleme nicht. Deshalb: Lieber dauerhaft Getreidesilos bauen anstatt kurzfristig Getreidesäcke liefern.

Interview mit Cem Özdemir

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

IP: Das Thema Ernährungssicherheit steht auf der Agenda vieler großer Konferenzen, bei UN, G7, bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Warum ist das so ein wichtiges Thema?

Cem Özdemir: Es gibt das Menschenrecht auf angemessene Nahrung. Die Weltgemeinschaft hat sich das Ziel gesetzt, den Hunger bis 2030 zu beenden. Das sind gerade mal noch acht Ernten. Ob wir das erreichen werden, ist durch die Corona-Pandemie, die sich verschärfende Klima- und Biodiversitätskrise, aber auch durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht gerade wahrscheinlicher geworden. Trotzdem müssen wir alles dafür tun. Man kann die Antwort auf diese Frage also vom Menschenrecht herleiten. Aber man kann sie auch ganz einfach mit Eigeninteresse begründen: Länder, in denen die Menschen genug zu essen haben, sind politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich stabiler. Das ist die Grundlage, damit die Menschen

eine Zukunft in ihrem Land haben. Also liegt es in unserem Interesse, dass wir auf einem Planeten leben, wo alle Menschen abends satt ins Bett gehen.

Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Wie kann trotzdem die Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet werden?

Heute überlagern sich so viele verschiedene Krisen wie wohl nie zuvor. Einfache Wege gibt es nicht. Manche wollen in Deutschland und Europa den Klima-, Arten- und Umweltschutz streichen, um mehr Weizen produzieren und exportieren zu können. Das macht für mich keinen Sinn. Krisen löst man nicht, indem man andere verschärft! In der Konsequenz würden wir zudem bestehende Abhängigkeiten verschärfen, die Produktivität im Globalen Süden würde weiter sinken. In Brasilien und Kolumbien, wo ich im März mit Vizekanzler Robert Habeck war, wird die Verbindung der ökologischen,

ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit als selbstverständliches Muss wahrgenommen. Dort schüttelt man über solche Ideen den Kopf.

Mein Weg wäre folgender: Wir müssen dauerhaft Getreidesilos bauen, statt immer kurzfristig Getreidesäcke liefern. Es ist natürlich klar, dass man in akuter Not hilft. Aber diese Hilfe kann nur eine akute sein, denn sie löst die zugrundeliegenden Probleme nicht. Unser Ziel muss die Ernährungssouveränität des Globalen Südens sein. Dazu braucht es einerseits die nötige Infrastruktur vor Ort, damit Ernten auch sicher gelagert und transportiert werden können. Mancherorts gehen aufgrund fehlender Straßen, Lager und Kühlketten bis zu 50 Prozent der Erträge verloren. Andererseits, und das ist mir wichtig: Wir brauchen Wissenstransfer und Kooperation, damit die Menschen vor Ort erfolgreich mehr Nahrung produzieren können – und das heißt auf Nachhaltigkeit und Resilienz ausgerichtet. Das ist eine Politik der freundschaftlichen Partnerschaft, die darauf setzt, dass etwa kleinbäuerliche Strukturen im Globalen Süden gestärkt werden. Sie ernähren weit mehr als die Hälfte der Menschheit! Zu dieser Politik gehört, dass wir mehr über Maniok, Hirse und über klimaangepasste Pflanzen reden, die unter erschwerten Klimabedingungen eher klarkommen.

Ernährungssicherheit darf kein Spielball der freien Marktkräfte sein. Welche Rolle spielen große Agrarunternehmen?

Nur offene Märkte und ein freier, regelbasierter Handel sichern Ernährung für alle. Wie verletzlich dieses globale System ist, hat der schreckliche Krieg Putins gegen die Ukraine gezeigt. Die Folge war eine krasse Marktverunsicherung, die Weizenpreise in die Höhe geschossen. Was die Agrarunternehmen betrifft:

Selbstverständlich sind sie wichtig und sie leisten auch einen Beitrag zur Forschung und zum Wissenstransfer. Aber es kann nicht richtig sein, dass sie ein Informationsmonopol haben. Denken Sie beispielsweise an die Frage des Umgangs mit Pestiziden. Ich habe angewiesen, dass Pestizide, deren Einsatz bei uns verboten ist, weil sie gesundheitsschädlich sind, nicht in die Länder des Globalen Südens exportiert werden. Es braucht unabhängige staatliche Institutionen, die Wissen vermitteln. Dabei versuchen wir zu helfen. Wir haben beispielsweise mit der Afrikanischen Union eine Zukunftspartnerschaft geschlossen. Diese Initiative, die ich im Januar mit der AU-Agrarkommissarin Josefa Sacko unterzeichnet habe, ist ein Meilenstein. Wir wollen mit unserem Wissen bei nachhaltigen Produktionssteigerungen, klimaresilienten Anbauverfahren oder lokal angepasstem Saatgut unterstützen. Ein Thema, das uns alle sehr interessieren muss, ist der Bereich der Nachernteverluste. Wenn wir es schaffen, diese zu verringern, leisten wir einen enormen Beitrag zur Ernährung der Menschheit.

Was gehört für Sie zu einer Politik auf Augenhöhe dazu?

Bezogen auf den Globalen Süden verstehe ich darunter eine Politik, die die Länder als gleichberechtigte Partner sieht und nicht nur als Absatzmärkte für unsere Produkte. Nebenbei bemerkt: Wir im sogenannten Norden können auch von Ländern des Globalen Südens lernen. In Brasilien haben mich etwa die Ernährungsrate sehr beeindruckt.

Ich plädiere für einen Neuanfang, der auf Hilfe zur Selbsthilfe setzt. Dabei geht es um verschiedene Maßnahmen, um Infrastruktur, Wissenstransfer, um die Stärkung der Rolle der Frau und von jungen Menschen in der Landwirtschaft. Aber es

geht auch um Korruptionsbekämpfung und Good Governance. Beim Global Forum for Food and Agriculture, das mein Ministerium am Rande der Grünen Woche in Berlin organisiert, haben sich eben nicht nur rund 70 Agrarministerinnen und Agrarminister und internationale Organisationen getroffen, sondern wir hatten auch junge Bäuerinnen und Bauern am Tisch sitzen. Sie zu stärken – ganz besonders die Frauen –, ihnen Recht auf Land und Zugang zu Saatgut zu geben, das ist die Zukunft der Landwirtschaft. Ihnen eine Stimme zu geben, sehe ich auch als Aufgabe.

Weltweit werden jährlich fast 800 Milliarden Dollar für Agrarsubventionen ausgegeben. Aber die gehen eher in die industrielle Landwirtschaft.

Genau deshalb wollen wir in der EU einen Umbau, der die Themen Umwelt und Gemeinwohl stärker berücksichtigt: öffentliches Geld für öffentliche Leistungen. Wir versuchen, die Agrarpolitik, die ich geerbt habe, so umzubauen, dass sie so ökologisch und nachhaltig wie möglich ausgerichtet ist – und dass sich Gemeinwohlleistungen für Landwirtinnen und Landwirte am Ende des Tages rechnen. Wir schauen uns natürlich auch an, welche Rolle Exporte spielen. Wir wissen, dass unsere Exportpolitik dazu beigetragen hat, dass Produkte aus unseren Ländern aufgrund der niedrigen Produktions- und Transportkosten zum Teil deutlich billiger sind als die Produkte, die afrikanische Bäuerinnen und Bauern herstellen. Das hat doppelt negative Konsequenzen: Wir machen heimische Märkte kaputt und das führt dazu, dass Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren und ihrer Heimat den Rücken kehren müssen. Und wenn sie dann als Flüchtlinge zu uns kommen wollen, ist es uns auch nicht recht.



Cem Özdemir

ist seit Ende 2021 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. Der Grünen-Politiker wurde 1994 erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt, war Abgeordneter im Europäischen Parlament und von 2008 bis 2018 Bundesvorsitzender seiner Partei.

Weltweit wird viel Getreide angebaut, aber ein großer Teil landet nicht auf dem Teller, sondern im Tank oder Trog. Wie sieht da die Zukunft aus?

Wir sollten unsere Anbauflächen primär für die Ernährung von Menschen nutzen. In Deutschland wird weniger als ein Viertel des Getreides als Nahrung genutzt, über die Hälfte endet als Tierfutter und fast ein Zehntel wird zu Biokraftstoffen umgewandelt. Im Pkw-Bereich liegt die Zukunft in der Elektromobilität, nicht im Biosprit. Marktteilnehmer müssen sich natürlich darauf einstellen können, es macht also Sinn, das bis 2030 auslaufen zu lassen.

„Wenn wir es nicht schaffen, den Hunger zu beenden, haben wir als Politiker, aber auch als Menschheit insgesamt versagt“

Der zweite Punkt ist der Umbau der Tierhaltung. Wir arbeiten mit Hochdruck daran, insgesamt weniger Tiere besser zu halten. Dies dient nicht nur dem Tierschutz, weil diese dann mehr Platz haben, oder dem Verbraucherschutz, weil es eine staatliche Haltungskennzeichnung gibt, sondern auch dem Klimaschutz: Geringere Tierbestände würden einen Beitrag zur Flächengewinnung für die menschliche Ernährung leisten – in Deutschland, aber auch global. Und wir wären weniger angewiesen auf Sojaeinfuhren, beispielsweise aus Brasilien, von Flächen, wo früher einmal Regenwald stand. Ein Umbau hat also nationale und globale Auswirkungen.

Viele Landwirte fürchten zu hohe Umweltstandards. Wie lässt sich der Zusammenhang „gesundes Klima – gesunde Landwirtschaft“ besser vermitteln?

Ihre größte Sorge ist: Gehen wir einen Sonderweg? Haben wir Standards, die andere so nicht haben und sind damit unsere Produkte weniger konkurrenzfähig? Ich denke, darin liegt auch eine Chance. Deshalb kämpfe ich ja zugleich für eine Herkunftskennzeichnung, damit Verbraucherinnen und Verbraucher beim Einkaufen erkennen, ob es sich etwa um Fleisch aus Deutschland oder einem anderen Land handelt.

Wie sieht es da in anderen Ländern aus?

Am besten wäre es natürlich, wenn wir einen europäischen Ordnungsrahmen

hätten. Aber wenn es den noch nicht gibt, darf das keine Entschuldigung für uns sein, nicht in jenen Bereichen voranzugehen, in denen wir das national können – aber immer mit Maß und Mitte.

Hier möchte ich nochmal das Thema Pestizide ansprechen: Wir teilen das Ziel der EU-Kommission, den Pestizideinsatz bis 2030 zu halbieren, Stichwort Artenschutz. Die Umsetzung muss aber gewährleisten, dass es auch künftig noch Weinanbau in Deutschland gibt. Denken Sie an unsere tollen Streuobstwiesen. Dabei hilft zum Beispiel die Digitalisierung, das Precision Farming, um Pestizide und Dünger effektiver einzusetzen. Auch der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die gestiegenen Düngerpreise haben dazu beigetragen, dass man heute viel sparsamer damit umgeht, weil sonst die Kosten viel zu hoch wären. Gleichzeitig leisten wir so einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz.

Schauen wir auf die nachhaltigen Entwicklungsziele, insbesondere auf SDG 2 zur Beendigung des Hungers bis 2030. Lläuft uns da die Zeit davon?

Das gehört sicherlich zu den drängendsten Aufgaben der Menschheit. Wenn wir das nicht schaffen, dann haben wir als Politiker, aber auch als Menschheit insgesamt versagt. Bereits vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hungerten bis zu 828 Millionen Menschen weltweit, das sind ungefähr 10 Prozent der Bevölkerung.

Hinzu kommt, dass 2,3 Milliarden Menschen von Ernährungsunsicherheit betroffen sind. All das zwingt uns, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um das Recht auf angemessene Nahrung zu verwirklichen.

Wie kann das gelingen?

Wir haben dabei wieder neue Partner. Ich erinnere an die Lula-Regierung, die eine der erfolgreichsten auf diesem Weg war. Als ich kürzlich in Brasilien war, habe ich mir das Schulverpflegungsprogramm angeschaut. In einer Schule erzählte die Schulleiterin, dass es für 20 Prozent der Kinder das einzige Essen sei, das sie am Tag bekommen, obwohl diese Einrichtung in einem besseren Stadtteil liegt. In der Schule, in der sie zuvor arbeitete, waren es 90 Prozent ... Was Brasilien großartig macht – und davon können wir alle, auch in Deutschland lernen –, ist, dass man diese Angebote verbindet. So müssen die Kinder in der Schule und auch beim Kinderarzt erscheinen. Zudem wird gezielt die regionale Landwirtschaft gefördert. Das ist eine moderne Art der Armuts- und Hungerbekämpfung.

Wir haben in Brasilien eine enge Kooperation vereinbart. Auch hier geht es um Wissenstransfer. Brasilien will 50 Millionen Hektar degradiertes Fläche, die früher mal Regenwald war und durch Viehhaltung weitestgehend kaputtgegangen ist, als Ackerland wieder nutzbar machen – vor allem für kleine Familienunternehmen. Das sind diejenigen, die dazu beitragen sollen, dass 30 Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer nicht mehr hungern müssen. Wir werden dabei wo immer möglich partnerschaftlich zur Seite stehen.

Seit vielen Jahrzehnten schon wird versprochen, den Hunger in der Welt zu

beenden. Doch geschehen ist bislang wenig. Woran liegt's?

Sie haben recht. Wir haben viel versprochen und wenig davon gehalten. Ehrlicherweise muss man sagen, das liegt nicht nur am Norden, sondern es liegt eben auch daran, dass man die Partner braucht. Brasilien fiel de facto die letzten vier Jahre aus und ist einen entgegengesetzten Kurs gefahren. Jetzt haben wir dort wieder Partner. Deshalb haben Robert Habeck und ich bei unserem Besuch dort auch das schwierige Thema Mercosur angepackt und gesagt, dass wir die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht China überlassen wollen. China geht es weder um Hungerbekämpfung, eine eigenständige Entwicklung der Länder noch um den Schutz des Regenwalds. Aber uns muss es darum gehen. Also sollten wir darüber reden, wie wir das Abkommen zwischen EU und Mercosur verbessern können. Auch im Sinne der deutschen Landwirtschaft.

Was können Sie als deutscher Landwirtschaftsminister zur globalen Ernährungssicherheit beitragen?

Ich kann und will partnerschaftliche Zusammenarbeit mit vielen Ländern fördern. Was woanders passiert, hat auch Auswirkungen auf uns und umgekehrt. Manchmal muss ich Dinge sagen, die – wie beim Mercosur-Abkommen oder bei der Solidarität mit der Ukraine – nicht alle gerne hören. Aber ich bin überzeugt: Wenn wir der Ukraine helfen, dann helfen wir in Wirklichkeit vor allem uns selbst. Deshalb sage ich ganz klar: Auch der deutsche Landwirtschaftsminister hat die Aufgabe, zur Stabilität der Welt, zur Stärkung liberaler Demokratien, zum Recht auf Nahrung und zum Kampf gegen die Klimakrise beizutragen. Ernährung sichert Frieden!

Das Interview führten Martin Bialecki, Uta Kuhlmann, Joachim Staron und Louisa Warth.

IP

771.000.000

Fehlender Zugang zu sauberem Süßwasser gehört zu den wichtigsten Gründen für Ernährungsunsicherheit. **771 000 000 Menschen haben laut UNICEF keinen Zugang zu einer Grundversorgung mit Trinkwasser.**

619

Die weltweiten Agrarsubventionen haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten fast verdoppelt, von 325 Milliarden in 2000 auf 619 Milliarden in 2021. Ein Großteil dieser Subventionen könnte besser verteilt werden, um Kleinbauern zu fördern und die Umwelt mehr zu schützen.

3

Weizen, Mais und Reis sind die meistproduzierten Getreidearten weltweit. **Hirse steht für nur 3 Prozent des weltweiten Getreidehandels.** Dabei gelten als ihre Vorteile der geringe Wasserverbrauch, eine kurze Vegetationszeit von 100 bis 120 Tagen und ihre Robustheit.

44

Weltweit benötigen **44 Länder externe Nahrungsmittelhilfen, davon 33 in Afrika und 9 in Asien.** Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass die Weltgemeinschaft das Null-Hunger-Ziel bis zum Jahr 2030 erreicht.

65

Die Landmatrix-Initiative verzeichnet weltweit **Landgrabbing im Umfang von 65 Millionen Hektar,** was umgerechnet rund 91 Millionen Fußballfeldern entsprechen würde.

Im Juli 2022 wurde die Schwarzmeer-Getreide-

Initiative unterzeichnet. **Bis März 2023 konnten rund 800 Schiffe über 23 000 000 Tonnen Mais, Weizen und andere Nahrungsmittel aus der Ukraine ausführen.**

23

45

Der weltweite Getreideverbrauch steigt seit Jahren kontinuierlich an und beläuft sich auf 2333 Millionen Tonnen. Davon wird der größte Anteil mit 45 Prozent als Tierfutter genutzt; als Nahrung dienen 35 Prozent. Zur industriellen Nutzung (16 Prozent, u.a. Stärke, Bier, Alkohol) gehören mit 7 Prozent auch Biokraftstoffe.

115

In Europa und Nordamerika werden jährlich pro Person 95 bis 115 Kilogramm an Lebensmitteln verschwendet; die Zahlen in Subsahara-Afrika und Südostasien belaufen sich auf nur 6 bis 11 Kilogramm. Ein Drittel der globalen Lebensmittelproduktion geht entlang der Wertschöpfungsketten oder in privaten Haushalten verloren.

Um gegen die Einführung des Nutri-Scores, der den Nährwert von Lebensmitteln vergleichbar macht, vorzugehen, gab die Lebensmittelindustrie laut Corporate Europe Observatory rund 500 Millionen Euro an Lobbygeldern aus.

500.000.000

175

Die Zahl staatlicher und nichtstaatlicher Konflikte hat sich zwischen 2010 und 2021 mehr als verdoppelt: von 83 auf 175. Konflikte und Unruhen gelten als maßgebliche Gründe für Ernährungsunsicherheit und Hunger, insbesondere in Subsahara-Afrika und Südasien.

50

Der weltweite Umsatz im Lebensmittelmarkt wird sich in diesem Jahr auf schätzungsweise 9,2 Billionen Dollar belaufen. Das größte Marktsegment sind dabei Süßwaren und Snacks mit einem Umsatz von 1,6 Billionen Dollar.

9,2

Die 4 Konzerne BayerCropScience, Corteva Agriscience, ChemChina/Syngenta und Vilmrin & Cie / Limagrain liefern 50 Prozent des weltweit genutzten Saatguts. Diese Marktmacht hat enorme Auswirkungen auf Bäuerinnen und Bauern und ihre Entscheidungen, was und wie sie anbauen.

Afrika muss sich selbst ernähren

Dabei darf es nicht weiter auf industrielle Landwirtschaft setzen, sondern muss kleinbäuerliche Strukturen und ökologischen Anbau fördern.

Von Francisco Mari

Nur Tage nach Russlands Überfall auf die Ukraine verursachte eine Welle von Spekulationsgeschäften mit Weizen eine Preisexplosion an den Getreidebörsen. Hiermit – und durch rasant steigende Treibstoffpreise infolge der Bemühungen westlicher Industriestaaten, unabhängig von russischem Gas und Erdöl zu werden – wurde auch in Afrika eine lange nicht gekannte Inflation angeheizt. So verdoppelten sich innerhalb weniger Wochen Lebensmittelpreise in Ghana, Kenia oder Nigeria.

Die Sorge, im Laufe des Krieges könnten alle Weizenausfuhren über das Schwarze Meer ausbleiben, war zwar Auslöser und Treiber der Preisexplosion. Doch das Ausmaß der Rekordpreise für Weizen ist reines Gewinnstreben von Händlern, die für ihre Kunden unverhoffte „Kriegsgewinne“ erwarteten. Die von der EU und den USA nach der letzten Spekulationswelle auf Nahrungsmittel (2011) verabschiedeten Finanzmarktregeln für Beschränkungen im Derivathandel bleiben stumpf. Deshalb musste das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP), das sonst

Weizen zu günstigeren Preisen bei ukrainischen Händlern kaufte, um Menschen in Krisenregionen vor dem Hungertod zu bewahren, plötzlich beinahe das Doppelte für eine Tonne Weizen (450 Euro) zahlen, fast das Dreifache im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie. Dies ist nicht zu schaffen mit den knappen Mitteln, die die Weltgemeinschaft dem WFP zur Verfügung stellt – meist auch erst spät, wenn die Menschen ihre Nahrungsrationen bereits radikal kürzen mussten.

Hunger wird zur Waffe

Es war zynisch vom russischen Außenminister Sergej Lawrow, sich über die Aufregung westlicher Regierungen und NROs lustig zu machen, dass die Welternährung vom ukrainischen Weizen abhinge, da sein Anteil mit 2 Prozent der Welternte und 8 Prozent des Welthandels so gering sei.

Dann besuchte der Präsident der Afrikanischen Union, Macky Sall, den russischen Präsidenten Wladimir Putin in Sotschi und bat ihn um Unterstützung aufgrund der hohen Lebensmittelpreise in Afrika. Russland ergriff die Gelegen-



Francisco Mari
ist Referent für Agrarhandel und Fischerei bei „Brot für die Welt“.

heit, sagte Weizenhilfslieferungen zu und freute sich darüber, dass Macky Sall im Namen Afrikas den Westen aufrief, die Sanktionen gegen Russland als Ursache für den Welthunger abzumildern. Putin erkannte, wie nützlich es wäre, Hunger als Waffe zu nutzen: So droht er immer wieder mit dem Aussetzen des Schwarzmeer-Getreideabkommens. Die Tatsache, dass es gegen Russland nie Sanktionen für Agrarexporte gegeben hat, wurde nur selten erwähnt; auch in Afrika stand in Zeitungen und sozialen Medien immer wieder diese Falschmeldung.

Eine bittere Wahrheit steckt leider hinter dem schnellen Anstieg der Lebensmittelpreise, auch bei lokalen Agrarprodukten. Es ist die Abhängigkeit von Importen bei manchen Grundnahrungsmitteln, besonders bei Getreide, aber auch bei Speiseöl, Milch und Fleisch. Allerdings ist die Abhängigkeit nicht überall gleich. Weizenprodukte decken vor allem in Nordafrika und im Nahen Osten bis zur Hälfte des täglichen Kalorienbedarfs ab; dabei produziert zum Beispiel Ägypten die Hälfte seines Weizenbedarfs selbst, während Tunesien und Algerien viel stärker von Weizenimporten abhängig sind. In Kenia, Senegal oder Nigeria sind Mais und Cassava und dann erst Weizenimporte (16 Prozent) die Hauptquellen der Ernährung.

Die Pandemie und der Ukraine-Krieg haben Regierungen und Menschen wieder vor Augen geführt, wie gefährlich es ist, die Ernährung der eigenen Bevölkerung vom Spiel der Weltmärkte und

unbeeinflussbaren Krisen abhängig zu machen. Schon lange weisen in Afrika kleinbäuerliche Bewegungen, Menschenrechts- und Gesundheitsgruppen, Kirchen und NROs die Weltgemeinschaft und afrikanische Regierungen darauf hin, dass die Nahrungsmittelproduktion nicht irgendein Wirtschaftssektor ist, der nur Gewinne oder Steuern abwerfen soll.

Es geht hier um die Verpflichtung von Staaten, das Menschenrecht auf Nahrung für alle Afrikanerinnen und Afrikaner umzusetzen. Denn es ist ein Skandal, dass ein Drittel der chronisch hungernden Menschen (828 Millionen) auf dem afrikanischen Kontinent lebt (250 Millionen); davon sind fast 90 Millionen unter extremen Hungerbedingungen auf tägliche Nahrungsmittelhilfe angewiesen – ganz besonders in Ostafrika, aber auch in vom Boko-Haram-Terror betroffenen Gebieten in und um Nigeria oder in Bürgerkriegsgebieten im Osten der Demokratischen Republik Kongo. Darüber hinaus leidet die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung unter jahrelanger Mangel- und Fehlernährung. Ihnen fehlt der Zugang zu vitamin- und proteinreichen Nahrungsmitteln mit schlimmen Folgen für Jugendliche, die in ihrer geistigen und körperlichen Entwicklung gestört werden.

Die Rolle bäuerlicher Familienbetriebe

Dies alles ist nicht neu. Aber dank des Einsatzes der bäuerlichen Kleinproduzenten ist es trotz des Bevölkerungswachstums in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, den prozentualen Anteil von chronisch an Hunger leidenden Menschen an der afrikanischen Gesamtbevölkerung zu reduzieren. Eine Steigerung der Erntemengen von 160 Prozent in den letzten 30 Jahren (Weltdurchschnitt 100 Prozent) hat es zumindest geschafft, die Abhängigkeit von Importen (ca. 25 Prozent) nicht zu sehr zu

*Afrika ist abhängig von
Importen bei Grundnahrungsmitteln wie Getreide,
Speiseöl, Milch und Fleisch*

vergrößern. Dies ist auch als Gegenargument an jene Agrarexperten gerichtet, die behaupten, der Hunger in Afrika werde durch mangelnde Modernisierung in der Landwirtschaft oder gar durch den hohen Anteil an Selbstversorgung in den bäuerlichen Familien verursacht.

Diese Kritik, dass Ernten auch für die Ernährung der bäuerlichen Familien sorgen statt vermarktet zu werden, ist schon deshalb abwegig, weil durchschnittlich 50 bis 60 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig sind. Diese oft als altmodisch verschriene Subsistenzlandwirtschaft sorgt zum Teil für die Ernährungssicherheit großer Bevölkerungsgruppen auf dem Lande. Das Paradoxe daran ist, dass sich in ländlichen Familien die Mehrheit der Hungernden in Afrika befindet.

Wo sind also die Zusagen nach der letzten Ernährungskrise geblieben, Afri-

ka unabhängiger von Agrarimporten zu machen und mehr in die Landwirtschaft des Kontinents zu investieren? Die afrikanischen Staaten hatten schon 2003 in der Erklärung von Maputo versprochen, mindestens 10 Prozent ihrer Staatsbudgets für die Förderung der Landwirtschaft zu verwenden; 20 Jahre später erfüllen nur wenige Länder diese Mindestvorgabe.

Nach 2007 und durch die Erfahrungen mit Straßenunruhen von Hungernden und mit Regierungsumstürzen in Nordafrika gab es ein leichtes Umdenken, was die Bedeutung des Agrarsektors angeht – in Afrika, aber auch zum Teil bei den Gebern von Entwicklungsgeldern und internationalen Organisationen wie der Weltbank, der FAO oder den G7-Staaten. 2007 platzte nämlich die Ideologie der sogenannten Strukturanpassungsprogramme der 1990er Jahre.

Entschuldung durch mehr exportorientierte Landwirtschaft? Eine Kaffeeplantage in Karatu, Tansania.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Afrika will den Hunger selbst bekämpfen – aber nicht mit Landvergabe an ausländische Investoren

Weltbank und Geberländer glaubten, die Entschuldung Afrikas in erster Linie durch den massiven Ausbau einer exportorientierten Landwirtschaft (Cash Crops) vorantreiben zu können. Dutzende Programme für mehr Kakao- und Kaffeeanbau oder Baumwolle in Westafrika, für Zitrusfrüchte oder gar Rindfleisch im südlichen Afrika, Tomaten in Marokko oder Blumen und grüne Bohnen in Ostafrika wurden ins Leben gerufen. Sie versinnbildlichen bis heute eine Landwirtschaft, die aufgrund ihrer komparativen Kostenvorteile den Staaten Devisen einbringt und auf den billigen Märkten Europas mit diesen Einnahmen genug Lebensmittel einkaufen könnte, um die eigenen Bevölkerungen billig ernähren zu können.

Die subventionierten Exportwaren von Weizen, Hähnchenteilen und Milchpulver aus der Europäischen Union, die ab der Jahrtausendwende Afrika überfluteten, wurden bezahlt mit den Devisenerlösen der eigenen Agrarexporte. Sie wurden 2007 zum Bumerang, als die Getreide- und Energiepreise in die Höhe gingen. Heute geben afrikanische Staaten jährlich 70 Milliarden Dollar aus, um Nahrungsimporte zu finanzieren; sie erzielen für die eigenen Exporte aber nur 50 Milliarden Dollar auf dem Weltmarkt.

Einige Staaten reagierten schon früh mit hohen Schutzzöllen oder gar Importverboten, von denen sie auch in der aktuellen Krise profitieren, und schufen Hunderttausende von Arbeitsplätzen in der Geflügel- oder Milchwirtschaft (Ka-

merun, Senegal, Kenia, Nigeria). Andere Länder glaubten weiter an das neoliberale Heil ungeschützter Märkte und haben wie Ghana nun die größten Probleme. Denn die Weltmarktpreise sind gestiegen, während sie ihre Währungen abwerten mussten, um ihre Exportprodukte wie Kaffee und Kakao konkurrenzfähig zu halten.

Eine kleine Kehrtwende haben Staaten und Weltgemeinschaft jedoch vollzogen, vor allem 2009 durch die Neustrukturierung des UN-Welternährungsausschusses (CFS): mit der Zulassung kleinbäuerlicher und zivilgesellschaftlicher Vertreter bei den Beratungen zur Bewältigung der Welternährungskrisen. Sie nahmen sich vor, Afrikas Hunger in Afrika selbst zu lösen und sich zumindest öffentlich von der „We feed the world“-Strategie der EU, von den USA und anderen Agrarexportnationen abzuwenden.

Wer darf die Agrarflächen nutzen?

Viele Programme ergossen sich seitdem über Afrika mit dem Ziel, die Erträge der Sattmacher – vor allem also Reis und Mais – zu steigern. Zusätzlich stellten viele Länder „öffentliches“ Land, aus dem sie zuvor Kleinbauern vertrieben hatten, für Investoren und ihre Monokulturen zur Verfügung; ein unrühmliches Beispiel dafür ist Äthiopien. Den meisten Investoren ging es vor allem darum, Zuckerrohr anzubauen, um Ethanol für die hohen Beimischungsquoten in der EU zu erhalten.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Kleinbauern in den vergangenen Wochen hellhörig wurden, als afrikanische Politiker – so die AU-Kommissarin Josefa Sacko beim Agrarministertreffen in Berlin oder in der Abschlusserklärung des Ernährungsgipfels in Dakar – Investoren bescheinigten, dass Afrika 65 Prozent der weltweit noch unbebauten Agrarfläche anzubieten hat.

Das wohl größte Projekt als Reaktion auf die Welthungerkrise war die von der Bill & Melinda-Gates-Stiftung ins Leben gerufene Initiative für Afrikas Grüne Revolution (AGRA). Mit Milliarden Dollar, auch öffentlichen Mitteln wie deutschen Entwicklungsgeldern, und viel Lobbyarbeit bei Agrarministern in Afrika wurde das industrielle Agrarmodell angepriesen. Es führt zwar kurzfristig zu höheren Erträgen, hinterlässt aber hohe Umweltbelastungen und ausgelaugte Böden durch den Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden. Hunderttausende Kleinbauern hat AGRA in die Falle der Betriebsmittelabhängigkeit gebracht und dabei nicht einmal das selbst gesteckte Ziel erreicht, wenigstens in diesen Regionen den Hunger zu reduzieren.

Im Gegenteil: Der Versuch, Ernährungssouveränität dadurch zu erreichen, dass man Weizenimporte verringert, indem man Mais anbaut, ist gescheitert. Mais ist das Getreide mit dem höchsten Bedarf an Kunstdünger und chemischem Pflanzenschutz. Maisbauern müssen sich hoch verschulden und auf gute Ernten hoffen. Als zum Beispiel die Regierung Sambias sich die Subventionen nicht mehr leisten konnte, wurde aus dem Musterland des Maisanbaus innerhalb von zehn Jahren eines der am meisten von Mangelernährung betroffenen Länder im südlichen Afrika. Ähnliches geschah in Malawi.

Leider haben sich Afrikas Regierungschefs diese schlechten Erfahrungen nicht zu Herzen genommen. Das zeigte im Januar auch der Ernährungsgipfel in Dakar,

der unter dem eigentlich richtigen Motto „Afrika muss sich selbst ernähren“ stand. Es folgten aber wieder Vorschläge, die zur aktuellen Krise geführt haben. Der Glaube an die Kraft der mineralischen Düngung und das Bedauern, dass auf Afrikas Äckern nur 20 Kilogramm Kunstdünger pro Hektar verwendet werden (in den USA sind es 120 kg, in Brasilien gar 300 kg), zeigen, wie realitätsfern afrikanische Politik sein kann. Oder besser, welche gute Arbeit die Lobbyisten der Agrarindustrie geleistet haben und wozu es führt, wenn kritische Landwirte und Zivilgesellschaft von den Beratungen ausgeschlossen bleiben.

Weltweit gibt es ein Bewusstsein, dass ein Ausstieg aus fossilen Energien dringend geboten ist. Deshalb ist es ein Vorhaben ohne Zukunft, eine Landwirtschaft aufzubauen zu wollen, die auf fossilen Energien beruht – selbst wenn die in Dakar versprochenen 30 Milliarden Dollar tatsächlich fließen. Afrikas Landwirtschaft und Fischfanggründe werden vom Klimawandel stark geschädigt; sollte der Kontinent wirklich so vermessen sein, die eigenen fossilen Energiereserven zur Kunstdüngerherstellung zu nutzen und damit zur Vernichtung eigener Anbauflächen und Fischgründe beizutragen? 30 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen stammen schon jetzt aus der industriellen Landwirtschaft, wenn auch vornehmlich aus der Tierhaltung der Industriestaaten.

Agrarökologie als Alternative

Empört haben im Anschluss an die Dakar-Konferenz Dutzende von afrikanischen Bauernverbänden reagiert, die sich schon seit Jahren gegen das Bündnis von ausländischen Gebern, afrikanischer Politik und internationalen Agrarkonzernen wehren. Sie wollen sich nicht in die Abhängigkeit vom Zukauf von Betriebsmitteln zwingen lassen, die dann oft zu

Aus den schlechten Erfahrungen mit industrieller Landwirtschaft hat man immer noch nicht gelernt

Verschuldung führt und die sie von ihrem Land vertreibt.

Es gibt eine andere Lösung, um die Existenz kleinbäuerlicher Landwirtschaft, handwerklicher Fischerei und der vielen Viehhalter als effektive Nahrungsproduzenten in Afrika zu erhalten: agrarökologische Methoden, die viele Bäuerinnen und Bauern seit Jahren anwenden, die sie im Austausch untereinander und mit Forschenden weiterentwickeln, auch mithilfe des Welternährungsausschusses und zivilgesellschaftlicher Akteure. Agrarökologie ist eine Alternative zur industriellen Landwirtschaft. Energieintensive Agrarsysteme werden auch in Europa, den USA und anderen Industrie- und Schwellenländern wegen ihrer Schäden für Klima, Biodiversität, Böden, Flüsse und Meere immer stärker infrage gestellt.

Für Vielfalt und lokale Produkte

Hunger und Mangelernährung werden nicht mit mehr Weizenimport oder Mais- und Reisanbau nachhaltig bekämpft, sondern mit der Vielfalt an Pflanzen und Kulturen, mit Weidehaltung und Fischfang, die je nach Standort und Saison vorhanden sind. Traditionelle Getreidearten wie Hirse oder Sorghum, Hülsenfrüchte, Gemüse- und Obstsorten, die seit Jahrhunderten Menschen ernähren, werden durch die Klimakatastrophe sicher unter Druck geraten. Daher braucht es Innovationen, eine Weiterentwicklung und Anpassung von Sorten, auch digitale intelligente Kleinbewässerungssysteme, elektronischen Wissensaustausch über Wetterlagen und Schädlingsbefall – aber das alles in den Händen der Betroffenen, nicht von Digitalkonzernen oder dem Agrobusiness.

Einige Geberländer und manche afrikanischen Regierungen wie im Senegal oder Tansania haben verstanden, dass mit den Rezepten einer postkolonialen Land-

Es muss gelingen, viele junge Bäuerinnen und Bauern für innovative Lösungen zu begeistern

wirtschaft der Hunger nicht beseitigt und nicht genügend Nahrung für die auf zwei Milliarden Menschen anwachsende Bevölkerung Afrikas produziert werden kann. Es muss gelingen, die vielen Jugendlichen, die noch auf den kleinen Höfen ihrer Eltern leben, für innovative Lösungen zu begeistern. Die tansanische Präsidentin Samia Suluhu Hassan versprach in Dakar, jedem Jugendlichen zehn Hektar Land zur Verfügung zu stellen, der sich selbständig machen will. Das ist ein Angebot, das nicht gleich durch Verschuldung wegen Betriebsmittelkauf zu einem vergifteten Geschenk werden darf.

Agrarökologie ist die Antwort auf eine krisenfeste Zukunft von Ernährungssystemen. Leider werden diese ökologischen Anbautechniken die schlimmsten Wirkungen der Klimakatastrophe nicht gänzlich verhindern können. Aber sie können sie zumindest für die heute hungernden Menschen abmildern und die Erderwärmung nicht noch weiter anheizen.

In diesem Sinne können Europa und Deutschland Partner im Austausch von Erfahrungen sein und Unterstützung leisten, wo angefragt und notwendig. Die Initiative von Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und AU-Agrarkommissarin Sacko für ein Dialogforum zwischen den Staaten unter Beteiligung von Agrarverbänden und Zivilgesellschaft könnte ein Schritt sein, das Ziel zu erreichen: Hunger in Afrika und weltweit durch eine Transformation der globalen Ernährungssysteme endlich zu beenden. **IP**

Gruß aus der Konzeptküche

Was Politik, Wirtschaft, Forschung und jede(r) Einzelne unternehmen können, um die Ernährungssituation der Welt zu verbessern: Ein Lösungsmenü in drei Gängen.

Von Heike Holdinghausen, Claudia Behrend und Claudia Hunecke

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Zwischen Hightech und Harke



Gentechnik, nachhaltigere Anbausysteme, bessere Einbindung der Landbevölkerung: Wie sich landwirtschaftliche Erträge sinnvoll steigern lassen, bleibt umstritten.

Von Heike Holdinghausen

Es ist das große Versprechen der modernen Pflanzenzucht durch gentechnische Methoden: hitze- oder dürretolerante Pflanzen zu kreieren, die auch unter schwierigen Bedingungen hohe Erträge bringen können – und damit Ernährungssicherheit gerade in Ländern des Globalen Südens.

Das Grundnahrungsmittel Weizen etwa ist in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern immer wieder knapp, nicht erst seit dem russischen Überfall auf die Ukraine. „Die Erträge stagnieren in vielen Teilen der Welt“, sagt Senthold Asseng, Professor für Digital Agriculture an der Technischen Universität München. Aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung sei aber „eine kontinuierliche Ertragssteigerung in den kommenden Jahrzehnten notwendig, um den weltweiten Nahrungsmittelbedarf zu sichern“. Asseng argumentiert, die heutigen Nutzpflanzen seien beinahe an ihrer biophysikalischen Grenze der Ertragssteigerung angekommen; für weitere Fortschritte müssten ihre Funktionen besser verstanden werden. Das Genom des Weizens biete dafür großes Potenzial.

Im Rahmen seiner Forschungen zu ungenutzten genetischen Ressourcen an Weizensorten weltweit hat Asseng eine züchterische Ertragslücke von 51 Prozent errechnet. Durch gezielte Züchtung ließen sich weitaus größere Ernten erzielen, ist der Agrarwissenschaftler überzeugt.

Allerdings werde die Genetik allein die globalen Ernährungsprobleme nicht lösen, sagt Asseng. Dies könne nur interdisziplinär erfolgen, durch eine Kombination von Genetik mit Boden-, Klima- und Kulturpflanzenforschung.

Annemarie Volling, Gentechnik-Expertin der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, sieht das skeptisch. Schließlich befinde man sich bei der gentechnikbasierten Pflanzenzucht trocken- oder hitzetoleranter Sorten noch im Stadium der Grundlagenforschung, von Anwendungen sei man weit entfernt. „Damit eine Pflanze in verschiedenen Wachstumsperioden trockentolerant ist, müssen sehr viele Stellen des Genoms verändert werden“, sagt Volling. „diese Mechanismen sind bislang noch gar nicht völlig verstanden und daher kurzfristige Erfolge nicht zu erwarten.“ Erst recht gelte dies für Eigenschaften wie „Ertragssteigerung durch Gentechnik“.

Diese Kritik wiederum hält Maria von Korff, Biologin am Exzellenzcluster für Pflanzenforschung CEPLAS an der Universität Düsseldorf, für zu pauschal. Die Pflanze müsse nicht in der gesamten Wachstumsperiode trockentolerant sein. In Deutschland etwa herrschten Trockenheit und Hitze inzwischen häufig im Frühsommer, zur Blüte des Getreides. Im Winter, wenn es als Keimling auf dem Feld wächst, herrsche eher Staunässe. Mittels der Gen-Schere „Crispr“ könne das Genom

Heike Holdinghausen

ist Journalistin für Umweltthemen. In der Redaktion Wirtschaft und Umwelt der taz in Berlin ist sie unter anderem für Naturschutz und Kreislaufwirtschaft zuständig.

von Getreidepflanzen so verändert werden, dass sie mehr Wurzelmasse bilden.

Wissenschaftler der Universität von Kalifornien haben jüngst eine solche Weizensorte vorgestellt. Sie erreicht mit ihren längeren Wurzeln tiefer liegende Wasserressourcen und wird in Kalifornien auf Versuchsfeldern angebaut. Es gebe, so von Korff, bereits verschiedene Ansatzpunkte für gezielte Veränderungen am pflanzlichen Erbgut, damit Pflanzen besser auf Hitze, Dürre, verstärkte Sonneneinstrahlung oder Nässe reagieren können. Neben der Fähigkeit, längere Wurzeln auszubilden, seien das Sonnenschutzpigmente, die eingelagert oder Spaltöffnungen, die schneller geschlossen werden könnten. „Es ist auch möglich, die Entwicklung von Getreidesorten so zu beschleunigen, dass sie vor dem Einsetzen der Trockenheit im Frühsommer blühen“, sagt die Forscherin.

Es gibt Ansatzpunkte für gezielte Veränderungen am pflanzlichen Erbgut, damit Pflanzen besser auf Hitze, Dürre, verstärkte Sonneneinstrahlung oder Nässe reagieren können

Solche Eigenschaften können auch in den verwandten Wildformen oder Landrassen gefunden und durch klassische Züchtung in die Elitesorten eingekreuzt werden. Dieser Prozess ist jedoch sehr langwierig. „Das Schöne am transgenen Ansatz ist, dass wir sehr schnell und gezielt Veränderungen im Genom der Pflanzen vornehmen können“, so von Korff. „Veränderungen, die durch

die Gen-Schere eingebracht wurden, lassen sich nicht von natürlich entstandenen Mutationen oder Einkreuzungen aus Wildformen unterscheiden.“ Die Herausforderung sei es, stresstolerante Pflanzen zu züchten, die gleichzeitig einen hohen Ertrag unter optimalen Bedingungen liefern. „Aber daran kann man arbeiten.“

Gentechnik-Kritikerin Volling hält es für sinnvoller, nachhaltige Anbausysteme auszubauen, vor allem breite Fruchtfolgen und Bodenschutz. „Wir werden andere Kulturen anbauen, die trockenoleranter sind“, ist Volling sicher, „aber auch Mischkulturen aus Stützpflanzen und Leguminosen, die fähig sind, Stickstoff aus der Luft im Boden zu binden.“ Auf diese Weise könnten auf einem Acker etwa Mais und Erbsen gemeinsam wachsen und die Düngung reduziert werden.

Zukunftsträchtig seien auch Populationsorten. Diese Züchtung setzt, im Gegensatz zur Linienzüchtung, nicht auf möglichst einheitliche Pflanzen. Es entsteht vielmehr Saatgut von Getreide mit einer breiteren genetischen Diversität, also mit vielen verschiedenen Pflanzen einer Art mit unterschiedlichen Ausprägungen und Eigenschaften. Die Hoffnung: Diese Vielfalt ermöglicht es dem Anbau auf dem Acker, auf unerwartete und schwierige klimatische Bedingungen – Starkregen, Fröste, Dürren – flexibler zu reagieren als Pflanzen mit einheitlichem Genom und Eigenschaften. Dies führe zu Ertragsstabilität und höherer Widerstandskraft.

Sich hauptsächlich darauf zu konzentrieren, die Erträge zu steigern, greife zu kurz, sagt Heike Baumüller, Agrar- und Umweltwissenschaftlerin am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn. Sie seien zwar eine notwendige Bedingung, um mehr Ernährungssicherheit zu erreichen. „Doch es ist nicht sinnvoll, einfach nur auf größere Ernten zu setzen“,

Bild nur in Printausgabe verfügbar

*Rettung aus der Retorte? Kartoffelanbauzentrum
im Kreis Xiji, Nordwestchina.*

sagt Baumüller. Das zeige das Beispiel der grünen Revolution in Asien. In Ländern wie Indien oder China habe man zwar unter anderem durch den Einsatz verbesserter Reissorten höhere Erträge erzielt. Dadurch seien Millionen Menschenleben gerettet worden.

Inzwischen gelte die grüne Revolution allerdings nicht mehr als Erfolgsmodell: Die Nebenwirkungen waren zu groß. Die neuen Sorten mussten intensiv bewässert werden, was Böden versalzen ließ. Vielerorts sank der Grundwasserspiegel, die Kleinbauern verschuldeten sich, um das neue Saatgut kaufen zu können. „Insgesamt war das nur auf kurze Sicht erfolgreich“, sagt Baumüller.

Statt die Erträge in den Blick zu nehmen, müsse man die Effizienz steigern – also mit weniger Land, Wasser, Dünger und Pestiziden höhere Erträge erwirtschaften und dabei die Umwelt so wenig wie möglich belasten. „Es geht nicht darum, Masse zu produzieren, sondern mit weniger Ressourcen ausreichende Mengen, die dann auch die Menschen erreichen müssen.“ Dazu gelte es, den

Bauernhof als Gesamtsystem zu betrachten, und zwar in einem größeren Zusammenhang – notwendig seien nicht nur besseres Saatgut oder Zugang zu Dünger und Schädlingsbekämpfungsmitteln, sondern auch Aus- und Weiterbildung der Bauern und Bäuerinnen, ein Zugang zu Finanzmitteln und zu Märkten sowie eine bessere Einbindung in Bauernverbände.

Christine Chemnitz vom Berliner Thinktank Agora Agrarwende argumentiert ähnlich, setzt aber andere Schwerpunkte: „Die politischen Antworten auf die Ernährungskrise liegen auch jenseits der Produktivitätsdebatte“, sagt die Agrarökonomin. Das Problem: Gerade in den von Hunger betroffenen Regionen in Afrika und Asien droht die ländliche Bevölkerung von der Nachfrage wachsender Mittelschichten abgekoppelt zu werden. So steigt etwa in Indien in den Städten die Nachfrage nach Milch stark, schon jetzt gehört der Subkontinent zu einem der größten Milch- und Butterproduzenten weltweit. Für die Ernährungssicherung wird entscheidend sein, ob diese Nachfrage durch große Betriebe am Rande der Städte bedient wird oder ob es gelingt, gezielt in Wertschöpfungsketten zu investieren, die der Landbevölkerung Teilhabe am Wachstum ermöglichen. „In einer Zeit multipler Krisen sind gerade für kleine, wenig resiliente Betriebe zudem soziale Sicherheitsnetze wichtig“, sagt Chemnitz. Das seien Fragen jenseits der klassischen Agrarforschung – hier seien Sozial- und Wirtschaftswissenschaften gefragt.

*Es geht darum, mit weniger
Land, Wasser, Dünger und
Pestiziden höhere Erträge
zu erwirtschaften*

Essen auf Rädern



Die Bedeutung der Logistik für die Nahrungssicherheit wird oft unterschätzt. Das gilt ebenso für bessere Infrastruktur und Verteilnetze wie für smarte Strategien.

Von Claudia Behrend

Jeden Abend gehen 345 Millionen Menschen in 82 Ländern hungrig ins Bett – 200 Millionen Menschen mehr als noch vor zwei Jahren. Und obwohl die Ernährungssicherheit ein Menschenrecht ist, sind die Vereinten Nationen von ihrem Ziel, dass bis 2030 niemand mehr hungern soll, weit entfernt.

Dass das so ist, liegt an vielen unterschiedlichen Faktoren. Dazu zählen Krisen und Kriege, insbesondere in der oft als Kornkammer der Welt bezeichneten Ukraine. Bedroht wird die Widerstandsfähigkeit des globalen Systems aber auch durch den Klimawandel, die Abhängigkeit von nur sehr wenigen Grundnahrungsmitteln, nachlassende Kaufkraft und eine kleine Gruppe sehr einflussreicher Konzerne sowie den von wenigen reichen Ländern dominierten Welthandel.

Unterschätzt wird dabei oft ein wichtiger Aspekt: „In einem Welt-ernährungssystem, in dem ein immer größerer Teil der konsumierten Lebensmittel international gehandelt wird, ist die Logistik von wachsender Bedeutung für die Ernährungssicherheit“, sagt Christian Henderson, Assistant Professor für Middle East Studies an der niederländischen Universität Leiden, der sich mit Ernährungssicherheit und Logistik beschäftigt.

„Man schätzt, dass etwa ein Drittel der konsumierten Lebensmittel international gehandelt wird, eine Zahl, die sich seit den 1990er Jahren verdoppelt hat“, so Henderson. Dementsprechend groß ist die

Bedeutung von Straßen-, Schienen-, See- und Luftverkehr, Hafen- und Flughafeninfrastruktur sowie Lagerkapazitäten. Sie stellen den Zugang zu Nahrungsmitteln sicher, indem sie eine schnelle Reaktion auf politische und ökologische Veränderungen auf den Märkten ermöglichen. Entsprechend gelte: „Logistik ist Macht und Logistik ist Ernährungssicherheit. Das wird immer wichtiger werden.“

Was passiert, wenn die Lieferketten gestört werden, hat zuletzt eindrücklich die Blockade der ukrainischen Schwarzmeerehäfen gezeigt: Der Export von wichtigen Grundnahrungsmitteln kam monatelang zum Erliegen. Dabei hat die Ukraine nach Angaben der Europäischen Kommission einen Weltmarktanteil von 10 Prozent bei Weizen, 15 Prozent bei Mais und 13 Prozent bei Gerste sowie über 50 Prozent bei Sonnenblumenöl. Insofern waren die Befürchtungen groß, dass sich der Hunger im Globalen Süden dadurch verschärfen könnte. Erst nach langem Ringen schlossen die Ukraine und Russland zwei Abkommen mit den Vereinten Nationen und der Türkei, um die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Schwarzmeerregion zu ermöglichen – erst kürzlich wurden sie in letzter Minute verlängert.

Logistische Unterstützung kommt auch vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), das sich seit Kriegsbeginn dafür einsetzt, der Ukraine bei der Etablierung dauerhafter alternativer Exportrouten abseits der Seehäfen zu

Claudia Behrend ist freie Journalistin und Autorin. Sie schreibt über politische und wirtschaftliche Themen rund um Transport, Schifffahrt, Logistik und Recht.

helfen – auch, um sich künftig der Einflussosphäre Russlands zu entziehen. Für den Ausbau der Abfertigungskapazitäten an der ukrainisch-rumänischen Grenze am Binnenhafen von Ismajil in der Ukraine stellte das BMEL rund drei Millionen Euro zur Verfügung, um Exporte über die Donau zu steigern und zu beschleunigen. Zugleich werden die von der EU ins Leben gerufenen Solidarity Lanes unterstützt, mit denen ukrainische Agrarexporte über den Landweg und die Seehäfen der EU den Weltmarkt erreichen.

Auch im Globalen Süden fehlt der Zugang zu den Märkten häufig. Insbesondere in abgelegenen Regionen ist hier die Infrastruktur unzureichend, auch weil es an den entsprechenden Kapitalinvestitionen fehlt. Dabei kann laut Peter Dannenberg, Professor am Geographischen Institut der Universität zu Köln, gerade die Einbindung von kleinbäuerlichen Betrieben in globale Märkte ausgesprochen attraktiv sein. Schließlich könnten viele Arbeitsschritte bislang nicht mechanisiert werden und somit hätten auch Betriebe unter

Gerade in den abgelegenen Regionen des Globalen Südens sind die Logistikinfrastrukturen häufig unzureichend

fünf Hektar (je nach Organisationsform) die Möglichkeit, gegenüber Großbetrieben wettbewerbsfähig zu bleiben.

Unabhängig vom Marktzugang gibt es allerdings ein weiteres Problem, nicht nur, aber eben auch im Globalen Süden: die Verschwendung von Lebensmitteln. Nach Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) gehen rund 30 bis 40 Prozent der Gesamtproduktion verloren, bevor sie den Markt erreichen. Die Gründe dafür reichen vom unsachgemäßen Einsatz von Betriebsmitteln bis hin zum Fehlen geeigneter Lager-, Verarbeitungs- und Transporteinrichtungen nach der Ernte. In vielen Ländern fehlen außerdem die Kühlketten oder sie sind zumindest unzuverlässig.

Doch es gibt durchaus einige kleine und große Lösungsansätze, wie man die vielen Herausforderungen bewältigen kann. Ein Beispiel ist Solar Freeze. Das kenianische Start-up glaubt, dass das Temperaturmanagement das wichtigste Instrument zur Verringerung von Wärmeverlusten in den Entwicklungsländern ist. Nur sehr wenige Kleinbauern haben Zugang zu Kühlanlagen oder Kühlslagern, und selbst Kühltransporte sind eine Seltenheit. Hinzu kommen die Unzuverlässigkeit der örtlichen Stromversorgung, die Kosten für herkömmliche Kühlanlagen und der Mangel an technischem Fachwissen für die Installation und Wartung. Das Unternehmen will daher mithilfe eines mobilen solarbetriebenen

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

*Getreide auf Tour: Auf einem Bauernhof
in Winnyzja, Ukraine.*

Kühllagers in einem Container, durch die Schaffung von Kühlketten, also Distribution, Logistik und Kühltransport, sowie mithilfe mobiler Datenüberwachung per App die Lebensmittelverluste und -verschwendung in der Frischwarenbranche um 90 Prozent verringern.

Noch importiert Singapur rund 90 Prozent seiner Lebensmittel, jetzt will man unabhängiger werden: Bis 2030 sollen 30 Prozent des Bedarfs selbst produziert werden

Drei Nahrungsmittelkörbe

Ein weiteres Beispiel: Länder, die stark auf Nahrungsmiteleinfluhren angewiesen sind, wollen sich davon nun unabhängiger machen. Etwa der Stadtstaat Singapur, der rund 90 Prozent seiner Lebensmittel importiert. Angesichts einer immer disruptiveren Welt sollen bis 2030 immerhin 30 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs selbst produziert werden. Dazu verfolgt die Singapore Food Agency die Strategie der „drei Nahrungsmittelkörbe“: Diversifizierung der Nahrungsmittelquellen, lokaler Anbau und Anbau in Übersee.

Ähnlich denkt man in der Karibik. Auch hier haben sich die Regierungschefs der CARICOM (Caribbean Community), einem Zusammenschluss karibischer Staaten zur Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit, entschieden, etwas zu verändern. Angesichts der hohen Lebensmittelimporte der Region,

die sich in Richtung sechs Milliarden US-Dollar bewegen, wollen sie diese bis 2025 um 25 Prozent senken. Dafür soll unter anderem der Transport zwischen den Inseln verbessert werden.

Fest steht, dass es viel zu tun gibt, um die logistischen Strukturen zumindest langfristig resilienter zu gestalten und die Versorgung mit Nahrungsmitteln auch im Globalen Süden sicherzustellen. Aus Sicht von Dalmar Ainashe, Experte für Ernährungssicherheit und Lebensgrundlagen bei der Hilfsorganisation Care, geht es dabei im Wesentlichen um die Bewältigung internationaler und lokaler Konflikte.

Hinzu kommen Investitionen in eine widerstandsfähige und vernetzte Logistik- und Lagerinfrastruktur, die Diversifizierung von Lieferketten und die Unterstützung lokaler Nahrungsmittelsysteme. Außerdem können der Einsatz moderner Technologien und die Planung für potenzielle Notfälle dazu beitragen, die Versorgung mit und den Zugang zu Nahrungsmitteln sowie den Handel in den Ländern des Globalen Südens aufrechtzuerhalten, die anfälliger für solche Störungen sind.

„Ebenso ist Care der Meinung, dass Regierungen die globale Infrastruktur und Marktverbindungen auf allen Ebenen, also lokal, national, regional und international, erleichtern und offen halten müssen“, so Ainashe. „Die Bewältigung dieser Herausforderungen durch anhaltende diplomatische Bemühungen, Konfliktlösung und Entwicklungsinitiativen kann dazu beitragen, ein stabileres Umfeld für die Nahrungsmittelproduktion, die Versorgung, den Handel und den Zugang zu schaffen sowie die globale Stabilität und das Wirtschaftswachstum zu erhöhen – für alle Länder, insbesondere für den Globalen Süden.“

Eine Diät für den Planeten



Zur Verbesserung der eigenen Gesundheit, des Klimas und der Ernährungssituation weltweit kann jede(r) Einzelne beitragen. Wie sieht sie aus, die Planetary Health Diet?

Von Claudia Hunecke

Durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf die ukrainischen Getreideexporte sowie auf die Ernährungssicherheit in vielen Ländern des Globalen Südens hat sich der öffentliche Fokus erneut auf unsere Ernährung gerichtet. Auch in Europa und Deutschland spüren wir durch gestiegene Lebensmittelpreise die Verwerfungen im internationalen Agrarhandel. Neben der Ernährungssicherheit werden auf der internationalen Bühne, wie bei der COP 27 im vergangenen Jahr oder dem Food Systems Summit der Vereinten Nationen 2021, die Auswirkungen unserer Ernährungsweise und der Nahrungsmittelproduktion auf Klima, Biodiversität, Umwelt und soziale Gleichberechtigung heftig diskutiert.

Der Ende März veröffentlichte Weltklimabericht betont einmal mehr den Zusammenhang zwischen dem Ernährungssystem und dem Klimawandel. Etwa ein Drittel der globalen Emissionen entstehen im Ernährungssystem. Etwa die Hälfte der eisfreien Fläche der Erde wird für die Produktion landwirtschaftlicher

Güter genutzt, von denen wiederum mehr als 80 Prozent für tierische Produkte und Futtermittel verwendet werden. Wasserverbrauch, Luft- und Wasserverschmutzung, Bodenverarmung, die Zerstörung von Ökosystemen und der Verlust von Biodiversität sind weitere Folgen unseres Essverhaltens.

Hinzu kommt die dreifache Belastung der menschlichen Gesundheit – Unterernährung, Überernährung und Mangelernährung. Trotz massiver Ertragssteigerungen sind fast eine Milliarde Menschen unterernährt, meistens aufgrund von Verteilungsproblemen oder Konflikten. Weitere zwei Milliarden, besonders in Industrie- und Schwellenländern, sind übergewichtig oder fettleibig. Übergewicht und die daraus resultierenden Folgen wie Diabetes, Herz-Kreislauferkrankungen oder Krebserkrankungen belasten die Gesundheitssysteme und die wirtschaftliche Leistung der Länder. In Europa steht etwa ein Drittel aller vorzeitigen Todesfälle im Zusammenhang mit Fehlernährung.

Neben der Ernährungsweise an sich sollten wir Lebensmittelabfällen auch eine größere Bedeutung schenken. In Deutschland werfen wir pro Person und Jahr rund 75 Kilogramm Lebensmittel weg. Global enden etwa ein Drittel aller Lebensmittel als Abfall, was ausreichen würde, um mehr als eine Milliarde Menschen zu ernähren. Außerdem entsprechen diese Abfälle ungefähr 10 Prozent

Fast eine Milliarde ist unterernährt, zwei Milliarden sind übergewichtig oder fettleibig

Dr. Claudia Hunecke ist Agrarökonomin und forscht am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, vor allem zu Ernährungssystemen, Landnutzung und Politikmaßnahmen.

der Treibhausgasemissionen aus dem Ernährungssystem sowie rund einem Viertel der für die Produktion genutzten landwirtschaftlichen Nutzfläche und Wasserressourcen.

Um sowohl die Auswirkungen unserer Ernährung auf Klima und Umwelt als auch auf die menschliche Gesundheit zu mindern, veröffentlichte 2019 die EAT-Lancet-Kommission, eine Gruppe internationaler Wissenschaftler, ein Ernährungskonzept: die sogenannte Planetary Health Diet. Das Konzept beschreibt eine ausgewogene und gesunde Ernährung für alle Menschen, die gleichzeitig die Gesundheit unseres Planeten berücksichtigt. Im Mittelpunkt steht der Verzehr von pflanzlichen Lebensmitteln, insbesondere Obst, Gemüse, Hülsenfrüchten, Vollkornprodukten und Nüssen.

Tierische Produkte wie Fleisch, Milchprodukte oder Eier sollten zwar weiterhin Bestandteil der Ernährung sein, allerdings in deutlich begrenzter Menge, besonders im Vergleich zum aktuellen Konsum. In Deutschland essen wir im Durchschnitt 1,2 Kilogramm Fleisch pro Woche, während die Planetary Health Diet einen Verzehr von ungefähr 300 Gramm empfiehlt. Gleichzeitig liegt unser Konsum von Obst und Gemüse, insbesondere von Hülsenfrüchten wie Erbsen, Bohnen oder Linsen, weit unter den Empfehlungen. Allerdings nicht nur unterhalb der Empfehlungen der Planetary Health Diet, sondern auch unterhalb der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung.

In Deutschland essen wir im Schnitt 1,2 Kilogramm Fleisch pro Woche, empfohlen werden 300 Gramm

Bild nur in
Printausgabe
verfügbar

Kochen fürs Klima: Eine grüne Ernährung nutzt der Umwelt und der eigenen Gesundheit.

Die Planetary Health Diet beschreibt eine Ernährungsweise, die wesentlich vielfältiger ist als die Art und Weise, wie sich die meisten Menschen momentan ernähren. Derzeit beziehen wir etwa drei Viertel unserer Kalorien aus wenigen Nutzpflanzen wie Weizen, Reis, Zuckerrohr oder Mais sowie aus nur fünf Nutztierarten, vor allem Geflügel, Schwein und Rind. Dies führt zu einer Abhängigkeit von Ertragsmengen und setzt das System massiv unter Druck. Große Ernteverluste durch Klimakatastrophen, Störungen in Lieferketten oder Konflikte können sich kaskadenartig durch das Ernährungssystem fortsetzen. Eine möglichst bunte und frische Ernährung mit möglichst wenigen tierischen Produkten dagegen führt zu einer Verbesserung der eigenen Gesundheit sowie zu geringeren Belastungen für Umwelt und Klima und erhöht die Resilienz des Ernährungssystems.

Der Übergang zu einer Ernährung, die auf den Prinzipien der Planetary Health Diet basiert, ist ein wesentlicher Baustein, um den Klimawandel zu verlangsamen und seine Auswirkungen zu reduzieren.

Die Umstellung auf eine pflanzliche Ernährung kann die ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen um etwa die Hälfte und die notwendige landwirtschaftliche Nutzfläche wesentlich reduzieren. Insbesondere die Fläche für die Produktion von Tierfutter könnte erheblich verringert werden. Eine solche Ernährung würde auch dazu beitragen, die Biodiversität zu erhalten und die natürlichen Ressourcen, die für die Ernährung der Menschheit notwendig sind, zu schützen.

Eine effizientere Nutzung der begrenzten landwirtschaftlichen Ressourcen ermöglicht es ebenso, die Ernährungssicherheit zu erhöhen. Eine Umstellung der Ernährungsweise in der Europäischen Union alleine hätte das Potenzial, die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine maßgeblich abzuschwächen. Der Großteil der aus der Ukraine und aus Russland in die EU importierten Produkte wird als Tierfutter verwendet. Ein reduzierter Konsum tierischer Produkte gemäß den Empfehlungen der Planetary Health Diet könnte die Importe nahezu vollständig ausgleichen. Die Folge wären ein geringerer Anstieg der weltweiten Lebensmittelpreise und weniger Druck auf die Nationen und Bevölkerungen im Globalen Süden, die von Getreideimporten aus beiden Ländern abhängig sind.

Aufklärung und Anreize

Obwohl jeder Mensch täglich Entscheidungen zur Verbesserung der persönlichen Gesundheit, des Klima- und Umweltschutzes treffen kann, sind die Mittel jedes Einzelnen begrenzt. Um die Planetary Health Diet in Deutschland zu fördern, müssen wir eine breitere öffentliche Diskussion und Aufklärung über die Zusammenhänge zwischen Ernährung, Gesundheit und Umwelt führen. Hinzu kommt, dass eine nachhaltige und gesunde Ernährung für

alle Menschen auf der Erde derzeit nicht möglich ist. Einerseits, weil sie für nahezu drei Milliarden Menschen nicht bezahlbar ist. Andererseits werden nicht genügend Obst und Gemüse oder Hülsenfrüchte für die Weltbevölkerung produziert. Politische Maßnahmen müssen ergriffen werden, um beide Probleme zu lösen, etwa Preisanreize für Verbraucher durch Erhöhung der Preise für tierische Produkte, die auch ihre gesellschaftlichen Kosten widerspiegeln, oder Preissenkungen für gesunde Lebensmittel wie Obst und Gemüse. Veränderte Produktionsanreize durch Umverteilung von Subventionen oder die Einbeziehung des Landwirtschaftssektors in den europäischen Emissionshandel können zu einer Verschiebung von Produktionsentscheidungen führen, von der auch Landwirte profitieren können.

Eine Umstellung der Ernährung allein in der EU hätte schon das Potenzial, die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs in der Ukraine maßgeblich abzuschwächen

Die Planetary Health Diet ist eine vielversprechende Antwort auf einige der dringendsten Gesundheits-, Klima- und Umweltprobleme, mit denen wir und unser Planet derzeit konfrontiert sind. Durch die Präferenz für pflanzliche Lebensmittel und die Reduzierung unserer Abhängigkeit von tierischen Lebensmitteln können wir sowohl unsere eigene Gesundheit als auch die Gesundheit des Planeten entscheidend fördern. IP

Offener Handel, bessere Versorgung

See-
wege sind beim Transport von Agrarpro-
dukten von zentraler Bedeutung. Kommt
es hier zu Störungen, kann das weltweit
massive Auswirkungen haben.

Von Bettina Rudloff

Die Strukturen des internationalen Agrarhandels sind von zentraler Bedeutung für die Ernährungssicherheit von Ländern. Diese speist sich aus unterschiedlichen Quellen wie Import von Nahrung, Dünger und Pflanzenschutzmitteln, aber auch Nahrungshilfen. Zudem beeinflussen Nahrungspreise und Einkommen eine sichere Versorgung.

Preise reagieren sensibel auf gestörten Handel, etwa durch Behinderungen von Seefahrtswegen, wie es jüngst angesichts der gestörten Passage durch das Schwarze Meer zu beobachten war: Getreidepreise explodierten unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Sie sanken dagegen aber auch schnell mit dem Abschluss des sogenannten „Getreideabkommens“, das diese wichtige Passage für internationalen Getreidehandel wieder nutzbar machte.

Ähnlich wie der Handel ganz allgemein, der heute rund 40 Mal höher liegt als nach dem Zweiten Weltkrieg, wuchs auch der Agrarhandel aufgrund von Bevölkerungsentwicklung und Spezialisierung in der Produktion, sodass sich die Transport-

wege zum Verbrauchsort verlängerten. Bei Rohprodukten dominieren im internationalen Handel Getreide, Soja, Kaffee und Kakao; allerdings wurden mit der Zeit auch immer mehr verarbeitete Produkte gehandelt.

Wer handelt mit wem und wo?

Grundsätzlich verläuft das Handelsmuster von der Produktionsüberschussregion hin zur Nachfrageregion. Aber nicht immer sind die großen Produktionsländer auch zugleich große Exportländer, wie das Beispiel Weizen zeigt: Die weltweit größten Weizenproduzenten China und Indien verbrauchen oder lagern viel Weizen und nehmen nur wenig am Exporthandel teil.

Für China als großen Produzenten und Importeur wird sogar geschätzt, dass es etwa die Hälfte der weltweiten Weizenreserven hält. Aber da die Volksrepublik kaum exportiert, steht dieser gelagerte Weizen nicht zur Verfügung, um bedürftige Staaten zu versorgen oder zur preislichen Marktentlastung in Hochpreisphasen beizutragen.



Dr. Bettina Rudloff arbeitet in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Zu den großen Weizenexportländern der jüngeren Vergangenheit gehören (mit Schwankungen der Bedeutung) bezogen auf die Menge die Europäische Union und Russland, die USA, Kanada, die Ukraine, Australien und Argentinien. Zu den wichtigsten Importländern zählen Indonesien, die Türkei, China, Ägypten, Algerien und Brasilien. Die globalen Düngemittelexporte erfolgten in den vergangenen fünf Jahren wertbezogen vor allem aus Russland, China, Kanada, der EU, Marokko und den USA. Hauptimportländer von Düngemitteln waren Brasilien, die USA, Indien und die Europäische Union.

Der Großteil des internationalen Agrarhandels erfolgt maritim und vor allem über lange Seewege. Die Transportrichtung hängt dabei vom Handelsmuster des jeweiligen Produkts ab, sodass unterschiedliche Seerouten und Häfen relevant sein können. Für die weltweite Versorgung sind andere Routen und Hafenregionen entscheidend als etwa für die Versorgung der EU: Global wurde zuletzt Getreide vor allem über die türkischen Seerouten importiert, weil aus der Ukraine und Russland hohe Exportmengen kommen. Danach folgen in ihrer Bedeutung der Suezkanal für die Importregionen Nordafrika und Naher Osten, Bad-el-Mandeb (zwischen Rotem Meer und dem Golf von Aden) und Malakka (Meerenge in Südostasien) vor allem für Importe asiatischer Länder.

Bei Düngemitteln ist für weltweite Lieferungen Gibraltar der dominante Seeweg:

Besonders wichtig sind die türkischen Seerouten, der Suezkanal, Bad-el-Mandeb, Malakka und Gibraltar

Hier entlang erfolgen Exporte aus Marokko, Russland und China.

Störfaktoren für die Versorgung

Störungen des internationalen Handels und Transports sind ein unmittelbares Versorgungsrisiko; sie können in unterschiedlicher Form auftreten.

Politische Exportbegrenzungen erfolgen oft in ohnehin angespannten Marktsituationen. Aus Gründen des tatsächlich relevanten oder als politisches Signal genutzten Versorgungsschutzes ihrer eigenen Bevölkerung schränken viele Regierungen den Export in Phasen hoher Weltmarktpreise ein. Handelt es sich dabei um große Exporteure, verschärft diese Verknappung die Lage und treibt Preise weiter nach oben.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine taten dies nach WTO-Auskunft insgesamt etwa 30 Staaten bei 50 Agrarprodukten inklusive Düngemitteln. Als große und damit preistreibende Akteure sind vor allem Russland bei Getreide und Dünger, Indien bei Reis und China bei Düngemitteln zu nennen.

Wie anfällig die physische maritime Transportstruktur als Basis für Agrarhandel und damit für internationale Nahrungsversorgung ist, zeigen mehrere Ereignisse der jüngsten Vergangenheit. Die Explosion im Hafen von Beirut durch die dort gelagerte explosive Düngemittelkomponente Ammoniumnitrat im August 2020 forderte nicht nur viele Opfer; neben den Düngerlagern wurden dort auch Getreidesilos zerstört. Hierdurch wird bis heute die Versorgungssicherung des ohnehin bereits auf Nahrungshilfen angewiesenen Landes erschwert, da nun ein grundlegend neues Importmanagement erforderlich ist: Die begrenzte Lagerkapazität macht einen verlässlichen, kontinuierlichen Nahrungs- und Hilfezufluss notwendig.

Die Blockade im Suezkanal im März 2021 durch den Frachter „Ever Given“ für fast eine Woche führte zu Verspätungen für rund 370 Schiffe auf beiden Seiten des Kanals. Verspätungen behindern eine zügige Versorgung und führen gerade bei Agrarprodukten auch schnell zu Qualitätseinbußen. Und vor allem führte im Frühjahr 2022 der russische Angriffskrieg in der Ukraine zu erheblichen Störungen der Schiffs-passage über das Schwarze Meer. Dies ist eine wichtige Route für den Agrarhandel, da aus den versorgungsrelevanten Produktionsländern Ukraine und Russland bis dato etwa 30 Prozent des Getreideexports kamen. Hieraus resultierten zumindest anfängliche Versorgungsrisiken für die Länder, die aus dieser Region beziehen – wie etwa Staaten Nordafrikas. Durch den Preisanstieg wurden dann aber alle Importländer belastet.

Die Schwarzmeer-Initiative stärkt den Getreidetransport, wird aber immer mal wieder durch Verzögerungen beeinträchtigt

Maritime Transportrouten und bedeutende Häfen haben unterschiedliche Anfälligkeiten für Risiken, die die Versorgungssicherheit mit bestimmten Produkten reduzieren können. So sind die nordamerikanischen und brasilianischen Ausfuhrhäfen für Soja und Getreide häufig von Naturereignissen wie Unwettern betroffen. Die südostasiatischen Routen hingegen werden häufiger Opfer terroristischer Aktivitäten wie Piraterie. Und russische Häfen galten schon immer als häufig von politischen Entscheidungen etwa zu Exportbegrenzungen belastet.

Wenn es aus den genannten Gründen zu Verzögerungen kommt, trifft es insbesondere Nahrungsmittel, denn ihre hohe Verderblichkeit führt schnell zu Qualitäts- und damit Einnahmeverlusten. Agrarprodukte sind darüber hinaus von zahlreichen Regelungen zur Zollabwicklung und von Sicherheitsprüfungen der Qualität betroffen, sodass auch hierdurch Liefergeschwindigkeit und Versorgungssicherheit beeinträchtigt werden können.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Getreideabkommen, das von den Vereinten Nationen, der Türkei, der Ukraine und Russland koordiniert wird: Es kommt immer wieder zu enormen Abwicklungsverzögerungen durch Inspektionen der Ladungen, weil nach Waffen gesucht wird. Dies führte zeitweise zu einem Rückstau von mehr als 100 Schiffen. Zudem bedeuten die damit verbundenen immensen Kosten durch Qualitätsverlust, Liegegebühren und Personal abstürzende Erzeugerpreise für Landwirte. Daher leiden die Bauern in der Ukraine nicht nur unter ohnehin schwer beeinträchtigten Produktionsmöglichkeiten, sondern auch unter starken wirtschaftlichen Einbußen durch solche Lieferverzögerungen.

Ausnahmeregeln der WTO

Versorgungsrisiken durch Handels- und Transportstörungen verlangen nach Maßnahmen der jeweiligen Politikbereiche – also Handels- und Transportpolitik –, zugleich aber auch nach mehr und besserer Vernetzung.

Internationale Handelspolitik wird geregelt durch Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO), die vor allem den offenen Handel unterstützt. Dennoch gestattet sie Ausnahmen, und zwar besonders häufig bei Agrarprodukten: Dies sind essenzielle Versorgungsgüter, die schon bei Unterzeichnung der ersten Handelsver-

Handelserleichterungen und besser geschützte Transportwege helfen nicht nur in Krisenzeiten

einbarungen im Rahmen des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommens) nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige politische Rolle in vielen Ländern spielten, um die Bevölkerung zu versorgen.

So sind Ausnahmen für von der WTO untersagte Exportbegrenzung zeitlich befristet dann möglich, wenn diese einen kritischen Mangel an Lebensmitteln oder anderen wichtigen Produkten zu vermeiden helfen. Speziell für Agrarprodukte wird zudem betont, dass die Wirkungen von Exportbegrenzungen auf die Nahrungssicherheit von Importländern zu berücksichtigen seien. Gleichzeitig aber sind Entwicklungsländer, deren Status auf WTO-Ebene durch Selbstdefinition erfolgt (wie bei China oder Indien), von dieser Verpflichtung ausgenommen – es sei denn, sie sind Nettoexporteure des entsprechenden Agrarprodukts.

Auch diese Regelschwäche führt dazu, dass es immer wieder zu preistreibenden Exportrestriktionen kommt. Seit den großen globalen Agrarpreiskrisen 2007 und 2011 fordern einige politische Initiativen den Verzicht auf diese Maßnahmen. Das Marktinformationssystem AMIS (Agricultural Market Information System) kann hierbei von Nutzen sein. In Phasen mit hohen Preisen kann AMIS die tatsächliche Marktsituation aufzeigen und mehr Informationen bereitstellen zur wahrgenommenen Knappheit, die oft Exportrestriktionen auslöst. Größerer Druck könnte auch aufgebaut werden, indem kontinuierlich die vorhandenen WTO-Ausnahmekriterien

bei den exportbegrenzenden Ländern angemahnt werden.

Daneben sollten in Krisenphasen verstärkt Maßnahmen zur Handelserleichterung ergriffen werden. So konnte das Aussetzen von Zollbestimmungen der EU an der ukrainischen Grenze, wodurch aufwendige Kontrollen wegfallen, einen schnelleren Export ermöglichen, der zur Preisentspannung beitrug.

Vor allem aber müssten Transportwege und deren Anfälligkeit deutlich mehr als bislang in den Blick genommen werden. Auch hierzu kann das genannte AMIS-System genutzt werden, um unterschiedliche Störfaktoren für einzelne Passagen zu erfassen. Bislang sind Störungen des maritimen Transportsystems nur insofern abgedeckt, als sie sich in globalen Durchschnittsfrachtpreisen auf dem internationalen Agrarmarkt niederschlagen. Hier wären regional differenzierte Informationen zu auftretenden und wirkenden Störungen in maritimen Passagen anzustreben.

Viele Staaten definieren Transport, und oftmals auch explizit maritimen Transport, als zu schützende kritische Infrastruktur – so die EU, die USA und Kanada. Diese sollten sich über bestehende Regelungen zu maritimen Infrastrukturen austauschen und Koordinierungsansätze finden, um Krisen gemeinsam schnell abzufangen. Hierzu könnte auch die neue Global-Gate-Initiative der EU strategisch genutzt werden, um Investitionspartnerchaften für besonders vulnerable und versorgungsrelevante Transportwege aufzusetzen.

Diese sowohl handels- als auch transportbezogenen Ansätze sollten als verbundenes System verstanden werden, da Handel ohne funktionierenden maritimen Transport per se eingeschränkt ist und umgekehrt Transport immer auch durch Handelsregelungen beeinflusst ist. **IP**

Ernte und Erderwärmung

Dürren, Fluten, Schädlingsplagen: Der Klimawandel wirkt wie eine Bremse für die globale Nahrungsmittelproduktion. Um hier effektiv gegenzusteuern, ist mehr gefragt als Anpassung.

Von Christoph von Eichhorn

Lange Zeit blieb die bevorstehende Plage unbemerkt. 2018 trafen zwei tropische Zyklone hintereinander die Arabische Halbinsel, gewaltige Regengemengen ergossen sich in der Wüste. Im feuchten Sand und der mit einem Mal erblühenden Vegetation fanden Wüstenheuschrecken perfekte Bedingungen vor. Innerhalb von drei Generationen wuchs die Zahl der Insekten um das 8000-Fache.

Solitär lebende Wüstenheuschrecken sind für sich genommen harmlos, doch in großen Gruppen ändern die Tiere ihr Verhalten. Die Schwärme, die teils Millionen Heuschrecken zählen, begeben sich auf Wanderschaft und fressen innerhalb von Stunden riesige Felder leer. So geschah es dann auch. Ende 2019 fielen die Wanderheuschrecken im Jemen und in Ostafrika ein. Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO verheerten die Schwärme 200 000 Hektar Agrarflächen, zwei Millionen Menschen litten von einem Tag auf den anderen Hunger.

Der wohl schlimmste Heuschreckenbefall der vergangenen 70 Jahre zeigt, wie komplex das Verhältnis zwischen Klima,

Landwirtschaft und Ernährung sein kann – und wie die globale Erwärmung es durcheinanderbringt. Denn die tropischen Zyklone, welche die fatale Kette der Ereignisse in Gang setzten, wurden vermutlich von einem sich erwärmenden Indischen Ozean begünstigt. „Der Ausbruch der Wüstenheuschrecken und die Rolle der Erwärmung des Indischen Ozeans zeigen, dass die Folgen des Klimawandels zu mehr unvorhersehbaren Ereignissen führen können“, heißt es im aktuellen Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC.

Dennoch war der Klimawandel nicht der einzige Faktor dafür, dass am Ende viele Menschen hungerten. Verschärft wurde die Katastrophe auch von bewaffneten Konflikten in Ländern wie Somalia, völlig unzureichenden Frühwarnsystemen und einer dadurch verzögerten Reaktion auf den Ansturm der Insekten.

Unübersehbarer Einfluss

Wegen solcher Wechselwirkungen ist es oft nicht einfach, zweifelsfrei nachzuweisen, dass der Klimawandel eine oder gar die Hauptursache für Hunger ist. Dennoch



Christoph von Eichhorn

ist Redakteur im Ressort Wissen der *Süddeutschen Zeitung* und dort zuständig für die Themen Klimawandel und Energie.

ist der Einfluss der Erderwärmung bereits unübersehbar. In der Land- wie der Forstwirtschaft, der Fischerei und in Aquakulturen sei der Klimawandel ein Stressfaktor, hält der IPCC in seinem Bericht zu den Folgen der Erderwärmung fest, „was es zunehmend erschwert, menschliche Bedürfnisse zu decken“.

In Zahlen ausgedrückt: Aktuellen Studien zufolge hat die Erderwärmung die globalen Maisernten zwischen 1961 und 2017 um 5,9 Prozent geschmälert, die Weizenernten um 4,9 Prozent und die von Reis um 4,2 Prozent. In Westafrika haben Hitze und Regenfälle, die von der Erderwärmung verstärkt wurden, 10 bis 20 Prozent der Hirseproduktion gekostet.

Insgesamt wirkt der Klimawandel damit bereits wie eine Art Bremse für die globale Nahrungsmittelproduktion – und erhöht die Risiken für Extremereignisse. Belegt ist etwa, dass die anthropogene Erwärmung schon im Jahr 2007 die Dürre im südlichen Afrika verschlimmerte, was etwa in Lesotho zu Nahrungsmittelknappheit und steigenden Preisen führte. Derzeit leiden der Maghreb und die Türkei unter einer Dürre, ausgelöst von einer ungewöhnlich warmen und trockenen Phase mitten im Winter. In Marokko hinkt das Wachstum von Getreide hinterher, in Tunesien fiel im Winter so wenig Regen wie seit 22 Jahren nicht mehr. Insgesamt könnte die Weizenernte in Nordafrika 2023 um ein Viertel niedriger ausfallen als gewöhnlich, wie das Joint Research Centre der EU-Kommission in einer Analyse warnt.

Die Weizenernte in Nordafrika könnte 2023 um ein Viertel niedriger ausfallen als gewöhnlich

Dabei hat sich die Erde erst um 1,1 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit erwärmt. Damit herrschen auf dem Planeten zwar bereits höhere Temperaturen als vermutlich jemals in den vergangenen 100 000 Jahren. Mittlerweile ist aber sicher, dass sich die Erde im 21. Jahrhundert noch deutlich stärker aufheizen wird. So ist es kaum noch realistisch, die im Pariser Klimavertrag vereinbarte Grenze von 1,5 Grad Erwärmung einzuhalten. Der IPCC hält ein Überschreiten der Grenze „in naher Zukunft“ für wahrscheinlich, das heißt spätestens bis zum Jahr 2040. „Im Jahr 2030 wird es für jedes einzelne Jahr schon eine Wahrscheinlichkeit von 40 bis 60 Prozent haben, dass wir den 1,5 Grad Temperaturanstieg überschreiten“, sagt Gerhard Krinner, leitender Wissenschaftler am Institut des Géosciences de l'Environnement an der Universität Grenoble Alpes.

Auch um die globale Erwärmung auf 2 Grad zu begrenzen, reichen die aktuellen Anstrengungen nicht aus. Selbst wenn alle Staaten ihre selbst gesteckten Klimaziele einhalten, würde sich die Erde laut einer Analyse des Umweltprogramms der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2100 um etwa 2,5 Grad erwärmen. Unter Beibehaltung des aktuellen Kurses, also einer mangelnden Einhaltung selbst der bescheidenen Ziele, steuert die Welt sogar auf eine Erwärmung von rund 3 Grad zu.

Ein Drittel weniger Anbauflächen

Unzweifelhaft bedeutet eine um 2 oder gar um 3 Grad wärmere Welt völlig andere Bedingungen für die Produktion von Nahrungsmitteln, als es heute der Fall ist. „Der Klimawandel wird sich negativ auf die Ernährungssicherheit auswirken“, ist sich der IPCC sicher. Um zu verstehen, wie genau, muss man sich aber zunächst darüber klar werden, dass Ernährungs-

sicherheit keine alleinige Frage der Produktionsmenge ist. Sie hängt auch davon ab, wie diese Nahrungsmittel verteilt sind, wie sie genutzt werden und von wem.

Der letzte Punkt ist ziemlich einfach zu beantworten: Künftig müssen noch mehr Menschen satt werden als heute. Im Jahr 2060 dürften nach Prognosen der UN zwischen 8,8 und 11,6 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Mit allgemein steigendem Wohlstand dürfte dann zudem mehr Fleisch auf die Teller kommen als heute. Insgesamt dürfte daher der Bedarf an Nahrungsmitteln bis 2050 um rund 59 bis 98 Prozent höher liegen als noch 2005.

Der Klimawandel ist nicht gerade hilfreich dabei, diese verschärften Anforderungen zu erfüllen. Beispielsweise verschieben sich durch die steigenden Temperaturen die Zonen, in denen Landwirtschaft möglich ist. 10 Prozent der Landfläche, auf der heute Ackerbau und Viehzucht betrieben wird, könnten bis

2050 dafür klimatisch ungeeignet sein, heißt es in einer 2021 im Fachjournal *One Earth* erschienenen Studie. Bei einem ungebremsten Wachstum der Treibhausgas-Emissionen könnten bis 2100 sogar zwischen 31 und 34 Prozent der Flächen verloren gehen. Daneben sorgt der Klimawandel dafür, dass Extremereignisse wie Dürren und Starkregenfälle intensiver werden und häufiger auftreten, was das Risiko von Ernteausfällen erhöht.

Sorge macht auch, dass Pflanzenschädlinge von der Erderwärmung profitieren könnten. Höhere Temperaturen führen bei Insekten zu einem erhöhten Stoffumsatz, sie fressen also mehr, zudem vermehren sie sich schneller. Das kann zu Ernteverlusten von 10 bis 25 Prozent pro Grad Temperaturzunahme führen. Auch Pilzinfektionen könnten sich infolge steigender Temperaturen leichter auf Pflanzen verbreiten. Daneben sorgt der Klimawandel für eine Umverteilung von

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Einzel harmlos, in der Gruppe gefährlich: Ein Schwarm von Wüstenheuschrecken fällt über ein Feld im Dorf Katitika (Kenia) her.

Wasserressourcen, und er verschiebt die Blühzeitpunkte von Pflanzen, während zugleich manche bestäubenden Insekten ihre Lebensräume verlieren. Damit wächst die Gefahr, dass Blüten nicht mehr bestäubt werden und die Früchte der Arbeit ausbleiben – sofern diese Arbeit noch erledigt werden kann. Denn selbstverständlich ist Landwirtschaft nicht nur auf die richtige Witterung, geeignete Pflanzen und bestäubende Insekten angewiesen, sondern auch auf Bäuerinnen und Bauern.

Schon jetzt erschweren beispielsweise Hitzewellen vielerorts die Feldarbeit erheblich. Eine 2021 im Rahmen der *Environmental Research Letters* erschienene Studie warnte davor, dass in einer 3 Grad wärmeren Welt massive Einbrüche in der Arbeitskapazität zu erwarten wären. In Südostasien und Subsahara-Afrika könnte Hitzestress die Produktivität um 30 bis 50 Prozent einbrechen lassen, was die Weltwirtschaft jährlich 136 Milliarden US-Dollar kosten würde.

Wunschdenken und echte Hoffnungen

Nicht überall verschlechtern sich die Bedingungen für den Anbau von Nahrungsmitteln. Vor allem in nördlichen Breiten könnten steigende Temperaturen sogar zu einer Ausweitung der verfügbaren Flächen führen. Während beispielsweise für Mais in Afrika, Südamerika und Ozeanien mit Flächenverlusten von bis zu 40 Prozent gerechnet wird, könnten die geeigneten Flächen in Nordamerika und Europa um 10 bis 20 Prozent wachsen.

Global betrachtet dürften solche Flächengewinne aber eher moderat ausfallen. Und auch der Befund, dass höhere CO₂-Gehalte in der Atmosphäre einen positiven Effekt auf das Pflanzenwachstum haben können, sofern gleichzeitig ausreichend Wasser und Nährstoffe verfügbar sind, ist mit Vorsicht zu genießen. Zum einen

lässt der Klimawandel weiterhin vielerorts die Böden ausdörren. Und zum anderen führen höhere Temperaturen zwar generell zu einem schnelleren Wachstum von Pflanzen. Jedoch heißt das auch, dass der Pflanze dadurch weniger Zeit bleibt, Biomasse aufzubauen, wodurch die Erträge wieder sinken.

Festzuhalten bleibt, dass trotz einer größeren Weltbevölkerung heute mehr Nahrungsmittel pro Kopf erzeugt werden als vor einem halben Jahrhundert

Man sollte also besser nicht darauf vertrauen, dass die Sache schon gut ausgeht. Doch was lässt sich dann unternehmen? Hoffnung macht, dass es schon im 20. Jahrhundert einen gewaltigen Sprung in der landwirtschaftlichen Produktivität gab. Obwohl die Weltbevölkerung im vergangenen Jahrhundert von zwei auf sechs Milliarden Menschen gewachsen ist, hat sich die globale Nahrungsmittelsicherheit im gleichen Zeitraum dramatisch verbessert. Das heißt nicht, dass alle Probleme heute gelöst wären; noch immer sind 800 Millionen Menschen unterernährt und in vielen Staaten wächst der Hunger gerade wieder.

Festhalten lässt sich aber, dass trotz einer größeren Weltbevölkerung heute mehr Nahrungsmittel pro Kopf erzeugt werden als noch vor einem halben Jahrhundert. „Bislang ist uns noch immer etwas eingefallen, sobald es Probleme gab“, schreibt eine Gruppe von Autoren um den Landschaftsökologen Ralf Seppelt im Buch „3 Grad mehr“. Das, so die Wissenschaftler, „kann Mut machen.“

Dass die Erträge gestiegen sind, hat vor allem mit einer intensiveren Bewirtschaftung von Feldern zu tun: mehr Wasser, mehr Pestizide, mehr Dünger, aber auch neue Sorten, die höhere Mengen an Stickstoffdünger in Ertrag verwandeln können. In intensiv bewirtschafteten Regionen wie Europa oder dem Osten der USA stößt dieses Erfolgsrezept jedoch in wachsendem Maße an seine Grenzen; weitere Ertragssteigerungen sind hier kaum noch zu erwarten. Anders ist das in Regionen wie Indien, China oder Osteuropa, also an Orten, wo noch immer traditionelle Landwirtschaft mit hohem Arbeitseinsatz vorherrscht, wenig Dünger verwendet wird oder es an Infrastruktur fehlt. Durch das Schließen solcher „Ertragslücken“ könnten global betrachtet vermutlich erhebliche Ertragssteigerungen erzielt werden. Die Schätzungen reichen von 60 bis 148 Prozent, wenn man das gegenwärtige Klima zugrunde legt.

Dabei sollte man sich allerdings stets bewusst sein, dass eine solche Intensivierung nicht nur Vorteile mit sich bringt. In Deutschland sind die Folgen dieser Wirtschaftsweise unübersehbar: Das Grundwasser ist mit Nitraten verseucht, der Einsatz von Pestiziden lässt Insekten und Vögel sterben. Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) hält die Landwirtschaft für den wesentlichen Treiber für den Verlust der Artenvielfalt. Und das hat Rückwirkungen auf die Landwirtschaft selbst, die ohne funktionierende Ökosysteme undenkbar ist. Vögel und Insekten be-

kämpfen Schädlinge und stabilisieren so die Ernten; fruchtbare Böden entstehen erst im Wechselspiel zwischen Pilzen, Mikroorganismen und Kleinstlebewesen. „Intensivierung ist also ein zweischneidiges Schwert: Sie eliminiert limitierende Faktoren und führt so in vielen Fällen zu einer Zunahme der Erträge, aber eben auch zu einer Abnahme der Artenvielfalt, was längerfristig die Erträge wiederum gefährdet“, erklärt Seppelt.

Meere in Gefahr

Folglich sieht etwa der Weltklimarat den Einsatz von Düngemitteln nur als eine von vielen möglichen Anpassungsmaßnahmen. Veränderte Saat- und Erntezeitpunkte sind mindestens ebenso wichtig, daneben eine größere Vielfalt von Feldfrüchten, ein besseres Wassermanagement oder Frühwarnsysteme für Pflanzenschädlinge. Es brauche aber auch geeignete Versicherungen für Landwirtinnen und Landwirte, etwa gegen Extremwetter. Die Hoffnung ruht außerdem auf der Entwicklung neuer hitzeresistenter Sorten, vor allem mithilfe der Gen-Schere Crispr-Cas9 und anderer Gene-Editing-Methoden. Wichtig ist: Anpassung funktioniert wahrscheinlich nur bis zu einem gewissen Grad, schon weil die meisten Organismen unter Temperaturen von mehr als 42 Grad erheblich leiden. Es bleibt also unumgänglich, die Erderwärmung selbst zu begrenzen, wenn die Ernährungssicherheit gewährleistet werden soll.

Deutlich weniger Möglichkeiten zur Anpassung bestehen zudem in den Ozeanen. Seit 1930 hat der Klimawandel die Erträge der Fischerei bereits um 4 Prozent abgesenkt, heißt es in einer 2019 erschienenen Arbeit. Je nach Emissionsszenario könnte die tierische Biomasse in den Ozeanen zwischen 1970 und 2100 um 5 bis 17 Prozent zurückgehen. Fischen und

Die Landwirtschaft ist laut Weltbiodiversitätsrat wesentlicher Treiber für den Verlust der Artenvielfalt

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Rufe nach Regulierung und Fangquoten: Fischereifahrzeuge im Hafen von Lianyungang (Ostchina).

anderen Meereslebewesen machen nicht nur steigende Durchschnittstemperaturen und eine wachsende Zahl mariner Hitzewellen zu schaffen, sondern auch die durch die Aufnahme von CO₂ bedingte Versauerung der Ozeane. Die globale Erwärmung lässt auch den Sauerstoffgehalt in den Weltmeeren absinken, was sich negativ auf das Wachstum von Fischen auswirkt. Hier lässt sich im Wesentlichen nur durch Regulierung gegensteuern, etwa durch strengere Fangquoten, damit sich Fischbestände erholen können.

Mit der Ernte oder dem Einbringen der Netze ist es freilich nicht getan, die Nahrung muss auch zu den Verbrauchern gelangen. Auch hier wirkt sich der Klimawandel aus. Steigende Temperaturen und eine höhere Luftfeuchtigkeit können beispielsweise das Risiko für die Kontamination von Nahrungsmitteln erhöhen, etwa mit Aflatoxinen. Auch bakterielle Erreger

wie Salmonellen oder *Campylobacter* breiten sich bei höheren Temperaturen leichter aus. Starkregenfälle könnten Straßen unter Wasser setzen, was den Transport von Lebensmitteln erschwert. Das alles ist nicht nur ein Problem für ärmere Staaten. So zerstörten extreme Regenfälle im US-Bundesstaat Iowa 2019 eine große Anzahl von Getreidesilos, die bis dahin als sehr robust galten.

Generell sind sich Klimaforscher einig, dass sich die Erderwärmung rund um den Äquator am gravierendsten auswirken dürfte, sowohl an Land als auch in den Ozeanen. Je weiter das Jahrhundert fortschreitet, umso stärkere Folgen sind zu erwarten. Die Größenordnung und das Ausmaß dieser Folgen hängen entscheidend davon ab, wie viele Treibhausgase noch in die Atmosphäre gelangen. Der Mensch hat es selbst in der Hand, wie viele Menschen künftig satt werden. **IP**

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Beistand

In seinem entgrenzten Furor hat Russland in der Ukraine ganze Städte in Schutt und Asche gelegt, Infrastruktur zerstört, Landschaften dem Erdboden gleichgemacht. Ein Kriegsende ist nicht abzusehen, doch das Nachdenken über Finanzierung und Strategien des Wiederaufbaus hat begonnen. Er wird Abermilliarden kosten.



INTERNATIONALE POLITIK **Welt spiegel**

„Wir versetzen die Menschen in die Lage, den Wiederaufbau selbst in die Hand zu nehmen“

Wie kann die internationale Gemeinschaft die Ukraine nach einem Ende des russischen Angriffskriegs unterstützen?

Interview mit Achim Steiner

Seite 60

Kampf der Narrative

Mindestens vier Sichtweisen konkurrieren auf der Welt, um Russlands Überfall auf die Ukraine einzuschätzen. *Von Jarostaw Kuisz und Karola Wigura*

Seite 66

Investition in Europas Sicherheit

Nur mit einem gelingenden Wiederaufbau der Ukraine und ihrer Integration in die EU kann sich die EU vor Putin schützen.

Von Ulrich Ladurner

Seite 71

Regime der Revanche

Putins unbändige Zerstörungswut konzentriert sich auf die Ukraine, trifft aber auch Europa und große Teile der Welt.

Von Michael Thumann

Seite 76

Annäherung mit Fragezeichen

Zwischen Saudi-Arabien und dem Iran stehen die Zeichen auf Entspannung. Doch Teherans Atomprogramm könnte das rasch ändern. *Von Guido Steinberg*

Seite 82

Rohstoffe „made in Germany“

Es reicht nicht, Lieferketten zu diversifizieren oder die Kreislaufwirtschaft hochzuführen: Europa muss mehr Rohstoffe selbst fördern. *Von Stefan Steinicke*

Seite 87

„Wir versetzen die Menschen in die Lage, den Wiederaufbau selbst in die Hand zu nehmen“

Wie kann die internationale Gemeinschaft die Ukraine nach einem Ende des russischen Angriffskriegs sinnvoll unterstützen? Und wer ist hier gefordert?

Interview mit Achim Steiner

Chef des UN-Entwicklungsprogramms

IP: *Herr Steiner, noch ist ein Ende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine nicht abzuschätzen, doch die Planungen für einen Wiederaufbau des Landes laufen bereits. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Maßnahmen – kurz-, mittel- und langfristig?*

Achim Steiner: Als Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen schauen wir immer darauf, wie es gelingen kann, dass die Menschen wieder ein halbwegs normales Leben führen und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Natürlich, große Teile der Ukraine sind zerstört oder werden bombardiert, aber in weiten Teilen dieses Landes leben Menschen, die versuchen, zu überleben. Wie in vielen Krisenherden und Konfliktsituationen verfolgen wir in der Ukraine einen kombinierten Ansatz aus Wiederaufbau, frühen Investitionen und Maßnahmen, die Menschen dabei helfen, wieder auf eigenen Beinen zu stehen.

Wie sieht das im Einzelnen aus?

Wir wollen vor allem drei Dinge tun. Wir möchten dazu beitragen, dass die Regierung handlungsfähig bleibt, ob auf nationaler oder lokaler Ebene. Deswegen unterstützen wir sie dabei, ihre Dienstleistungsangebote aufrechtzuerhalten, etwa durch die Entwicklung von Apps und Portalen, auf denen sich Binnenflüchtlinge registrieren können, die ihre Häuser oder Unternehmen verloren haben. Diese Portale sind inzwischen ein Teil der Infrastruktur, dank derer die Regierung wieder für die Menschen erreichbar wird. Dort kann man Sozialhilfe oder Bargeldtransfers beantragen, um beispielsweise den Wiederaufbau von Häusern oder Wohnungen zu finanzieren.

Zweitens wollen wir der Regierung bei einer Bestandsaufnahme der Zerstörungen helfen, nicht nur der Wohngebäude, sondern auch der Schulen, der Infrastruktur, des Gesundheitssystems. Hier haben



wir mit neuester Technologie, mit Satellitenbildern und Künstlicher Intelligenz detaillierte Karten entwickelt, mit deren Hilfe die Regierung Prioritäten beim Ressourceneinsatz für den Wiederaufbau setzen kann.

Dazu kommt noch das von Ihnen häufig genannte Problem der Verminung ...

Das ist in der Tat eine furchtbare Tragödie. Sehr viele Teile des Landes sind inzwischen vermint; wir gehen von mehr als 160 000 Quadratkilometern aus, ein Gebiet, das fast viermal so groß ist wie die Schweiz. Wenn Menschen versuchen zurückzukehren, ihre Häuser und Existenzen wieder aufzubauen, dann sind diese Minen ein gewaltiges Problem. Und deswegen unterstützt das UNDP die Ukraine dabei, diese Gebiete sicher zu machen. Das bezieht sich nicht nur auf Wohngebiete, sondern auch auf die landwirtschaftliche Produktion, auf Anbauflächen.

Wenn die Gebiete sicher sind, geht der Existenzaufbau ja im Grunde erst los.

Ja, und daher helfen wir den Menschen dabei, ihr Unternehmen, ihre Werkstatt, ihre Bäckerei wieder aufzubauen. Deswegen haben wir ein Programm gestartet, das mittlerweile 20 000 kleinste und mittlere Unternehmen finanziell unterstützt. Und schließlich verdient der Energiesektor als zentraler Bestandteil einer modernen Infrastruktur ein besonderes Augenmerk. Wir wissen, dass durch die Angriffe inzwischen fast 12,5 Millionen Haushalte und über 400 000 Unternehmen große Teile des Tages keinen Zugang zu Strom haben. Das UNDP unterstützt gemeinsam mit der Weltbank die Ukraine dabei, Bestandsaufnahmen zu machen, Prioritäten zu setzen und Hochspannungstransformatoren sowie ähnliches Equipment schnellstmöglich zu beschaffen und so zumindest eine notdürftige Energieversorgung aufrechtzuerhalten.

Vieles von dem, was ich gerade beschrieben habe, wird mit Unterstützung Deutschlands, Schwedens, Japans, Südkoreas, der EU, der Europäischen Investi-

Achim Steiner leitet seit 2017 das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP). Zuvor war der Deutsch-Brasilianer unter anderem Unter-Generalsekretär der UN und Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms in Nairobi.

tionsbank, der Weltbank und vieler anderer finanziert. Das UNDP steht dem Land zur Seite, damit es die Ressourcen schnellstmöglich nutzen kann.

Wenn wir über die Finanzierung sprechen: Um welche Summen geht es und woher soll das Geld kommen?

Die Ukraine hat im vergangenen Juli bei der Ukraine-Konferenz in Lugano den Wiederaufbauplan und eine erste Schätzung vorgestellt. Die Kosten wurden damals auf eine Größenordnung von 650 bis 700 Milliarden Euro beziffert. Die erste Schätzung der Weltbank im Juni hatte sich noch auf rund 350 Milliarden belaufen. Ich fürchte, die ehrliche Antwort ist die, dass im Moment keiner genau bestimmen kann, wie hoch die Kosten des Wiederaufbaus sein werden. Hier geht es ja nicht nur um die Infrastruktur als solche, das heißt Wiederherstellung, Häuser- und Wohnungsbau. Es geht auch um Millionen von Menschen, die ihr Dach über dem Kopf verloren haben und Notunterkünfte benötigen.

Die genannten Größenordnungen würden Sie also für realistisch halten?

Ich glaube in der Tat, dass wir hier über Hunderte von Milliarden Euro sprechen. Die Europäische Union, die Vereinigten Staaten, Deutschland und viele Mitgliedsstaaten der EU haben bereits signalisiert, dass sie der Ukraine beim Wiederaufbau zur Seite stehen werden. Letztlich wird es eine Mischung aus öffentlicher Entwick-

lungsfinanzierung und Zuschüssen sein. Dazu kommen die verbilligten Kredite, die wir über Weltbank, Europäische Investitionsbank und Europäische Bank für Wiederaufbau zur Verfügung stellen. Und drittens – und ich glaube, das wird ein sehr wichtiger Faktor –, werden private Geldgeber und Unternehmen in den Wiederaufbau der Ukraine investieren.

Beim G7-Gipfel im Juni 2022 hat man sich auf die Schaffung einer Koordinierungsplattform geeinigt, auf der Maßnahmen und Geber kanalisiert und koordiniert werden. Was wären Ihre Empfehlungen für Zuständigkeiten und Federführung?

Einerseits ist inmitten einer katastrophalen und oft chaotischen Situation wie in der Ukraine Koordination enorm wichtig, andererseits aber nicht immer möglich. Oft ist Nothilfe gefragt – da geht es darum, wer am schnellsten reagieren kann. Da gilt es, kurzfristig ein Verwaltungssystem wieder in Gang zu bringen, einen Transformator zu ersetzen oder, wie kürzlich mit Hilfe Südkoreas, Generatoren im dreistelligen Bereich zu importieren, um in Schulen, Krankenhäusern und öffentlichen Gebäuden die Stromversorgung zumindest temporär wiederherzustellen.

Wo gibt es denn den größten Bedarf?

Darüber herrscht derzeit eine große Unklarheit. Im Moment sind wir in der Endphase einer Bestandsaufnahme der zerstörten Energieinfrastruktur, die ge-

„Da gilt es, kurzfristig ein Verwaltungssystem wieder in Gang zu setzen oder Generatoren zu importieren“

meinsam von Weltbank und UNDP auf Bitten der ukrainischen Regierung vorbereitet wird. Auf ihrer Grundlage soll dann mit der internationalen Gemeinschaft die Finanzierung von Notmaßnahmen zur Wiederherstellung der Energieversorgung geplant werden.

Wir begrüßen es natürlich, wenn die G7 auf Ministerebene die Hilfe ihrer Teilnehmernationen eng koordiniert. Hier spielt die Zusammenarbeit der USA mit der EU eine Rolle, aber auch andere Länder bringen sich, wie erwähnt, in diesem Prozess ein. Die Vereinten Nationen selbst verfügen über eine Plattform, über die wir mit einem Koordinator im Land die Maßnahmen der verschiedenen Organisationen steuern. Wir arbeiten sehr eng mit der Europäischen Union, aber auch mit der Weltbank zusammen und versuchen so, der ukrainischen Regierung zur Seite zu stehen.

Welche Rolle kommt der Regierung in Kiew dabei zu?

Ich glaube, der Ausgangspunkt aller Überlegungen muss sein, dass die Ukraine maßgeblich an allen Entscheidungen beteiligt ist. In den internationalen Koordinationstreffen wird immer wieder der Ruf laut, dass man nicht ohne sie koordinieren und planen soll, sondern gemeinsam mit ihr. Das war auch die Prämisse von Ursula von der Leyen, als die Europäische Union das Angebot machte, eine Koordinierungsplattform ins Leben zu rufen. Schon früh hatte die Ukraine der Welt durch die Vorstellung eines Wiederaufbaukonzepts signalisiert, dass sie sehr wohl in der Lage ist, mit der internationalen Gemeinschaft auch über die Nothilfe hinaus kurz- und mittelfristig beim Wiederaufbau zusammenzuarbeiten. Doch wenn die Zerstörungen weitergehen, dann wird auch das koordinierte, strategische und gut geplante

Konzept zum Wiederaufbau immer wieder auf den Kopf gestellt. Das zeigt sich gerade bei der Energieversorgung.

Sie haben die riesige, ausgesprochen komplexe Aufgabe beschrieben, vor der wir stehen. Gibt es Beispiele von vergleichbaren Situationen der jüngeren Vergangenheit, aus denen sich Lehren für den Wiederaufbau der Ukraine ziehen lassen?

Die gibt es. Erst im vergangenen Jahr hatten wir über 100 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene. Das hat zum Teil mit Konflikten zu tun, mit Bürgerkriegen, aber auch mit Naturkatastrophen. Nehmen Sie nur das Erdbeben in der Türkei und Syrien vor einigen Wochen, bei dem innerhalb von wenigen Sekunden ganze Städte in Schutt und Asche gelegt wurden. Da stellen sich vermeintlich banale Probleme wie: Wohin mit dem ganzen Schutt? Wir arbeiten sehr eng mit der ukrainischen Regierung zusammen, um zu ermitteln, wo Schutt beseitigt werden muss und wie er sicher entsorgt werden kann. Sehr oft sind Industrieanlagen betroffen und damit gefährliche Chemikalien. Und dann kommen Fragen wie: Wie kann man Notunterkünfte aufbauen? Denn der langfristige Wiederaufbau von Wohngebäuden und Siedlungen wird Jahre dauern. All diese Lösungen speisen sich aus den Erfahrungen nicht nur des UNDP, sondern auch des UN-Flüchtlingskommissars und des Welternährungsprogramms. Gerade in der ersten Phase der Nothilfe ist die Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Notunterkünften und medizinischer Versorgung essenziell. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF spielt hier eine zentrale Rolle.

Auch beim Wiederaufbau des Bildungssystems?

Da ganz besonders. Tausende von Schülern in der Ukraine haben keinen Ort mehr, an dem sie lernen können! Mehr als 3000 Schulen und Fortbildungsanlagen sind inzwischen zerstört worden. Millionen von Studenten haben ihre Ausbildung unterbrochen. Wenn Schüler ein bis zwei Jahre lang nicht die Schule besuchen, dann ist eine ganze Generation für den Rest ihres Lebens betroffen. Es ist eben nicht nur die humanitäre Hilfe, die zählt, sondern es sind auch die Investitionen in den Wiederaufbau, in einen Entwicklungsweg, bei dem die Menschen selbst handlungsfähig werden. Ich könnte Ihnen eine lange Reihe von Ländern nennen, in denen wir genau diesen Ansatz verfolgen, sei es in Afghanistan, im Irak oder in Libyen. Wir versetzen die Ukrainer in die Lage, den Wiederaufbau selbst in die Hand zu nehmen. Vor allem auf lokaler Ebene wird da Erstaunliches geleistet.

Gerade in Europa und den USA hegt man die Hoffnung, die Ukraine nach europäischem Vorbild unter dem Schlagwort „build back better“ aufzubauen, um dem Land den Weg in die EU zu ebnen. Wie kann das Ihrer Ansicht nach aussehen?

Die Ukrainer selbst haben von Anfang an die Strategie eines „grünen Wiederaufbaus“ verfolgt. So tragisch es erscheint – das ist vielleicht nach einer solch katastrophalen Zerstörung eine Chance und der richtige Ansatz. Das UN-Entwicklungsprogramm spielt vor allem bei der Energieversorgung eine sehr wichtige Rolle, etwa beim Übergang hin zu erneuerbaren Energien, und da besteht auch ein großes Interesse seitens der Ukraine. Beim Wiederaufbau von Gebäuden wird Energieeffizienz ein zentrales Kriterium sein, egal ob bei Schulen oder Wohnanlagen. Auch hier bekennt sich die ukrainische Regierung

eindeutig dazu, stark in Energieeffizienz zu investieren.

Welche Rolle kann die Digitalisierung für einen solchen grünen Wiederaufbau spielen?

Eine wichtige, denn das ist ein Bereich, in dem die Ukraine bereits vor dem Krieg gut aufgestellt war. Ich glaube, es gibt enorme Potenziale dafür, digitale Plattformen, aber eben auch ein digitales Ökosystem relativ schnell für den ukrainischen Wiederaufbau zu mobilisieren. Hier ist die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gefordert, weil wir so dazu beitragen können, eine junge Unternehmerschicht sehr schnell wieder ins Geschäft zu bringen. Das schafft Arbeitsplätze, das schafft Einkommen, das ist ein Beschleuniger für die wirtschaftliche Erholung. Im Augenblick steht da noch vieles auf dem Papier. Aber ich glaube, es zeigt, wie eindeutig das ukrainische Selbstverständnis in Richtung einer modernen Wirtschafts- und Energieinfrastruktur weist.

Am Wiederaufbau ist vor allem der Westen beteiligt, die USA, Europa, auch westliche Finanzinstitutionen. Haben Sie einen Einblick in die Perspektive von afrikanischen, lateinamerikanischen oder asiatischen Ländern auf das Thema? Würden Sie sagen, die Regierungen aus dem Globalen Süden haben einen anderen Blick darauf, etwa, weil sie meinen, dass auf die Ukraine zu viele Ressourcen und zu viel Aufmerksamkeit entfallen?

Sie sprechen ein sehr wichtiges Thema an; das hat natürlich viel mit Wahrnehmung zu tun und der wachsenden Sorge, dass die Konsequenzen dieses Konflikts fast alle Länder der Welt betreffen. Ich glaube, vor allem im Globalen Süden ist man enttäuscht darüber, wie wenig sich manche Länder, die sich sehr in der

„Im Globalen Süden fragt man sich, warum auf einmal alles nur durch die Perspektive auf die Ukraine definiert wird“

Ukraine engagieren, dafür interessieren, was die Konsequenzen für den Globalen Süden sind. Etwa bei der Explosion von Nahrungsmittel- und Energiekosten, aber auch auf den Kapitalmärkten. Die Zinsen gehen kontinuierlich nach oben. Wir haben inzwischen eine Verschuldungskrise, die einen akuten Zustand erreicht hat. Das heißt, im Globalen Süden ist das Argument nicht so sehr: „Bekommt die Ukraine zu viel oder zu wenig?“, sondern: „Warum wird auf einmal alles nur durch die Perspektive auf die Ukraine definiert?“ Der Rest der Welt steckt auch in einer Krise, zum Teil mitverursacht durch die Sanktionen oder durch Russlands Angriff auf die Getreideproduktion in der Ukraine.

Was erhofft und erwartet man sich im Globalen Süden?

Zumindest ganz sicher nicht, dass die Mittel, die für den Globalen Süden vorgesehen waren, in die Ukraine geschickt werden. Europa, die USA, Japan haben ja während der Pandemie bewiesen, dass sie 16 Billionen Dollar innerhalb von 24 Monaten mobilisieren können, um ihre Wirtschaften zu stabilisieren.

Also eine Größenordnung, die für Entwicklungsländer kaum nachzuvollziehen sein dürfte ...

Genau. Und wenn wir erleben, wie Großbritannien, Schweden oder auch andere OECD-Länder ihre Entwicklungszusammenarbeit kürzen, wie sie ihren Verpflichtungen bei der Klimafinanzierung nicht

nachkommen, und wie auch die G20 und letztlich die Weltbank gelähmt und nicht in der Lage sind, den Entwicklungsländern so zur Seite zu stehen, dass sie die Schuldenkrise bewältigen können: Dann sind das natürlich Signale, die vielen Menschen in den Entwicklungsländern die Sorgenfalten auf die Stirn treiben.

Worum sorgen sich die Menschen am meisten?

Vor allem darum, dass sie alleingelassen werden könnten, dass viele der Absprachen, auch viele der internationalen Programme und Pläne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung oder das Pariser Klimaabkommen zur Seite geschoben werden. Das wäre aus meiner Sicht ein fataler Fehler. Ungeachtet des Krieges in der Ukraine haben wir Konflikte auf der ganzen Welt. Wir haben Hungersnöte. Wir müssen uns auf die mögliche nächste Pandemie vorbereiten. Die Zeit geht uns aus bei der Klimapolitik und dem Übergang in eine CO₂-freie Energieversorgung. All das ist leistbar und machbar, aber wir laufen im Augenblick Gefahr, es zu vernachlässigen. Und das wird natürlich auch in vielen Entwicklungsländern dazu führen, dass sie sich mit sehr viel mehr Skepsis in den internationalen Institutionen und vor allem auch bei internationalen Vereinbarungen engagieren.

Die Fragen stellten Martin Bialecki, Uta Kuhlmann, Joachim Staron und Louisa Warth.

IP

Kampf der Narrative

Mindestens vier Sichtweisen konkurrieren auf der Welt, um Russlands Überfall auf die Ukraine einzuschätzen – ein ernstes Problem, um zu einem Ende des Krieges zu kommen.

Von Jarosław Kuisz und Karolina Wigura

In den frühen 1950er Jahren war der japanische Film „Rashōmon“ eine Offenbarung. In dem international gefeierten Schwarz-Weiß-Film von Akira Kurosawa erzählen mehrere Personen die Geschichte eines Überfalls auf einen Samurai und seine Frau. Jede Person wird nacheinander zum Erzähler und schildert die Ereignisse – einen gewaltsamen Mord und eine Vergewaltigung – anders. „Rashōmon“ bedeutet auf Japanisch „Streit“, und in dem Film erweist sich der Konflikt zwischen den verschiedenen Versionen der Geschichte als unüberbrückbar. So rückt die Frage in den Vordergrund, ob die wahren Ereignisse überhaupt jemals aufgedeckt werden können.

Der preisgekrönte Film über das Aufeinanderprallen verschiedener Interpretationen eines scheinbar eindeutigen Themas erinnert derzeit leider allzu sehr an den über ein Jahr währenden Krieg Russlands gegen die Ukraine. So veröffentlichte das *Wall Street Journal* beispielsweise erst kürzlich einen Bericht über die Gespräche, die hinter den Kulissen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky

in Paris geführt wurden. Der französische Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz, so die *WSJ*-Journalisten, hätten den ukrainischen Staatschef gedrängt, intensiver über Friedensgespräche mit Russland nachzudenken. Der Grund: Einige der westlichen Partner Kiews würden mittlerweile daran zweifeln, ob die Ukraine wirklich ihr gesamtes Territorium zurückerobern könnte.

Diese Interpretation der aktuellen Lage steht jedoch in krassem Widerspruch zu der Denkweise einiger anderer Länder. In Polen zum Beispiel verfolgt man die deutsch-französischen Bemühungen skeptisch und mit einer Prise Unverständnis. Immerhin sieht Warschau sich als strategisches Zentrum des demokratischen Unterstützerkreises der Ukraine.

Mit dieser Gegenüberstellung sind die unterschiedlichen Auffassungen und Darstellungen über den Krieg in der Ukraine noch lange nicht erschöpft. Man könnte sogar den Eindruck einer gewissen Kakophonie gewinnen. Um die gegenwärtige Situation zu erfassen und zu verstehen, was sich aus ihr ergeben könnte, ist es



Dr. Jarosław Kuisz ist Autor, Essayist und Chefredakteur von *Kultura Liberalna*, Polens führender politischer und kultureller Online-Wochenzeitung.

notwendig, jede Erzählung der Reihe nach zu betrachten. Tatsächlich gibt es vier Haupterzählungen – und jede einzelne hätte, sofern sie sich gegen die Konkurrenz durchsetzen würde, sehr unterschiedliche Konsequenzen.

Der westeuropäische Fuchs

Der altgriechische Dichter Archilochus sagte einmal: „Ein Fuchs weiß viele Dinge, aber ein Igel weiß ein großes Ding.“ Dieses Zitat wurde über Jahrhunderte hinweg vielfach aufgegriffen und neu interpretiert, unter anderem von Isaiah Berlin in seinem Essay „Der Igel und der Fuchs“. Für die Zwecke dieses Textes beschreibt das Zitat gut den Unterschied zwischen den westeuropäischen und den mittel- und osteuropäischen Positionen zum Krieg Russlands gegen die Ukraine, den der Kreml am 24. Februar 2022 auf das ganze Land ausweitete. Gemeint sind hier vor allem Frankreich und Deutschland, aber auch andere westeuropäische Länder – mit Ausnahme Großbritanniens.

Was weiß Westeuropa alles? Es weiß, dass der Krieg von Wladimir Putin begonnen wurde und dass seine Logik eine schreckliche Maschinerie von Menschenrechtsverletzungen ist. Gleichzeitig ist sich Westeuropa aber auch der möglichen tödlichen Folgen bewusst, die ein Übergreifen dieses Krieges auf andere Staaten und Regionen haben könnte. Zudem weiß man auch von den Kosten des Krieges für die Demokratie, den Kosten des Stopps russischer Energieimporte für die eigenen Bürgerinnen und Bürger sowie von den Gefahren, sollte die NATO in einen Krieg mit Russland und möglicherweise sogar mit China hineingezogen werden.

Deshalb wägt Westeuropa alle Szenarien gründlich ab und sucht nach Konformsmöglichkeiten. Das Szenario einer „Zerschlagung Russlands“ wirkt höchst

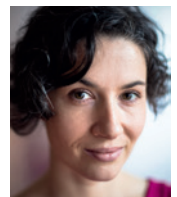
bedrohlich, auch weil es – wie Präsident Macron zuletzt warnte – im Einsatz von Atomwaffen münden könnte. Immerhin gehört Moskau seit Jahrhunderten zum Klub der Großmächte und hat bewiesen, dass es in der Lage ist, auch die schlimmsten Krisen zu überstehen. Niemand sollte so naiv sein zu erwarten, dass sich das plötzlich ändert. Die Hoffnung geht dahin, dass man in Moskau irgendwann wieder zur Vernunft kommt.

Die westeuropäische Beschreibung des Krieges erweckt den Eindruck, man selbst handle stets vorsichtig und rational. Doch genau das kann im Fall der Ukraine zu einer Eskalation führen und schützt langfristig nicht vor einem möglichen russischen Einmarsch anderswo, wie zum Beispiel in der Republik Moldau. Unterstrichen wird eine solche Schlussfolgerung unter anderem von CIA-Chef William Burns, der vor Kurzem in einem Interview urteilte, dass der Kreml einen längeren Krieg für eine Win-win-Situation halte.

Der ukrainische Igel

Der ukrainische Igel weiß nur eines: Wenn er sich ergibt oder diesen Krieg verliert, dann droht ihm die völlige Vernichtung. Nicht nur Kiew denkt so, sondern auch die überwiegende Mehrheit der mittel- und osteuropäischen Länder, von Finnland über Polen und die Tschechische Republik bis hin zu Rumänien. Nur Ungarn ist dabei eine Ausnahme. Überraschend ist es derweil für viele Menschen in den genannten Staaten, dass diese Sichtweise auch von den Vereinigten Staaten und Großbritannien geteilt wird.

Die Vertreter dieser Perspektive sind sich einig, dass Russland der militärische Aggressor und die Ukraine sein Opfer ist. Sie sehen diesen Krieg jedoch nicht unbedingt als ein singuläres Ereignis, sondern vielmehr als das Ergebnis eines



Dr. Karolina Wigura ist Historikerin, Soziologin und politische Redakteurin bei Kultura Liberalna.

schleichenden Prozesses. Für sie begann die russische Aggression nicht erst im vergangenen Jahr, sondern bereits vor über 20 Jahren in Tschetschenien, woraufhin sich die Gräueltaten Moskaus in Georgien und auf der Krim fortsetzten, nur um schließlich die ganze Ukraine heimzusuchen. Präsident Putin versucht, die imperiale Einflussosphäre der Sowjetunion wiederherzustellen, indem er das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Menschenrechte brutal mit Füßen tritt.

Nimmt man diese Sichtweise ein, dann darf es eigentlich kein anderes Szenario geben als die militärische Zerschlagung Russlands. Erstens, weil jeder Kompromiss mit Putins Regime nur vorübergehend helfen würde. Denn selbst auf einen Frieden würden hier früher oder später wieder Kampfhandlungen in der Ukraine oder in anderen Ländern und Regionen folgen – oder ein Zustand, bei dem die Grenze zwischen Krieg und Frieden verschwimmt, so wie in Moldau, wo erst kürzlich von

Russland orchestrierte Umsturzversuche aufgedeckt wurden. Und weil mit Putins aggressivem Regime kein Frieden möglich ist. Für diese Einschätzung hat die Ukraine zwar keine handfesten Beweise. Doch es liegt in der Natur des Igels, Gefahren früh zu erkennen und sich entsprechend zu verteidigen – und weder der Ukraine noch anderen Staaten in Mittel- und Osteuropa mangelt es an einem historisch gewachsenen Verständnis für den russischen Imperialismus.

Was daraus folgt, ist, dass Russland eine entscheidende militärische Niederlage auf dem Schlachtfeld zugefügt werden muss. Denn der Kreml versteht nur die Sprache der Gewalt. Für diesen Fall werden in der Ukraine sogar bereits recht detaillierte Szenarien ausgearbeitet. Eine Art „Teilung“ von Putins Staat oder eine Zerstückelung in kleinere Teile, so wie es 1945 mit Deutschland geschah, scheint für viele Ukrainerinnen und Ukrainer die einzige Garantie für einen dauerhaften Weltfrieden zu sein. Diese Lösung klingt

Für Ukrainer sowie viele in Mittel- und Osteuropa steht eine Einsicht über allen anderen: Wenn das Land gegen Russland verliert, droht die völlige Vernichtung – Kundgebung vor dem Kanzleramt in Berlin.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Von einem Selbstbestimmungsrecht der Völker Osteuropas kann aus Kreml-Sicht keine Rede sein

jedoch nur dann gut, wenn man nicht allzu lange darüber nachdenkt, welcher Schritte es bedürfte, um Russland eine derartige Niederlage zuzufügen. Immerhin gingen auch der Teilung Deutschlands die völlige Zerstörung des Landes und der Tod Hunderttausender Zivilisten voraus.

Das russische Märchen

In ihrem Essay „Wahrheit und Politik“ stellt Hannah Arendt fest, dass Tatsachen und Fakten zumindest in minimalem Umfang respektiert werden müssen, damit sich Politik in einer gemeinsamen Welt – und nicht in Paralleluniversen – abspielen kann. Um dies zu veranschaulichen, führt sie eine lehrreiche und amüsante Anekdote an. „Ende der 1920er Jahre, so wird berichtet, wurde Clemenceau von einem Vertreter der Weimarer Republik gefragt, was künftige Historiker wohl über die damals sehr aktuelle und strittige Kriegsschuldfrage denken werden. ‚Das weiß ich nicht‘, soll Clemenceau geantwortet haben, ‚aber eins ist sicher, sie werden nicht sagen: Belgien fiel in Deutschland ein.“

Arendt weist darauf hin, dass dieses Selbstverständnis jahrzehntelang existierte. Und doch fällt bei einem Blick auf die heutige russische Darstellung des Krieges auf, dass wir uns längst in Parallelwelten bewegen. Als Putin der Ukraine im Februar 2022 den Krieg erklärte, sprach er dabei bekanntlich lediglich von einer „militärischen Spezialoperation“. Er bezeichnete sich selbst als Opfer einer viel-

schichtigen Aggression des Westens und unterstellte den Ukrainern, dass sie nichts anderes als gewalttätige Nazis seien. Nach Putins Geschichtsbild war das größte Unglücksjahr 1989, als das sowjetische Weltreich zusammenbrach. 2022 sah sich Russland dann angeblich dazu gezwungen, sich gegen einen sich abzeichnenden militärischen Angriff zur Wehr zu setzen, fast so, als müsste man wie 1812 eine napoleonische Offensive oder wie 1941 einen Angriff Nazideutschlands abwehren.

Von einer wie auch immer gearteten Selbstbestimmung der Völker Mittel- und Osteuropas kann nach Ansicht des Kremls nicht ernsthaft die Rede sein, da diese de facto einer Ausweitung des amerikanischen Einflussbereichs Vorschub leistet. Für Russland gibt es auf der Welt nämlich seit jeher nur die Imperien – und den unbedeutenden Rest. Und jeder Beitrittsantrag zur NATO bestätige, dass Washingtons Machthunger nicht nachlässt.

Schließt man sich dieser Interpretation an, dann besteht das einzig sinnvolle Ende des gegenwärtigen Konflikts darin, die Ukraine militärisch zu besiegen. Russland gewänne seinen Status als geopolitische Macht von sowjetischem Format zurück. Für den Kreml ist das der einzige Weg, um die alten Kräfteverhältnisse wiederherzustellen. Dies könnte jedoch einen endlosen Krieg in der Ukraine bedeuten, der Schritt für Schritt zur völligen Zerstörung des Landes führt. Und wenn Putin genug Zeit hat, dann könnte sich dieser Krieg auch über die Grenzen der Ukraine hinaus ausbreiten.

Der Globale Süden: Krieg der Weißen

Genau wie in „Rashōmon“ gibt es noch eine vierte Sichtweise, die viel Anklang findet. Diese besagt, dass weiße Menschen in Europa einen Krieg führen, der Not und Elend im Rest der Welt verschärft.

Anstatt weiter Zeit mit der Schuldfrage zu verschwenden, sollte das Problem deshalb so schnell wie möglich gelöst werden.

Auf der jüngsten Münchner Sicherheitskonferenz wurde dieser Standpunkt vielleicht am besten von Saara Kuugongelwa-Amadhila, der Premierministerin Namibias, zum Ausdruck gebracht. Ihre Worte zur Unterstützung einer schnellen, friedlichen Lösung fanden großen Widerhall. „Wir setzen uns für eine friedliche Lösung des Konflikts in der Ukraine ein“, sagte sie, „damit sich die ganze Welt und alle Ressourcen der Welt darauf konzentrieren können, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, anstatt sie für den Erwerb von Waffen, das Töten von Menschen und das Austragen von Feindseligkeiten auszugeben.“ Auf die Frage, warum Namibia sich bei der Abstimmung über den Krieg bei den Vereinten Nationen der Stimme enthalten hat, sagte Kuugongelwa-Amadhila: „Unser Fokus liegt auf der Lösung des Problems, ... nicht auf der Abwälzung der Schuld.“ Vielmehr gehe es um die „Förderung der Entwicklung in der Ukraine, in Afrika, in Asien und an anderen Orten sowie in Europa selbst, wo viele Menschen in Not sind“.

Der erklärte Pazifismus, die Sorge um die Opfer und die geografische Entfernung vom Epizentrum des Krieges, die dabei mitschwingen, machen dies zu einem Narrativ, das sich gleichzeitig parallel zur westlichen Denkweise entwickelt und im direkten Widerspruch zu ihr steht. So hebt auch ein kürzlich erschienener Bericht des European Council on Foreign Relations die Bedeutung der „globalen öffentlichen Meinung“ hervor, die den Krieg ganz anders verhandelt als die westliche Welt.

In diesem Zusammenhang ist auch die Position Chinas erwähnenswert. Immerhin mag die chinesische Unterstützung für Russland vor und hinter den Kulissen

den Eindruck erwecken, dass die Volksrepublik mit dem Narrativ des Kremls sympathisiert. In Wirklichkeit schwankt China stark zwischen der dritten und der vierten Sichtweise hin und her. Das liegt zum einen daran, dass Peking Russland braucht, um nicht zum einzigen ernsthaften militärischen Widersacher der USA zu werden. Zum anderen gibt China den Vereinigten Staaten offen eine Mitschuld an dem Konflikt. Diese Haltung spricht eine ganze Reihe von amerikakritischen Ländern an und soll nicht zuletzt zu Rissen in Europa und in der westlichen Staatengemeinschaft führen, die den globalen Schwerpunkt wiederum Richtung China verschieben könnten.

Der Glaube an den Humanismus

Das Aufeinanderprallen verschiedenster Narrative zum russischen Krieg gegen die Ukraine ist eine ernste Angelegenheit – und um die Spannungen zwischen global agierenden, atomar gerüsteten und ideologisch verfeindeten Supermächten zu entschärfen, braucht es direkte Kontakte sowie die Kunst der Diplomatie. Das ist eine der Lektionen, die wir aus dem Kalten Krieg gelernt haben. Dazu sind jedoch Willen und Verantwortungsbewusstsein notwendig, woran es vielerorts mangelt.

In Kurosawas „Rashōmon“ führt die Unfähigkeit, zu einer einzigen Wahrheit über Mord und Vergewaltigung zu gelangen, zu immer heftigeren Polemiken. Lügen vermischen sich mit dem egoistischen Wunsch nach einem Monopol auf die Wahrheit. Letztlich ist es jedoch die Sorge um die kommenden Generationen, die in Kurosawas Film durch ein kleines Kind symbolisiert werden, das den Glauben an den Sinn des Humanismus wiederherstellt. Hoffen wir, dass dies auch für uns der Fall sein wird.

Aus dem Englischen von Kai Schnier

IP

Investition in Europas Sicherheit

Der Wiederaufbau der Ukraine und ihre Integration in die EU wird Milliarden verschlingen und viele Jahre dauern. Aber nur so kann sich die EU vor Wladimir Putin schützen.

Von Ulrich Ladurner

Niemand weiß, wie lange der Krieg in der Ukraine dauern wird. Niemand weiß, ob die Ukraine ihr gesamtes von Wladimir Putin geraubtes Territorium zurückgewinnen kann, und wenn ja, zu welchem Preis.

Sicher ist nur, dass die Ukraine enorme Schäden erleidet. Denn es ist offenbar Teil der russischen Kriegsstrategie, möglichst viel zu zerschlagen und zu zerstören, was der ukrainische Staat und seine Bürgerinnen und Bürger zum Überleben brauchen. Die Weltbank schätzt die Kosten für den Wiederaufbau auf 350 Milliarden Euro, die Europäische Investitionsbank geht von 1,1 Billionen Euro aus – Stand Anfang März 2023. Da der Krieg nicht zu Ende ist und Tag für Tag weitere massive Zerstörungen angerichtet werden, dürften die Summen noch größer werden. Nicht berechnen lassen sich die Verheerungen, die die russische Armee bei der Bevölkerung angerichtet hat. Die vielen tausend Toten und Verletzten, die mehr als vier Millionen Flüchtlinge, die versehrten Herzen und traumatisierten Seelen. Das alles lässt sich nicht in Zahlen abbilden.

Und doch wird für das Gelingen des Wiederaufbaus der Ukraine entscheidend sein, dass man die menschliche Dimension zum Ausgangspunkt nimmt. Das ist keine pflichtschuldige humanitäre Floskel, sondern eine vorrangige Notwendigkeit. Klar ist nämlich, dass das Land die geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer braucht, wenn es rasch wieder auf die Beine kommen will. Doch viele, die gegangen sind, könnten nicht mehr zurückkehren. Andriy Pyshnyy, der Gouverneur der ukrainischen Notenbank, schlug unlängst Alarm: „Wir könnten die Besten der Besten verlieren. Wir müssen darauf achten, dass wir unsere Leute zurückbekommen, wir brauchen sie hier!“

Die Flucht der Besten

Diese Sorge ist begründet. Eine Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte ergab, dass beispielsweise 42 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge langfristig in Deutschland bleiben wollen. Überraschend ist das nicht. Je länger der Krieg dauert, desto mehr Menschen schlagen in ihren Fluchtländern Wurzeln.



Ulrich Ladurner
ist Europa-Korrespondent der ZEIT mit Sitz in Brüssel.

Sie lernen die Sprache, sie finden Arbeit, ihre Kinder gehen zur Schule, schließen Freundschaften, während ihr Heimatland weiter Krieg führen muss und ihnen nur eine unsichere Zukunft bieten kann. Selbst wenn die Ukraine alle Territorien zurückgewinnen könnte, müssten die Menschen, die ursprünglich aus diesen von den russischen Truppen verwüsteten Gebieten kommen, ihr Leben dort neu aufbauen.

Das ist genau das, was sie in Polen, Deutschland und Tschechien bereits tun: ganz von vorne anfangen. Die Europäische Zentralbank schätzt die Anzahl der Ukrainer, die nicht mehr zurückkehren werden, auf einen Anteil zwischen 25 und 55 Prozent. Das Kiewer Zentrum für Wirtschaftsstrategie kommt in einer Modellrechnung zu dem Ergebnis, dass zwischen 860 000 und 2,7 Millionen Ukrainer dauerhaft in Mittel- und Westeuropa bleiben wollen. Da es in diesen Ländern an Fachkräften mangelt, sind die meist gut ausgebildeten Ukrainer hochwillkommen. Heute schon tragen sie einen beträchtlichen Anteil zum Wirtschaftswachstum in Mittel- und Westeuropa bei.

Tatsächlich haben die Geflüchteten laut Umfragen einen höheren Bildungsgrad als die Ukrainer, die in ihrem Heimatland geblieben sind. Bei Befragungen an der Grenze haben 66 Prozent angegeben, einen höheren Bildungsabschluss zu haben. Der Wert ist hoch, verglichen mit dem in der Ukraine und selbst dem in der EU. Da liegt er bei 28 respektive 33 Prozent.

Die Ukraine also könnte, wie Pyschnyy befürchtet, die besser Ausgebildeten auf Dauer verlieren. Die Ökonomen des Zentrums für Wirtschaftsstrategie haben die Folgen eines solchen durch den Krieg erzwungenen Braindrains in einer Modellrechnung dargestellt. Demnach könnte die ukrainische Wirtschaft zwischen 2,55 und 7,71 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts

einbüßen, wenn diese Menschen nicht mehr zurückkehrten.

Wie aber kann man die geflüchteten Ukrainer überzeugen, in ihre Heimat zurückzukehren, wo sie dringend für den Wiederaufbau gebraucht werden? Im Kern ist das die Frage nach der politischen Zukunft der Ukraine. Präziser gesagt: Es ist die Frage nach ihrer Zugehörigkeit.

Unwiderrufliche Westbindung

Es ist kaum zu bezweifeln: Die feste Anbindung der Ukraine an den Westen ist eine Grundvoraussetzung für die Rückkehr dieser Menschen.

Natürlich sollte man den ukrainischen Patriotismus nicht unterschätzen, aber das ändert nichts daran, dass die Ukraine in einem offenen Wettbewerb mit anderen europäischen Staaten um die besten Kräfte steht. Nur wenn ihre Heimat unwiderruflich im Westen verankert ist, dürfte sie in den Augen der gut Ausgebildeten attraktiv genug sein. Auch deshalb war es von größter Bedeutung, dass die EU der Ukraine am 22. Juni 2022 den Kandidatenstatus verliehen hat.

Es lässt sich einwenden, dass dieser Schritt per se noch nicht viel bedeuten mag oder sogar nichts weiter als ein leeres Versprechen ist. Es mangelt für diese These nicht an Beispielen. Die Türkei hat den Kandidatenstatus 1999 (!) erhalten und bis heute sind nicht viele Fortschritte verzeichnet; eine Reihe von Westbalkan-Staaten haben ebenfalls seit Jahren das Ticket des EU-Beitrittskandidaten, aber sie können es nicht einlösen.

Das ist alles richtig. Auch die Ukraine wird lange warten und tiefgreifende Reformen umsetzen müssen, bevor sie der EU beitreten kann. Bundeskanzler Olaf Scholz beharrte wiederholt darauf, dass es auf dem Weg zur EU keine Sonderregeln geben könne – und er ist mit dieser

Meinung in der EU nicht allein. Aber im Unterschied zu den anderen genannten Kandidaten hat die Ukraine diesen Status erhalten, während sie sich im Krieg mit dem russischen Aggressor befindet. Das ist einmalig, und es ist ein klares Bekenntnis der EU, dass die Ukraine „zu uns“ gehört, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mehrmals betonte. Es ist ein Versprechen, das in der Stunde der höchsten Not gegeben worden ist, und das wiegt schwerer als eines, das in Friedenszeiten geäußert wird.

Wenn ein Land den Kandidatenstatus erhält, dann öffnen sich ein politischer Raum und ein Markt gleichzeitig. Nach Scholz' Worten ist es „ein klares Signal an die privaten Investoren: Jeder, der heute in den Wiederaufbau der Ukraine investiert, der investiert in ein künftiges EU-Mitgliedsland, das Teil der europäischen Rechtsgemeinschaft und des Binnenmarkts sein wird!“

Da ist auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit der EU als geopolitischer Akteur. In ihrer Antrittsrede sagte von der Leyen: „Meine Kommission wird eine geopolitische sein!“ Das war 2019. Europäische Union und Geopolitik? Was damit gemeint war, das erschien damals noch recht nebulös. Manchen schien von der Leyens Behauptung überzogen, ja geradezu großspurig. Darüber muss man sich nicht wundern. Denn über viele Jahre hatte sich die EU als internationaler Akteur begriffen, der sich bewusst von traditionellen Großmächten unterscheidet. Nicht

Soldaten gehörten zum Arsenal der „Großmacht“ EU, sondern Juristen; nicht Panzer, sondern Handelsabkommen; nicht Kanonen, sondern Menschenrechte; nicht Überwältigung, sondern Überzeugung.

Glaubhafte Geopolitik

Als EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte, ihre Kommission werde eine geopolitische sein, konnte sie den russischen Überfall nicht voraussehen. Doch hatte von der Leyen verstanden, dass die Zeiten rauer geworden waren. Die EU musste sich wappnen, sie musste lernen, in einer unübersichtlichen Welt mitunter auch „hardball“ zu spielen.

Man sollte für einen Moment die EU mit den Augen der geschundenen Ukrainer betrachten. Es besteht kein Zweifel daran, dass dieses Land nach Westen strebt, dass es zur Union gehören will. Und doch werden sich viele Ukrainer fragen: Wie zuverlässig ist die EU? Wie widerstandsfähig? Wie ausdauernd?

Um es an dieser Stelle deutlich zu sagen: Ja, natürlich geht es am Ende darum, die gewaltigen Summen zu mobilisieren, um die Ukraine wiederaufzubauen. Es ist auch klar, dass die EU dabei die wichtigste Rolle spielen muss. Doch der Erfolg des Wiederaufbaus hängt aufs Engste mit einem Prozess zusammen, den man als das Erwachsenwerden der EU beschreiben könnte.

Die Ukraine gehört „zu uns“, das ist die richtige Botschaft. Aber wie müssen „wir“ – die EU – sein, damit sie „zu uns“ gehören kann, damit sie ein prosperierendes Mitglied der europäischen Familie sein wird und nicht im vom russischen Despoten Wladimir Putin verwüsteten Nirgendwo hängen bleibt, versehrt, arm und bis aufs Mark beschädigt? Die Antwort liegt auf der Hand: Die EU muss so hart sein, wie es ein geopolitischer Akteur sein muss,

Die EU muss geopolitisch hart handeln und zugleich flexibel genug bleiben, um die Ukraine aufzunehmen

wenn er ernst genommen werden will, und sie muss gleichzeitig so flexibel bleiben, dass sie all die Veränderungen, die die Aufnahme eines Landes mit etwas mehr als 40 Millionen Einwohnern unvermeidlich mit sich bringen wird, auch verdauen kann.

14 Monate nach Beginn des Krieges lässt sich sagen, dass die EU entschieden, geschlossen und wirksam auf die russische Aggression reagiert hat. Der beste Beweis dafür sind die inzwischen zehn Sanktionspakete, die die EU verabschiedet hat, um der russischen Kriegsmaschinerie Einhalt zu gebieten. Putin hat mit dieser europäischen Reaktion sicher nicht gerechnet. Gleichzeitig handelte die EU dabei auf allen Ebenen in sehr enger Abstimmung mit der Regierung Joe Bidens. Auch das kann man als Nachweis des „Erwachsenwerdens“ der EU nehmen.

Härte nach innen, Härte nach außen

Zudem rüsten alle EU-Länder auf; die Auftragsbücher der Rüstungsfirmen sind voll. In jedem der 27 Mitgliedstaaten gibt es eine klare Mehrheit für mehr Wehrhaftigkeit. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die Union Geld für Waffenkäufe freigegeben. Eine Milliarde Euro aus dem Topf der „Friedensfazilität“ hat die Ukraine für Waffenkäufe erhalten.

Und es gibt einen weiteren Punkt, der leicht übersehen wird: Die EU hat seit der russischen Invasion auch Härte nach innen gezeigt, nämlich gegen eigene Mitglieder, die gegen die Regeln der Gemeinschaft verstoßen. Gemeint sind in erster Linie Ungarn und Polen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die EU im Rahmen des neu geschaffenen Rechtsstaatsmechanismus Gelder zurückgehalten. Ungarn und Polen erhalten Milliardenbeträge aus Brüssel erst, wenn sie Reformen umsetzen beziehungsweise rechtsstaatsfeindliche

Die EU hat entschieden, geschlossen und wirksam auf die Aggression Russlands reagiert

Reformen zurücknehmen. Diese neue Härte nach innen ist komplementär zu der Härte nach außen. Sie stärkt die Glaubwürdigkeit der EU als wehrhafte Rechtsstaatsgemeinschaft.

Diese Entwicklungen bilden das unverzichtbare, das notwendige politische Fundament für die finanziellen Hilfen an die Ukraine, die in beträchtlichem Maße bereitgestellt werden. 2022 belief sich die aus dem EU-Haushalt bereitgestellte Unterstützung auf insgesamt 11,6 Milliarden Euro. 2023 bietet die EU der Ukraine 18 Milliarden in Form von Darlehen zu günstigen Bedingungen an. Damit soll die Ukraine in die Lage versetzt werden, weiterhin Löhne und Renten zu zahlen und öffentliche Dienste wie Krankenhäuser, Schulen und Unterkünfte für Binnenflüchtlinge finanzieren zu können. Es sind auch Maßnahmen getroffen worden, die der Wirtschaft der Ukraine auf andere Weise helfen. Beispielsweise hat die EU die Einfuhrzölle auf alle ukrainischen Ausfuhren in die EU ausgesetzt.

Nur: Die EU allein kann die immensen Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine nicht stemmen. Dafür braucht sie Partner, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die G7-Staaten, vor allem aber Unternehmen, die in der Ukraine die Chance sehen, gute und sichere Geschäfte zu machen. Gerade Letzteres wird nicht einfach sein. Denn zum einen herrscht immer noch Krieg und dessen Ausgang ist ungewiss; zum anderen rangiert die Ukraine auf dem Korruptionsindex von

Transparency International auf Platz 122 von insgesamt 180 Plätzen. Das beste Mittel gegen Korruption ist ein funktionierender Rechtsstaat. Das wird die Ukraine werden müssen, um der EU beitreten zu können.

Es ist eine Sache, den Europäern zu vermitteln, dass man ein Land, das ein Aggressor auslöschen will, verteidigen muss. Es ist aber eine andere Sache, sie davon zu überzeugen, dass ein sehr großes Nachbarland mit 40 Millionen Einwohnern dem exklusiven europäischen Club beitreten soll. Alle Umfragen in den vergangenen Jahren zeigen beispielsweise, dass die Europäerinnen und Europäer skeptisch gegenüber Erweiterungen sind. Die EU müsse sich selbst reformieren, dann erst könne sie sich erweitern: Das ist das Argument derjenigen, die das Beitrittsversprechen an die Ukraine mit Skepsis sehen. Ihnen erscheint die EU mit ihren 27 Mitgliedern heute schon schwerfällig, mit 28, 30, 32 oder gar 33 Mitgliedern wäre sie gelähmt.

Auch wenn das noch viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern wird, so wird die EU immer wieder erklären müssen, warum es notwendig ist und sich lohnt, sehr viel Geld und sehr viel politisches Kapital in die Ukraine zu investieren.

Das zentrale Argument dafür ist der Neoimperialismus von Wladimir Putin. Der russische Despot führt einen blutigen Krieg gegen die Ukraine, aber schon seit Jahren führt er einen hybriden Krieg gegen die Europäische Union. Er will die EU zerlegen, die Vereinigten Staaten aus Europa verdrängen und dann den alten Kontinent nach Belieben dominieren.

Dieser Weg nach Westen ist für Putins Russland die einzige Möglichkeit, seinen ersehnten Großmachtstatus wiederzuerlangen. Eine Investition in die Ukraine ist eine Investition in die eigene europäische Sicherheit. Das muss immer wieder gesagt werden. Davon müssen die europäischen Bürgerinnen und Bürger immer wieder aufs Neue überzeugt werden. **IP**

Dass die Ukraine so schnell wie möglich in die EU gehört, muss man den Europäerinnen und Europäern immer wieder erklären: Wolodymyr Selensky in Brüssel mit Ursula von der Leyen und Charles Michel.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Regime der Revanche Putins unbändige Zerstörungswut konzentriert sich auf die Ukraine, sie trifft aber auch Europa und große Teile der Welt. Zudem hat sie dramatische Folgen für Russland selbst.

Von Michael Thumann

Was der Westen ihm und seinem Land angetan habe, vergisst Wladimir Putin in keiner Rede zu erwähnen. Die NATO sei erweitert worden, ohne Rücksicht auf Russland, sagt er. Die USA überfielen den Irak, ohne ihn zu fragen. Sie hätten den Sieg im Kalten Krieg ausgekostet und Russland als Regionalmacht verhöhnt. Der Westen würde konservativen Gesellschaften in Russland und dem Globalen Süden dekadente Praktiken von der „Geschlechtsumwandlung“ bis zur „Pädophilie“ aufzwingen wollen. Westliche Regierungschefs hätten sich auf Gipfeln, Konferenzen und sogar auf der Beerdigung von Queen Elizabeth II. mit der ganzen Welt getroffen, ohne ihn, den Präsidenten einer Nukleargroßmacht, einzuladen.

Kränkung ist ein Begriff, den man in der Psychologie verortet, nicht in der Geopolitik. Das ist ein Fehler, weil Kränkung ein zentrales Motiv für Gewalt ist. Nicht nur im Privaten, sondern auch auf der Weltbühne. „Обида“ (Obida) heißt Kränkung auf Russisch. Für Wladimir Putin ist „Obida“ inzwischen der politisch-emotionale

Treibstoff seines Handelns im Angriffskrieg gegen die Ukraine geworden sowie auch für das zentrale politische Projekt seiner Amtszeit: die Demontage der westlichen Weltherrschaft und der europäischen Sicherheitsordnung. Der russische Herrscher sucht Revanche für das, was er selbst als die Mutter aller Kränkungen sieht – den Zerfall der Sowjetunion und das Ende des russischen Weltmachtstatus. In einer Rede 2005 nannte er es „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Mit seinem Projekt der Revanche war er lange Zeit erschreckend gut vorangekommen. Oft machten westliche Staaten es ihm dabei erstaunlich leicht. Sei es, weil sich Länder wie Deutschland selbst nach der Annexion der Krim 2014 von russischer Energie abhängig machten und auf den Aufbau einer effektiven Landesverteidigung verzichteten. Oder weil ihm US-Präsident Donald Trump von 2017 bis 2021 freie Hand auf der Weltbühne ließ. Aber mit dem Angriff auf die Ukraine vor über einem Jahr ist Putin an die Grenzen dieses Projekts gestoßen. Egal, wie der Krieg ausgeht: Mit der Einführung der Kriegswirt-



Michael Thumann ist außenpolitischer Korrespondent der ZEIT. Im Januar erschien sein neues Buch „Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat“.

schaft und der Dauermobilmachung setzt der russische Präsident nun sein eigenes Land aufs Spiel.

Warnsignale hat Putin seit der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 und der Übernahme des Nationalismus als Herrschaftsideologie 2012 tatsächlich immer wieder von sich gegeben. Trotzdem sei an einen Schlüsselmoment noch einmal erinnert: Putins Rede an die Nation im Manegesaal des Kremls im März 2018, als er zu einer pathetischen Anklage gegen die westlichen Staaten ausholte: Sie hätten Russland mit Aufrüstung und Sanktionen eindämmen wollen. Aber dieser Versuch sei gescheitert. „Mit uns wollte niemand reden. Sie hörten uns nicht zu. Dann sollen sie jetzt mal zuhören!“, rief Putin und ließ per Video auf riesigen Bildschirmen eine Armada neuer Hyperschall-Interkontinentalraketen und Marschflugkörper vorbeidonnern. Gegen diese überlegenen Waffen, triumphierte er, habe der Westen keine Mittel.

Propaganda und Feindschaft

Es ist wichtig, zwischen tatsächlich erlittenen und eingebildeten Kränkungen zu unterscheiden. Für erstere kann sich der Verursacher entschuldigen, er kann sie zurücknehmen. Letztere nicht. Das macht sie politisch so gefährlich. Bei allen, oft gravierenden Fehlentscheidungen westlicher Staaten der vergangenen 20 Jahre darf nicht übersehen werden, dass Putins Litanei der permanenten Kränkung und Bedrohung durch „den Westen“ Propa-

ganda ist, eine sehr wirksame. Das gilt für seinen Vorwurf, die USA hätten nach dem 11. September 2001 aus antirussischen Motiven ein Anti-Terror-Bündnis mit Moskau abgelehnt. In Wahrheit wollte Putin mit einer solchen Allianz seinen Vernichtungsfeldzug gegen tschetschenische Rebellen legitimieren. Das gilt für Putins nachträglich inszenierte Empörung über die von ost- und mitteleuropäischen Staaten eingeforderte NATO-Osterweiterung. Tatsächlich hat Putin damals mehrfach prominent betont, dass er darin „keine Bedrohung“ für Russland sah. Umso mehr gilt es für seine hanebüchene Behauptung, der Westen unterstütze mit der Ukraine ein Land von „Nazis und Faschisten“. Und die jüngste Behauptung, nicht Russland habe 2022 die Ukraine, sondern der Westen habe Russland überfallen.

In Deutschland fragen viele: Was ist auch aus jenem Wladimir Putin geworden, der 2001 bei einer Rede im Bundestag Zusammenarbeit und ewige Freundschaft schwor? Dass aus dieser Vision nun eine erbitterte Feindschaft geworden ist, liegt nicht an Europa, schon gar nicht an Deutschland. Vor allem die SPD versuchte bis kurz vor dem Überfall auf die Ukraine 2022, „Brücken“ nach Russland zu bauen. Berlin machte Russland viele Angebote wie die Modernisierungspartnerschaft; die deutsche Energiewirtschaft hat sich zum eigenen Schaden eng mit Russland verflochten.

Nicht die Außenpolitik, sondern die russische Innenpolitik liefert die Gründe für Putins Wende. Im Winter 2011/12 musste Putin ertragen, dass viele Russen gegen ihn aufbegehrten. Abertausende demonstrierten damals gegen seine Rückkehr auf den Präsidentensessel, den er für vier Jahre mit dem des Premierministers getauscht hatte, um die Amtszeitbegrenzung des Präsidenten zu umgehen. Russinnen

*Nicht die Außenpolitik,
sondern die Innen-
politik liefert die Gründe
für Putins Wende*

und Russen hielten Mahnwachen in der Nähe des Kremls, monatelang. Überall im Land regten sich Proteste. Damals war es Putin, der den Menschen nicht zuhören wollte. Er verdächtigte US-Geheimdienste und Außenministerin Hillary Clinton, die Aufstände ausgedacht und angefacht zu haben. Damals adoptierte Putin den Nationalismus als seine neue Ideologie, begann mit Verhaftungen und Agentengesetzen das Land aufzurollen, ließ ausländischen Einfluss radikal bekämpfen. Er schaffte die historischen Errungenschaften der 1990er Jahre endgültig ab. Die politische Liberalisierung unter seinen Vorgängern Gorbatschow und Jelzin denunzierte er als Ausdruck historischer Schwäche.

Der innenpolitische Rachefeldzug gegen das Erbe der 1990er Jahre fand 2021 einen spektakulären Höhepunkt in der verhängten Lagerhaft für den charismatischen Oppositionellen Alexej Nawalny. Er setzt sich fort in den harschen Verurteilungen der Organisatoren von Protesten und Plakataktionen gegen den Überfall auf die Ukraine.

Bis auf Weiteres ist Putins Revanchefeldzug recht erfolgreich. Die staatliche Propaganda hat die Weltsicht vieler Russen verdreht. Sie glauben tatsächlich, dass Russland in der Ukraine angegriffen wurde. Viele Andersdenkende haben längst das Land verlassen, Künstlerinnen, Journalisten, Geschäftsleute. Es gibt Ausnahmen wie die Moskauer Rechtsanwältin Marija Eismont, die mit großem Mut politisch Verfolgte in einem zunehmend

totalitären System verteidigt, darunter auch die Menschenrechtsorganisation Memorial und zuletzt im März den Mathematikstudenten Dmitrij Iwanow. Eismonts Kampf ist ein fast aussichtsloser. Fast alle Prozesse enden mit demselben, längst vor der Verhandlung beschlossenen Ergebnis: Verbot, Geldstrafe oder Straflager.

Die seit Jahren anhaltende Aggression des Regimes ist mit dem Überfall auf die Ukraine endgültig in einen Eroberungskrieg nach außen umgeschlagen. Putin hat die europäische Ordnung zerstört, getragen von Abrüstungsverträgen, dem NATO-Russland-Vertrag, der OSZE und dem Europarat; eine Welt, in der sich die Europäer drei Jahrzehnte lang sicher gefühlt hatten. Putin beruft sich auf die Tradition des Zarenreichs und begreift gar nicht, wie sehr er sich davon entfernt. Denn er hat sein Land von Europa so weit entfernt wie kaum ein russischer Zar oder Führer vor ihm. Damit betritt er historisches Neuland. In der Vergangenheit befand sich Russland oft mit anderen europäischen Staaten im Machtkampf oder im Krieg. Aber es hatte immer Verbündete, es blieb stets Teil des Kontinents. Zar Peter I. führte einen jahrelangen Feldzug gegen Schweden, aber wusste Dänemark, Sachsen und Polen auf seiner Seite. Stalin kämpfte in der Anti-Hitler-Koalition mit Großbritannien und den USA gegen Deutschland. Und die Sowjetunion war im Warschauer Pakt mit halb Europa verbündet. Heute hat sich Russland von Europa völlig isoliert. Die einzige Ausnahme ist der belarussische Diktator Alexander Lukaschenko.

Diese Abschottung bleibt nicht auf das Regime beschränkt. Putins Reich wird zukünftig kaum noch von EU-Europäern besucht werden. Auch Russinnen und Russen werden nach dem faktischen russischen Ausreisestopp für viele Menschen und den Brüsseler Visaverschärfungen

*Historisches Neuland:
Putins Russland ist weiter
von Europa entfernt als in
Jahrhunderten zuvor*

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Wladimir Putins Projekt der Revanche dürfte sich dem Ende nähern, aber Dauer und Dramen des letzten Aktes sind schwer vorauszusagen: Russlands Präsident beim nächtlichen Besuch im zerstörten Mariupol.

kaum noch in die EU reisen können. Unter Putins Regime der Revanche dürfte Europa für russische Bürger auf Fotos von Rom, Paris, Barcelona oder Berlin im Internet, aus Reiseerinnerungen der Eltern und Großeltern beschränkt bleiben. Putin zwingt sein Land zum Abschied von Europa, zu dem Russland jahrhundertlang gehört hatte.

Um diesen Abschied zu erleichtern, verbreiten die staatlichen Medien ein Bild eines frierenden, bisweilen hungernden Kontinents, der dazu noch in der Dekadenz von „Gayropa“ versinkt. Europa, das ist in der Weltsicht des Kremls ein verweichlichter und entmannter Kontinent, dem ein stolzes maskulines Russland gegenübersteht. Die EU stehe unter der Kuratel der Amerikaner, die europäi-

schen Regierungen vorschreiben würden, wie diese sich gegenüber Russland zu verhalten hätten. Russen, die immer noch Sympathien für Europa, für Demokratie und Meinungsfreiheit hegen, unterstellte Putin im vergangenen Jahr, sie könnten „ohne Gänsestopfleber, Austern und Gender-Freiheiten nicht mehr leben“.

Doch so effektiv staatliche Propaganda und gegenseitige Abschottung auch sein mögen: Russinnen und Russen werden sich in absehbarer Zeit fragen müssen, welches Erbe der 70-jährige Herrscher ihnen hinterlassen wird. Der breiten Masse der Bevölkerung fielen dazu bis 2021 ein gewisser Wohlstand, politische Stabilität und ein gut gefüllter Staatsfonds für alle Fälle ein. Doch heute plündert Putin die Staatskassen. Er mobilisiert alles für den

Krieg in der Ukraine, der aus seiner Sicht erst angefangen hat. Dabei ist er zu alt, um noch einmal etwas aufzubauen. Anders als Peter I., der das russische Imperium begründete und reformierte, anders als Alexander II., der die Leibeigenschaft abschaffte, anders selbst als Stalin, der mit kolossalen Verbrechen und Millionen Opfern die sowjetische Industrialisierung hinterließ. Putins Erbe dürften vor allem Abbruch und Asche sein. Seine chronische Gekränktheit und seine Revanchegelüste blockieren Russlands innere Entwicklung. Der Vernichtungsversuch der Ukraine wird auf das eigene Land zurückschlagen.

Totenkult statt Zukunftsvision

Russland erlebt unter Putin eine demografische Katastrophe. Trotz zahlreicher Programme der Regierung ist die Geburtenrate auf das niedrigste Niveau der frühen 1990er Jahre zurückgefallen. Die hohe Übersterblichkeit, die Russland in der Corona-Krise erlitt, steigert sich nun durch die wachsende Zahl der Gefallenen. Heute kommen auf 100 Männer schon 115 Frauen. Die Lebenserwartung der Männer lag bis zum Überfall auf die Ukraine – je nach Schätzung – bei 64 bis 68 Jahren. Putin versucht die Bevölkerungsstatistik nun durch neue Annexionen in der Ukraine zu schönen. Ein Programm massenhafter Entführung von Kindern soll Russland mehr junge Menschen zuführen. Dafür wird Putin nun vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl gesucht. Aber wozu braucht das Land diese Menschen?

Ende 2022 hatte Putin ein symbolisches Treffen mit den Müttern von Soldaten. Seit dem Tschetschenien-Krieg der 1990er Jahre umwehte die Soldatenmütter eine Legende von zivilgesellschaftlichem Mut. Davon ist heute nichts geblieben. Sie hörten widerspruchslos zu, als Putin ihnen weitschweifig erläuterte, dass „wir alle

sterben – unausweichlich“. Es sei egal, ob man bei einem Verkehrsunfall sterbe, am Wodka oder durch andere Ursachen. Seine Soldaten aber stürben nicht umsonst, sie würden mit ihrem Heldentod das Ziel des Lebens erreichen. Russlands Präsident hat seinen Landsleuten keine Vision mehr zu bieten. Nur noch einen Totenkult.

Das Land erlebt eine demografische Katastrophe – und Putin wird per Haftbefehl gesucht

Auch seine wichtigste geostrategische Waffe ist inzwischen stumpf. Putin glaubt immer noch, dass er den Westen mit Russlands Öl- und Gasreichtum zum Nachgeben zwingen kann. Doch spricht viel mehr dafür, dass dieses Putins letzter Petrokrieg sein könnte. Denn mit dem Gasembargo gegen Deutschland und die meisten EU-Staaten 2022 endete Russlands lange Zeit des Rohstoffglücks. Europa war der Abnehmer für Russlands größte Gasvorkommen, die im Westen Sibiriens liegen; es importierte bis zu Putins Embargo etwa 15 Mal so viel wie China. Doch seit Sommer 2022 liegen die Pipelines nach Westen brach. Mit den Anschlägen auf die Nord-Stream-Rohrleitungen und Putins Missbrauch der Erdgasmacht zerplatzten die Aussichten, in einer postfossilen Zukunft Wasserstoff nach Europa zu liefern.

Die Einnahmen aus dem Rohstoffexport schrumpfen seit dem Sommer 2022. Das überschüssige Gas verbrannte in riesigen Fackeln über Nordrussland, jetzt werden die Quellen geschlossen. Für seinen hybriden Krieg gegen die EU opfert Putin Gazprom, das fossile Flaggschiff der Nation.

Denn die russische Gasindustrie hat im Ausland keine wirkliche Alternative zu ihren europäischen Kunden. Um die Infrastruktur für größere Lieferungen nach China auszubauen, fehlt das Geld. Im schnell wachsenden Markt für Flüssiggas expandieren andere, auch weil westliche Sanktionen den Ausbau von russischen Anlagen für den LNG-Export verzögern.

Ehemalige Großkunden haben sich längst umorientiert. Deutschland, von einem milden Winter gerettet, bezieht sein Gas vor allem aus Norwegen, den Niederlanden und Amerika. Der Gaspreis in Europa ist im März auf das Niveau vor dem russischen Angriff auf die Ukraine gesunken. Das große Geschäft der Zukunft werden andere Rohstoffregionen machen, die Golfstaaten, die USA, Kanada, Australien und Afrika. Im Gegensatz zu Russland können sie frei auf dem Weltmarkt anbieten und liefern. Sollte Russland in Jahren technologisch aufholen, dürfte Gas längst nicht mehr so gefragt sein wie heute.

Russland als fossile Resterampe

Putin sagte im Mai 2022, dass er einen Präventivkrieg führe, weil die NATO Russland habe angreifen wollen. Das war natürlich gelogen, weil die NATO nichts dergleichen plante. Die Invasion der Ukraine wirkt eher wie ein aberwitziger Präventionsschlag gegen Russlands unausweichliche Entmachtung in der Zukunft. Dies ist der wohl letzte Krieg, den Moskau unter voller Ausschöpfung seiner Öl- und Gasreserven führen kann. Das Öl verkauft Putin heute zu Dumpingpreisen an China und Indien. Für Investitionen in andere Einkommensquellen fehlen ihm Geld und Technologie. Die Energiemärkte – ob Flüssiggas oder Wasserstoff – teilen sich unterdessen andere auf. Russland wird sich in einer Rolle als fossiler Resterampe zu Billigpreisen einrichten.

Wladimir Putin, einst der kluge Taktiker, der raffiniert den Westen spaltete, ist zum besessenen Feldherrn geworden. Er werde alles – Russlands Ressourcen, seine Industrie, sein menschliches Potenzial – ganz für diesen Krieg einsetzen, verkündete er Anfang dieses Jahres. Den Petro-Wohlstand der vergangenen zwei Jahrzehnte dürfte er dabei verbrennen. Die besten Köpfe und beweglichsten Menschen verlassen das Land oder haben es bereits getan. Die schwere demografische Krise wird die russische Bevölkerung weiter schrumpfen lassen. Putins unbändige Zerstörungswut trifft die Ukraine, trifft Europa und große Teile der Welt. Aber sie trifft immer mehr auch sein eigenes Land.

Damit verschwindet Russland nicht von der Landkarte, wie Putin selbst apokalyptisch für den Fall einer Niederlage in der Ukraine raunt. Derzeit deutet wenig darauf hin, dass das riesige Land zerfallen könnte. Es wird auch nicht isoliert sein, kein Nordkorea im Megamaßstab werden.

Russlands Narrativ über diesen Krieg findet im Globalen Süden dankbare Abnehmer, die Antikolonialismus als ein zurückblickendes Wiedergutmachungsprojekt und nicht als aktuelle Herausforderung betrachten, wenn ein Land ein anderes Land auslöschen will. Viele Länder ziehen es vor, abseits zu stehen und zu schauen, wer aus dem Ringen als Sieger hervorgeht. Vielleicht erlahmt ja auch die westliche Unterstützung für die Ukraine. Vieles ist möglich.

Aber es ist absehbar, dass sich Putins Projekt der Revanche seinem Finale nähert. Dauer und Dramen dieses letzten Aktes sind schwer vorhersagbar. Nur so viel ist sicher: Der Niedergang des ganz auf seiner Person ruhenden Regimes hat längst begonnen. Seine letzte Hoffnung bleiben die Fehler des Westens. **IP**

Annäherung mit Fragezeichen

Zwischen Saudi-Arabien und dem Iran stehen die Zeichen auf Entspannung. Doch das iranische Nuklearprogramm könnte diese schnell wieder zunichte machen.

Von Guido Steinberg

Am 10. März 2023 verkündeten die Nationalen Sicherheitsberater Irans und Saudi-Arabiens der Weltöffentlichkeit, dass die Länder ihre 2016 abgebrochenen Beziehungen wieder aufnahmen. Das war eine politische Sensation, denn der Konflikt dieser beiden Mächte prägt den Nahen Osten seit über 40 Jahren und drohte noch 2019 in eine militärische Eskalation zu münden. Nun könnte sich wie schon in den 1990er Jahren eine Entspannungsphase anschließen, denn beide Seiten zeigen großes Interesse an ruhigeren Verhältnissen. Die Grundlinien des iranisch-saudischen Konflikts haben sich jedoch nicht verändert, sodass auf Entspannung wieder Eskalation folgen dürfte.

Entspannung in den 1990er Jahren

Seit 1979 prägt der Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien die Politik des Nahen Ostens wie kein anderer. Es geht um nichts weniger als die Vorherrschaft am Persischen Golf, der vor allem aufgrund der dortigen Öl- und Gasvorkommen zu den weltpolitisch besonders wichtigen

Regionen zählt. Es geht aber auch um die Macht im Nahen Osten insgesamt, wo Iraner und Saudis im vergangenen Jahrzehnt im Irak, in Syrien, im Libanon, im Jemen und in Bahrain miteinander konkurrierten. Dass beide Staaten darüber hinaus ideelle Führungspositionen in der islamischen Welt beanspruchen und für Schiiten und für Sunniten zu sprechen meinen, hat die Auseinandersetzung immer wieder verschärft. Trotzdem hat es in den mehr als 40 Jahren des Konflikts immer wieder Phasen der Entspannung gegeben, von denen eine zwischen 1990 und 2002/03 sogar mehr als ein Jahrzehnt dauerte. Ein Blick auf diese Phase erleichtert das Verständnis der aktuellen Entwicklungen.

Die Ursache für die Beruhigung war damals, dass der Iran nach dem Ende des Krieges gegen den Irak 1988 wirtschaftlich am Boden lag. In der Teheraner Politik setzten sich nach dem Tod des Revolutionsführers Ayatollah Khomeini zunächst pragmatische Realpolitiker um den Präsidenten Ali Akbar Hashemi Rafsandschani (er amtierte zwischen 1989 und 1997) durch. Ihr wichtigstes Ziel war



Dr. Guido Steinberg ist Islamwissenschaftler bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin.

der Wiederaufbau des Iran, denn die auf den Krieg folgende schwere Wirtschaftskrise bedrohte die Stabilität des Regimes. Rafsandschani verzichtete auf die Politik des Revolutionsexports und versuchte, die Beziehungen zu arabischen Ländern wie vor allem zu Saudi-Arabien zu verbessern. Es ging der damaligen iranischen Führung außerdem darum, die eigene Isolation aufzubrechen. Die USA setzten in den 1990er Jahren trotz der Mäßigung Teherans auf eine Strategie der Eindämmung, indem sie den Iran diplomatisch isolierten, mit Sanktionen schwächten und Staaten wie Saudi-Arabien durch gezielte Aufrüstung und die Präsenz eigener Truppen stärkten und schützten.

Die iranische Führung setzte dagegen auf eine Doppelstrategie, indem sie die US-Politik in der Region scharf kritisierte, gleichzeitig aber die Nähe saudiarabischer Politiker suchte und sich bemühte, diese von den eigenen guten Absichten zu überzeugen. Saudi-Arabien reagierte positiv auf die Avancen aus Teheran, denn die 1980er Jahre waren auch für das Königreich eine Krisenzeit gewesen. Zwischen den beiden Kontrahenten hatte ein regelrechter Kalter Krieg geherrscht, in dem Khomeini wiederholt zum Export der Revolution in die Golfstaaten aufrief und die Saudis Saddam Hussein in seinem Krieg gegen den Nachbarn unterstützten. Während des „Tankerkriegs“ von 1987/88 drohten die Kämpfe sogar, die saudischen Ölexporte zu beeinträchtigen. Entsprechend erleichtert war man in Riad, als

Die Tauwetter-Periode endete, als 2011 Nachrichten über Teherans Nuklearprogramm publik wurden

Rafsandschani nach dem Tod Khomeinis Entspannungssignale sandte.

Die saudiarabische Führung um den Kronprinzen Abdallah – der ab 1995 die Regierungsgeschäfte für seinen schwer erkrankten Bruder König Fahd führte – hoffte außerdem, moderate Kräfte in der Teheraner Politik durch einen Entspannungskurs stärken zu können. Dies wurde besonders deutlich, als der Reformler Mohammed Khatami 1997 die Präsidentschaftswahlen gewann und im Februar 1998 als erster iranischer Präsident seit der Revolution Saudi-Arabien besuchte. Trotzdem blieb das Misstrauen in Riad groß, da rasch deutlich wurde, dass der Oberste Führer Ali Khamenei der neue starke Mann in Teheran war und – nachdem er lange zum Rafsandschani-Lager gehört hatte – für eine klar aggressivere Politik stand als Rafsandschani und Khatami. Als zu Beginn der 2000er Jahre Nachrichten über ein geheimes militärisches Nuklearprogramm publik wurden, endete das Tauwetter, und die Beziehungen verschlechterten sich zusehends, bis nach 2011 beide Staaten auf zumindest indirekte Konfrontation setzten.

Verlierer im Kalten Krieg

Die gegenwärtige Détente setzte im Herbst 2019 ein. Die Beziehungen zwischen Teheran und Riad hatten sich seit 2015 dramatisch verschlechtert, weil der Iran die Bürgerkriege im Irak, Syrien und Jemen nutzte, um seine militärische Präsenz und seinen Einfluss massiv auszubauen. Im Jemen intervenierte Saudi-Arabien im März 2015, um eine Übernahme des Landes durch die von den iranischen Revolutionsgarden unterstützten Huthi-Rebellen zu verhindern. Am 14. September 2019 jedoch griffen iranische Drohnen und Marschflugkörper die Ölanlagen von Khurais und Abqaiq im Osten Saudi-Arabiens an; für

zwei Wochen verringerte sich die Ölproduktion Saudi-Arabiens um rund die Hälfte. Teheran demonstrierte so, dass es die Herzkammer der weltweiten Ölversorgung mit einem Schlag lahmlegen konnte. Als die US-Regierung von Präsident Donald Trump anschließend auf eine militärische Reaktion verzichtete, gab Riad klein bei und suchte das Gespräch mit Teheran, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Es begannen iranisch-saudische Gespräche im Irak, die lange ergebnislos blieben, im März dann aber zu einer Übereinkunft geführt haben.

Der Durchbruch wurde möglich, weil der saudische De-facto-Herrscher Mohammed bin Salman seit 2022 auf eine neue Außenpolitik setzt. Der Kronprinz hat schon vor Jahren wirtschafts- und sozialpolitische Reformen gestartet, die aus dem ehemals verschlafenen, schlecht geführten und höchst korrupten Königreich eine

globale Wirtschaftsmacht machen sollen. Vor diesem Hintergrund sind nicht nur die hohen Kosten des Krieges im Jemen ein Problem, aus dem Riad keinen gesichtswahrenden Ausweg findet. Er schadet auch der Reputation Saudi-Arabiens und hält ausländische Investoren fern.

Neu ist aber vor allem, dass Saudi-Arabien zwar weiter auf die enge militärische und sicherheitspolitische Bindung zu den USA setzt, gleichzeitig aber seine Beziehungen zu Russland und China ausbaut und damit klar macht, dass es nicht auf der Seite der USA in einen neuen Kalten Krieg der Großmächte hineingezogen werden will. Wie groß die Distanz der Saudis mittlerweile ist, verdeutlichte Riad im Oktober 2022, als es dem amerikanischen Ersuchen nicht nachkam, die Erdölfördermenge zu erhöhen, um die sanktionsbedingten Ausfälle aus Russland auszugleichen und so die Preise stabil zu halten. Es passt nun gut

Durchbruch unter chinesischer Vermittlung: Chinas Top-Diplomat Wang Yi mit dem saudischen Nationalen Sicherheitsberater Musaad bin Mohammed al-Aiban und dessen iranischen Amtskollegen Ali Shamkhani.

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

in diese neue Politik, dass Saudi-Arabien mit dem Entspannungsschritt demonstriert, dass es sich nicht an einer Eindämmung des Iran beteiligen will.

Wirtschaftlich am Boden

Notwendige Voraussetzung für das Abkommen war auch eine Veränderung in Teheran. Die dortige Führung beobachtete mit Genugtuung, dass sich Saudi-Arabien schon kurz nach den Angriffen auf Khurais und Abqaiq nach Jahren der Spannungen gesprächs- und kompromissbereit zeigte. Die Kontakte blieben lange ergebnislos, vermutlich, weil der Iran sich in einer Position der Stärke wähnte und keinen Grund für Zugeständnisse sah. Dies zeigte sich auch im Jemen-Konflikt, in dem seit 2019 verhandelt wurde, die Huthis aber kaum Entgegenkommen zeigten. Stattdessen beschossen die Rebellen Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) mit iranischen Raketen, Drohnen und Marschflugkörpern und demonstrierten den reichen Nachbarn so, dass diese den Krieg verloren hatten.

Doch zeigte sich im Laufe des Jahres 2022, dass auch die iranische Position schwach war. Im Innern erschütterten ab September landesweite Proteste die Islamische Republik, die verdeutlichten, dass weite Teile der Bevölkerung das Regime und seine Politik ablehnen. Sie wurden teils befeuert von der immer katastrophaleren wirtschaftlichen Situation, die sich vor allem in einer weiter ansteigenden Inflation niederschlägt. Da im Laufe des Jahres auch die Verhandlungen über ein Atomabkommen mit den USA kurz vor dem endgültigen Scheitern standen und ausgesetzt wurden, gab es auch keine Hoffnung mehr auf eine Aufhebung der Sanktionen. Wie schon Anfang der 1990er Jahre trieb also eine Wirtschaftskrise Teheran an den Verhandlungstisch.

Wie schon in den 1990er Jahren drängte eine Wirtschaftskrise Teheran an den Verhandlungstisch

Durch die Annäherung an Saudi-Arabien kann Teheran aber auch außenpolitisch punkten. Mit dem faktischen Ende des Atomabkommens wächst die Wahrscheinlichkeit eines israelischen Angriffs auf die iranischen Atomanlagen. Die erneute Wahl des Hardliners Benjamin Netanyahu zum israelischen Ministerpräsidenten im November 2022 ließ die Sorge in Teheran wachsen. Hinzu kommt, dass Israel und Saudi-Arabien sich angesichts der iranischen Bedrohung seit Jahren annähern und die VAE und Bahrain sogar Frieden mit dem jüdischen Staat geschlossen haben. Wie schon in den 1990er Jahren versucht der Iran, durch die Annäherung an Saudi-Arabien einen Keil zwischen seine Gegner zu treiben. Dass China als Vermittler und informelle Garantiemacht des Abkommens auch dabei ist, ist aus Sicht Teherans ein weiterer Schritt aus der Isolation heraus.

Der Konflikt geht weiter

Solange die Interessen des Iran und Saudi-Arabiens weitgehend auf Entspannung ausgerichtet sind, dürfte das Abkommen halten. Das kann trotz des großen gegenseitigen Misstrauens auch über einen längeren Zeitraum geschehen, wie die Entspannungsphase der 1990er gezeigt hat. Dabei ist aber nicht zu übersehen, dass – ähnlich wie damals – die Ursachen des Konflikts fortbestehen. Der Iran hat seine Hegemonialpolitik nicht aufgegeben: Die iranische Expansion im Nahen Osten mag ihren Zenit erreicht haben, doch sind die

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Sollte Teheran zur Nuklearmacht werden, was binnen zwei Jahren geschehen könnte, wäre die iranisch-saudische Annäherung schon wieder Geschichte: Irans Uran-Anreicherungsanlage in Natanz.

Al-Quds-Brigaden der Revolutionsgarden und mit ihnen verbündete Gruppierungen im Irak, Syrien, Libanon und Jemen weiterhin stark präsent. Teheran betreibt auch weiter sein Raketenprogramm, zu dem die Drohnen und Marschflugkörper gehören, mit denen Saudi-Arabien 2019 zum Einlenken gezwungen wurde. Außerdem steht Teheran an der Schwelle zur Nuklearmacht und es wird – so Khamenei eine entsprechende Entscheidung fällt – höchstens zwei Jahre dauern, bis das iranische Militär über einsatzfähige Atomsprengköpfe verfügt.

Trotz aller Kompromissbereitschaft sucht Saudi-Arabien nach Wegen, ein weiteres Erstarren des Iran zu verhindern und seinen eigenen militärischen Rückstand aufzuholen. Mohammed bin Salman sieht sich als Führer einer starken Regionalmacht und rüstet militärisch weiter auf. Um sich dem Iran längerfristig entgegenstellen zu können, hat Saudi-Arabien unter seiner Führung die militärische und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit mit Israel ausgebaut. Wie stark das Interesse Riads an einer Allianz mit dem

jüdischen Staat weiterhin ist, zeigte sich zuletzt – und bezeichnenderweise zeitgleich mit dem mit Iran geschlossenen Abkommen –, als sich Riad sogar zu einem Friedensschluss mit Israel bereit erklärte. Zwei Bedingungen formulierte die saudische Führung gegenüber den USA: Diese müssten ihr Sicherheitsversprechen für das Königreich erneuern und ihm bei einem saudischen Nuklearprogramm assistieren. Es ist unwahrscheinlich, dass dieses Programm, wie von Riad beteuert, nur zivilen Zwecken dienen soll.

Die vielleicht schwerste Bewährungsprobe für die iranisch-saudische Entspannung könnte schon bald kommen. Die israelische Regierung hat immer wieder angekündigt, eine anstehende nukleare Bewaffnung des Iran durch Militärschläge gegen die Atomanlagen verhindern zu wollen. Sollte dies geschehen, dürfte Riad vor dem Hintergrund seiner engen Zusammenarbeit mit Israel große Schwierigkeiten haben, den Iran davon zu überzeugen, dass es neutral ist. Dann könnte die Annäherung schon wieder Geschichte sein.

IP

Rohstoffe „made in Germany“ Lieferketten zu diversifizieren, Kreislaufwirtschaft und Recycling hochzufahren, reicht nicht aus: Europa muss selbst wieder mehr Rohstoffe fördern – zur eigenen Sicherheit.

Von Stefan Steinicke

Die Machtposition Europas auf den Leitmärkten der Zukunft hängt ab vom sicheren Zugriff auf kritische Rohstoffe. Dies sind Materialien, die für die grüne und digitale Transformation sowie für Verteidigungs- und Raumfahrtanwendungen als „strategisch“ eingestuft werden.

Deutschland und die Europäische Union sind sehr abhängig von Rohstoffimporten. Setzen sich die geökonomischen Trends der vergangenen Jahre fort, ist davon auszugehen, dass diese Abhängigkeit verstärkt als Waffe gegen Europa eingesetzt wird. Wie aber lassen sich die strategischen Herausforderungen von asymmetrischen Abhängigkeiten, Versorgungsengpässen oder Lieferkettenunterbrechungen bewältigen?

Eine sichere Rohstoffversorgung ist zentral für die deutsche Wirtschaft, wenn sie bei erneuerbaren Energien, E-Mobilität oder Digitalisierung eine entscheidende Rolle spielen will. Auch um die Pariser Klimaziele zu erreichen, bedarf es signifikant mehr Input an kritischen Rohstoffen, die zum Beispiel für den Aufbau

erneuerbarer Energien benötigt werden. Die Herausforderung: Je schneller die Welt auf einem 1,5-Grad-Pfad voranschreitet, desto härter wird das Wettrennen um die kritischen Rohstoffe.

Auch die Verteidigungsindustrie braucht für ihre Hochtechnologieprodukte immer mehr Rohstoffe. In jedem von Lockheed Martin in den USA gebauten F-35-Kampffjet, dem zukünftigen Kernstück von Deutschlands nuklearer Teilhabe im Rahmen der NATO, befinden sich mehr als 400 Kilogramm an Komponenten mit Seltenen Erden. Grundsätzlich gilt, je moderner und technologisch anspruchsvoller ein Waffensystem, desto größer der Bedarf an kritischen Rohstoffen.

Der wachsende Rohstoffbedarf und die hohe Importabhängigkeit werden zu Europas Achillesferse in einer Welt, in der wirtschaftliche Sicherheit immer häufiger gleichgesetzt wird mit nationaler Sicherheit. Denn Kontrolle über „strategische Wirtschaftsgüter“ wird vermehrt als geopolitisches Druckmittel eingesetzt. 2010 hat China nach Streitigkeiten mit Japan um Inseln im Ostchinesischen Meer den



Dr. Stefan Steinicke ist Referent der Abteilung „Internationale Zusammenarbeit, Sicherheit, Rohstoffe und Raumfahrt“ beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI).

Export von Seltenen Erden nach Japan eingestellt. Zuletzt im Zuge des Angriffskriegs gegen die Ukraine hat Russland seine Energieexporte als geopolitisches Druckmittel benutzt. Daher setzen die großen Volkswirtschaften nun darauf, kritische Infrastrukturen, neue Technologien oder kritische Rohstoffe vor dem Einfluss systemischer Wettbewerber zu schützen beziehungsweise asymmetrische Abhängigkeiten zu reduzieren.

Olaf Scholz und Robert Habeck sind nach Kanada, Australien und Chile gereist, um die Rohstoffsicherheit zu verbessern

Rasant steigende Nachfrage

Laut Internationaler Energieagentur (IEA) verdreifacht sich bis 2040 in der Windenergie die Nachfrage nach Seltenen Erden wie Neodym und Praseodym, die man für Magneten benötigt. Für Photovoltaik schätzt die IEA, dass sich der Bedarf an kritischen Rohstoffen bis 2030 um 150 bis 400 Prozent erhöht. Schätzungen zufolge werden 20 bis 30 Prozent aller im Jahr 2030 verkauften Fahrzeuge E-Autos sein, was den Bestand um das mindestens Elfache erhöhen würde. Dafür muss die Batterieproduktion massiv ausgeweitet werden. Das treibt die Nachfrage nach Lithium, Nickel, Kobalt, Mangan und Graphit in die Höhe. Allein die globale Lithium-Nachfrage steigt nach Schätzungen bis zum Ende der Dekade um durchschnittlich 30 Prozent pro Jahr.

Halbleiter spielen eine unverzichtbare Rolle für die Digitalwirtschaft. Computer, Smartphones, intelligente Stromnetze, Autos, Satelliten, Kampfflugzeuge, KI-

Anwendungen benötigen alle Chips. Allein in der Autobranche verdreifacht sich der Bedarf bis 2030. Der Halbleiterproduktionsprozess stützt sich auf eine Vielzahl an kritischen Rohstoffen, wie Palladium, Kobalt, Gallium, Germanium, Seltene Erden und Silizium.

Um die eigene Position auf den Leitmärkten der Zukunft zu stärken, subventionieren die EU, die USA und China massiv die heimische Industrie. Pekings „Made in China 2025“- und „Dual Circulation“-Strategien sowie der amerikanische CHIPS and Science Act sowie der Inflation Reduction Act stehen stellvertretend für diesen Trend. Die EU hat mit einem eigenen Chips Act, dem Net Zero Industry Act und dem Critical Raw Materials Act nachgezogen. Mit dem 43 Milliarden Euro schweren Chips Act soll der europäische Anteil am globalen Halbleitermarkt von knapp 10 auf 20 Prozent verdoppelt werden.

Das Ziel ist immer das gleiche: Mit heimischer Produktion soll die Nachfrage der eigenen Industrie besser abgedeckt und so Wertschöpfung vor Ort gehalten werden. Jedoch wird bisher vor allem in den Aufbau von sogenannten Gigafactories investiert, in denen die Endprodukte der Zukunftsindustrien produziert werden (Halbleiter, E-Auto-Batterien). Aber gleichzeitig wurde bisher nicht die Versorgung mit kritischen Rohstoffen sichergestellt, die am Anfang jeder Produktion stehen. Dabei ist der Aufbau sicherer Lieferketten von der Mine bis zur Fabrik für Zukunftstechnologien von entscheidender Bedeutung.

Die Angebots-Nachfrage-Lücke

Bereits heute ist absehbar, dass die Nachfrage das Angebot an kritischen Rohstoffen übersteigen wird. 2035 fehlen allein für E-Auto-Batterien aktuellen Prognosen zufolge 74 Lithium-, 62 Kobalt-, 72 Nickel- und 144 Graphit-Minen. Es ist wenig über-

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Auch im Rahmen der G7 bleiben Konkurrenzverhältnisse bestehen: Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem Weg zu Gesprächen mit der chilenischen Regierung, bei denen es auch um deutsche Zugänge zu Rohstoffen ging.

raschend, dass sich Autokonzerne immer häufiger direkt an Minen beteiligen oder Halbleiterproduzenten übernehmen, um die eigene Versorgung mit Rohstoffen und Vorprodukten sicherzustellen.

Hinzu kommt, dass die Europäische Union die kritischen Rohstoffe, die zur Herstellung von Halbleitern, Batterien, Photovoltaik- oder Windkraftanlagen verwendet werden, vor allem von geopolitischen Wettbewerbern importiert, insbesondere aus China und Russland sowie aus Ländern mit komplizierten politisch-wirtschaftlichen oder militärischen Verhältnissen. Die Demokratische Republik Kongo (DRC) produziert 70 Prozent des weltweiten Kobalts, das unter anderem für E-Autos und Halbleiter benötigt wird. Europa importiert den Großteil seines Kobaltbedarfs aus der DRC. 15 der 19 dortigen Kobaltminen sind in chinesischem Besitz.

Eine ähnliche Konzentration gibt es bei der weltweiten Lithiumproduktion: Australien, Chile und China kontrollieren fast 90 Prozent des Abbaus. Palladium, das für Halbleiter und E-Autos benötigt wird, wird vor allem in Russland und Südafrika abgebaut. 40 Prozent des EU-Verbrauchs kommen aktuell aus Russland. China

ist der weltgrößte Produzent von Silizium, das für Solarpanels benötigt wird. Auch Seltene Erden werden größtenteils in China gewonnen. Die EU bezieht über 90 Prozent ihres Bedarfs aus China. Die Quote ist höher, als sie es bei Öl und Gas aus Russland je war.

Diejenigen, die Liefer- und Wertschöpfungsketten auf den Leitmärkten der Zukunft kontrollieren, vereinigen signifikante industrielle Macht im 21. Jahrhundert auf sich. Spätestens seit Paul Kennedys bahnbrechender Studie „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ wissen wir, dass sich die Machtposition eines Staates in der internationalen Ordnung stark von seinem ökonomischen Fundament ableitet. Für die Auto-, Energie- und Digitalindustrie beginnt dieser Machtwettbewerb in den Minen, die jene kritischen Rohstoffe zutage fördern, die am Beginn der Wertschöpfung stehen.

Rohstoffe „made in Germany“

Mehr Versorgungssicherheit gibt es durch Diversifizierung der Importe sowie das Hochfahren von Recycling und Kreislaufwirtschaft, vor allem aber durch mehr heimischen Bergbau.

Diversifizierung ist wichtig und richtig. Deshalb sind Bundeskanzler Olaf Scholz und Bundeswirtschafts- und -klimaschutzminister Robert Habeck nach Kanada, Australien, Namibia und Chile gereist. Ziel all dieser Besuche war die Erschließung neuer oder die Vertiefung bestehender Rohstoffpartnerschaften. Aber zwei Dinge bremsen die Euphorie.

Zum einen ist es nicht so leicht, neue Partner zu finden. Es ist nicht so, dass die Welt nur darauf wartet, mit Deutschland Rohstoffpartnerschaften einzugehen oder mehr Rohstoffe nach Europa zu exportieren. Indonesien, ein Land mit großen Vorkommen (darunter Nickel, Bauxit, Kupfer und Zinn) verhängt immer mehr Exportverbote und hat sich darüber mit der EU Streitigkeiten vor der Welthandelsorganisation geliefert. Auch andere Länder versuchen, die Rohstoffe im eigenen Land weiterzuverarbeiten und so mehr heimische Wertschöpfung zu generieren. Da überrascht es nicht, dass es bei der Lateinamerika-Reise von Bundeskanzler Scholz keine neuen Lithium-Vereinbarungen gab.

Zum anderen darf es auch keine Illusionen hinsichtlich der Rohstoffkooperation mit Alliierten und Wertepartnern geben. Zwar haben die EU und die USA erst kürzlich den Grundstein für eine Rohstoffallianz gelegt. Und auch im G7-Rahmen soll die Rohstoffbeschaffung stärker koordiniert werden. Aber auch zwischen diesen Ländern wird es zu Konkurrenzsituationen kommen, wenn die globale Nachfrage nach kritischen Rohstoffen höher ist als das Angebot.

Wie hart um knappe Güter gerungen wird, hat uns die Covid-19-Pandemie vor Augen geführt. Damals haben die USA den Export kritischer Vorprodukte für die Impfstoffproduktion in Europa zurückgehalten – sowohl unter Präsident Donald

Trump als auch unter Präsident Joe Biden. Deshalb ist es so wichtig, global insgesamt mehr Rohstoffe zu fördern, um die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage zu verkleinern. Dabei können insbesondere Tiefsee- und Weltraumbergbau eine Rolle spielen. Mit dem Tiefseebergbau wird wohl bereits im Sommer dieses Jahres in der exklusiven Wirtschaftszone des Inselstaats Nauru im Pazifik begonnen werden, vorbehaltlich einer Entscheidung der Internationalen Meeresbodenbehörde. Auch der Weltraumbergbau macht Fortschritte. Das Unternehmen AstroForge wird dieses Jahr zwei Satelliten in die erdnahe Umlaufbahn schicken, um den Rohstoffabbau auf einem Asteroiden zu testen. Bis zum nennenswerten Tiefsee- oder Weltraumbergbau werden aber noch einige Jahre vergehen.

Nachhaltiger heimischer Bergbau sollte Rohstoffimporten vorgezogen werden – Europa könnte eine Vorreiterrolle einnehmen

Auch Recycling und Kreislaufwirtschaft werden frühestens ab 2030 zu mehr Versorgungssicherheit beitragen können. Zuerst müssen große Rohstoffmengen in den Stoffkreislauf kommen und die Produkte das Ende ihres Lebenszyklus erreicht haben. Dann können verstärkt Sekundärrohstoffe die Rohstoffsicherheit erhöhen. Das heißt: Zunächst müssen Rohstoffabbau und -weiterverarbeitung hochskaliert werden. Und bei allem Fortschritt beim Recycling darf man nicht vergessen, dass häufig noch die Wirtschaftlichkeit oder das technologische Know-how für die

Wiederverwertung bestimmter kritischer Rohstoffe nicht gegeben ist.

Kurz- bis mittelfristig lässt sich der Rohstoffbedarf daher nur über mehr heimische Förderung und Weiterverarbeitung erhöhen. Heimischer Bergbau ist ein zentrales Instrument für mehr strategische Autonomie auf globaler Ebene. Auch die IEA fordert, dass der Ausbau bestehender und der Bau neuer Minen sofort begonnen werden sollen, um das Ziel „Netto-Null-Emissionen“ bis 2050 zu erreichen – auch in Europa.

Kritische Rohstoffe wie Lithium oder Seltene Erden sind in signifikanten Mengen in Europa vorhanden, unter anderem in Finnland, Frankreich, Schweden, Spanien oder Portugal. Erst im Januar 2023 wurde in Schweden mehr als eine Million Tonnen an Seltenen Erden gefunden – das größte in Europa nachgewiesene Vorkommen. Auch in Deutschland gibt es entsprechende Vorkommen an Seltenen Erden und Lithium.

Drei strategische Erwägungen

Für heimischen Abbau und Weiterverarbeitung gibt es drei strategische Erwägungen: Erstens investiert Europa aktuell massiv in den Aufbau von Halbleiter- und Batteriefabriken. Bisher ist aber der benötigte Rohstoffinput für die Produktion in diesen Großfabriken nicht sichergestellt. Gleiches gilt für den Verteidigungs- und Raumfahrtsektor. Ein Ausbau des heimischen Bergbaus bietet die Möglichkeit, Importabhängigkeiten zu verringern und Versorgungssicherheit zu erhöhen. Beides ist Voraussetzung dafür, dass Deutschland über jene Rohstoffe verfügt, die es für die Industrien der Zukunft braucht.

Zweitens muss anerkannt werden, dass Kontrolle über und Verfügbarkeit von kritischen Rohstoffen heutzutage Voraussetzung ist für das Funktionieren moderner

Gesellschaften und ihrer Ökonomien. Daher lohnt ein Vergleich von Bergbau und Landwirtschaft. Vor dem Hintergrund der russischen Angriffe auf die ukrainische Getreideproduktion stellt niemand den Mehrwert der heimischen Landwirtschaft für die Versorgungssicherheit mit Nahrung infrage. Was für die Landwirtschaft gilt, gilt genauso für den heimischen Bergbau: Heimische Produktion stärkt nationale Resilienz. Hier produzierte Erzeugnisse machen Deutschland unabhängiger von Importen und schützen vor geopolitischer Erpressung durch systemische Wettbewerber.

Drittens hat Europa das Potenzial, eine Vorreiterrolle beim nachhaltigen Bergbau einzunehmen. Heimischer Bergbau sollte Rohstoffimporten vorgezogen werden, wenn er mit besseren Sozialstandards verbunden ist, einen geringeren CO₂-Fußabdruck als Rohstoffimporte hat und die Resilienz der Lieferkette stärkt. Bereits heute gelten in Deutschland und Europa die höchsten Nachhaltigkeits-, Menschenrechts- und Umweltschutzstandards, anders als in vielen aktuellen Hauptförderländern. Mehr noch sind europäische Bergbauunternehmen führend bei CO₂-neutralem Abbau und dem Recycling von Bergbauabfällen. Genauso wie nachhaltig produzierter Kaffee bei Starbucks oder die Kleidung bei Patagonia mit einem Aufschlag bepreist wird, kann das auch bei kritischen Rohstoffen „made in Germany“ gelingen.

Heimischer Bergbau ist die beste Möglichkeit, um kurz- bis mittelfristig die strategische Autonomie bei Rohstoffen zu erhöhen und größeren Einfluss auf die Wertschöpfungsketten der Zukunft auszuüben. Und mit jeder heimisch geförderten Tonne verringert sich das geopolitische Erpressungspotenzial durch systemische Wettbewerber. **IP**

Kollektivismus und Kremlpropaganda

Wenn sich Linke die Wahrheiten eines Faschisten wie Wladimir Putin zu eigen machen, dann verfangen die alten Rechts-Links-Erklärungsmuster nur noch bedingt. Ist der relevante Konflikt am Ende ein anderer: der zwischen denen, die den Einzelnen in den Mittelpunkt allen gesellschaftlichen Strebens stellen, und denen, für die das Wohl einer Gesellschaft stets mehr ist als die Summe des Wohls ihrer Individuen?

Von Thomas Apolte

Sahra Wagenknecht ist sich immer treu geblieben. Zwei Tage vor dem russischen Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 formulierte sie in der Talkshow „Anne Will“, das Bild von Putin als das eines „durchgeknallten Nationalisten, der sich daran berauscht, Grenzen zu verschieben“, sei „herbeiphantasiert“. Obwohl man sich eindeutiger kaum irren kann, blieb Frau Wagenknecht in ihrem unbelehrbaren Belehrungsdrang konsequent, bis hin zur „Aufstand für Frieden“-Demonstration am 25. Februar 2023 in Berlin. Dort strahlte sie zusammen mit Alice Schwarzer von der Bühne, als habe man ihnen gerade den Friedensnobelpreis verliehen. Wenige Tage später wischte Wagenknecht Vergewaltigungen und andere russische Kriegsverbrechen in der Sendung „Hart aber fair“ mit den Worten zur Seite: „Kriege sind immer mit Kriegsverbrechen verbunden.“

Worauf lassen sich diese und ähnliche Verirrungen zurückführen? Mangel an

Intellekt scheidet vermutlich aus, Mangel an Empathie wohl auch. Wenn Frau Wagenknecht die grausamen Folgen des Krieges beklagt, dann darf man ihr abnehmen, dass sie das ehrlich so empfindet. Es muss andere Gründe haben, die dazu führen, dass sie konsequent die Dinge auf den Kopf stellt; dass sie den imperialistischen Aggressor in Russland zum Opfer westlichen Weltmachtstrebens umdefiniert; dass sie nicht bemerkt, wie sie ukrainischen Menschen ausgerechnet in dem Augenblick das Selbstbestimmungsrecht abspricht, in dem ihnen die nackten Lebensgrundlagen weggebombt werden; und dass sie es am Ende nicht einmal mehr bemerkt, wie sie ukrainische Vergewaltigungsopfer verhöhnt.

Alles das könnte eine skurrile Personalie bleiben, wäre Sahra Wagenknecht die Einzige, die den Westen pauschal zum Feindbild erkoren hat, gegenüber dem jeder noch so blutrünstige Diktator zum beklagenswerten Opfer schrumpft, sofern er nur ebenfalls den Westen als seinen Feind ansieht. Aber Frau Wagenknecht ist nicht die Einzige, bei Weitem nicht. Am Abend des 23. Februar 2022 hatte der Journalist und Putin-Kenner Hubert Seipel in der Sendung „Maischberger“ die eskalierende Situation an der Grenze zu den abtrünnigen Gebieten in der Ostukraine auf einen von der NATO ermutigten Bruch der Minsker Abkommen durch ukrainische Truppen zurückgeführt. Den massiven Truppenaufmarsch

Russlands an der ukrainischen Grenze tat er als harmlose Muskelspiele ab. Tags zuvor hatte die langjährige Russland-Korrespondentin Gabriele Krone-Schmalz bei Markus Lanz keinerlei Anzeichen einer russischen Invasion gesehen und beklagt, die NATO bedrohe Russland in seinen legitimen Sicherheitsinteressen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Wer nun glaubt, dass dieser Spuk nach einem Jahr Vernichtungskrieg vorbei sei, der irrt. Hubert Seipels Buch „Putins Macht“ erschien zwei Monate nach Kriegsbeginn und wurde zum Publikumsrenner. Das im November 2022 erschienene Buch „Wie der Westen den Krieg in die Ukraine brachte“ von Benjamin Abelow wird nicht nur von Noam Chomsky bejubelt, sondern kann bei Amazon rund 80 Prozent Fünf-Sterne-Bewertungen verbuchen. In den Kundenrezensionen dieser und ähnlicher Titel finden sich immer wieder dieselben Stichworte: die „Versachlichung“ der Debatte, die „Entdämonisierung Putins“, die Kritik an der „aggressiven“ NATO, die hinter dem Konflikt stehe. Alles das findet man im politischen Spektrum zunächst einmal ganz rechts und ganz links.

Schauen wir nach ganz links, so finden wir, dass die altlinke Zeitschrift *Konkret* gleich nach Beginn des Krieges im März 2022 mit „Go East! Die NATO-Aggression gegen Russland“ titelte. Lassen wir den Blick weiter über die linksradikalen und kommunistischen Parteien Europas schweifen, finden wir immer wieder das gleiche Bild. Auch ganz rechts stoßen wir auf die gleichen Argumente: bei der AfD, bei Viktor Orbán, bei Matteo Salvini, bei Silvio Berlusconi, Marine Le Pen und wie sie alle heißen. Es war gewiss kein Betriebsunfall, dass die AfD zur Teilnahme an der Demonstration in Berlin aufgerufen hatte.

Wer allerdings glaubt, dass sich all das auf die extremen Ränder des politischen

Spektrums beschränkt, der irrt erneut. Mit Blick auf die politischen Repräsentanten in Deutschland mag das noch gerade hinkommen, wenn man großzügig die 122 der insgesamt 736 Sitze im Bundestag als Randphänomen bezeichnet, die von Abgeordneten der Linken und der AfD repräsentiert werden – immerhin rund 17 Prozent. Sieht man sich aber deren gemeinsames Wählerpotenzial an, so dürften wir bei mindestens einem Viertel der Bevölkerung liegen. Das ist kein Randphänomen, und es passt zur Tatsache, dass Bücher wie jene von Seipel oder Abelow Publikumsrenner sind.

Nun darf es niemanden wundern, dass es von rechten Putin-Verehrern nur so wimmelt. Am linken Rand aber müsste das eigentlich ganz anders sein. Viele radikale Linke haben so etwas wie einen antifaschistischen Alleinvertretungsanspruch für sich reklamiert und sehen den neuen Faschismus nahezu überall auferstehen. Nimmt man diesen Alleinvertretungsanspruch ernst, so sollte man erwarten, dass denen, die ihn erheben, zuvorderst klargeworden sein müsste, um wen es sich bei Putin handelt: dass er nicht nur rechtsradikal denkt und im Grunde immer so dachte, sondern auch immer schon so handelte; dass er hemmungslos log und einschüchterte; dass er lange vor dem ersten Ukraine-Überfall sprichwörtlich über Leichenberge ging; und dass er lange vor dem 24. Februar 2022 kaltblütig ganze Städte in Schutt und Asche versinken ließ. Kurz: Als echte Antifaschisten hätten sie die ersten sein müssen, die Putin als das erkennen, was er ist: ein Faschist.

Wie ist es möglich, dass ausgerechnet bei den selbsternannten Antifaschisten die faschistische Propaganda Putins auf fruchtbaren Boden fiel und teilweise noch fällt? Hierzu hatte der Ökonom und Sozialphilosoph Friedrich August von Hayek schon gegen Ende des Zweiten Weltkriegs in einer Streitschrift mit dem Titel „Der Weg zur Knechtschaft“ den entscheidenden Hinweis gegeben. Leider wurde Hayek später als Hohepriester eines – jeweils völlig unterschiedlich definierten – Neoliberalismus von vielen seiner Anhänger ebenso kultisch verehrt, wie er von seinen Gegnern verteuelt wurde. Das war insofern besonders bedauerlich, als sein Buch eine gerade für moderate Sozialisten unbequeme, zugleich aber wichtige Botschaft enthielt. Unglücklicherweise verlor diese Botschaft im Hayek-Strudel ihre argumentative Wirkung zugunsten ideologischer Positionierungen.

Immerhin enthielt das ungefähr zeitgleich erschienene Werk „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ des Philo-

sophen Karl Popper im Prinzip die gleiche Botschaft. Wie schon Hayeks Buch entstand auch dieses vor dem Hintergrund des Nazi- und Stalinterrors. Anders als Hayeks Werk aber war Poppers Buch für ein akademisches Publikum geschrieben. Deshalb polarisierte es einerseits weniger, entfaltete aber andererseits über akademische Kreise hinaus keine so große Wirkung.

Worum ging es? Kurz gesagt verorteten beide Autoren die Wurzeln von Linksradikalismus und Rechtsradikalismus in ein und demselben intellektuellen Nährboden; heute würde man wohl noch den religiösen Fundamentalismus hinzufügen. Folgt man dieser These, so zeichnet das gängige Rechts-Links-Kontinuum ein falsches Bild. Das relevante Gegensatzpaar wäre dies: Auf der einen Seite steht der liberale Individualismus, der das Wohl und Wehe des Einzelnen in den Mittelpunkt allen gesellschaftlichen Strebens stellt. Auf der anderen Seite steht der Kollektivismus, für den das Wohl der Gesellschaft stets mehr ist als die Summe des Wohls der Individuen, aus denen sie besteht.

Der liberale Individualismus nimmt die Menschen in ihrer jeweiligen Individualität an und akzeptiert keine Werte, die sich nicht aus dem Wohl der Individuen ableiten lassen. Eine solche Haltung oberflächlich zu finden, ist gerade in Deutschland eine Art philosophischer Breitensport. Denn sie fußt auf dem unter deutschen Ethikern ungeliebten Utilitarismus, der oft geradezu böswillig missverstanden wurde, was schon vor über 150 Jahren der große John Stuart Mill beklagte und was dem Kollektivismus stets reichlich Nahrung gab.

Denn der Kollektivismus definiert jenseits des schnöden individuellen Nutzens „höhere“ Werte und Gesellschaftsziele, in deren Dienst die Individuen zu stellen seien. Er legitimiert dies mit einem

kollektivistischen Freiheitsbegriff, der sich prominent bei Karl Marx findet, aber eine weit ältere und unrühmliche Tradition aufweist. Danach müssen Individuen, um Freiheit zu erlangen, mit dem für sie relevanten Kollektiv verschmelzen und in dessen übergeordneten Zielen und Werten aufgehen. Folglich gelangen die Menschen genau in dem Maße zur Freiheit, in dem sie ihre Individualität aufgeben und ihre Erfüllung darin finden, ein kleines Rädchen in einem großen kollektiven Getriebe zu sein. Die bekanntesten Spielarten des Kollektivismus sind der Kommunismus, der Nationalismus und der religiöse Fundamentalismus. Sie bilden das eine Ende eines Kontinuums, an dessen anderem Ende der liberale Individualismus steht.

Der liberale Individualismus hat sich als das einzige mit Freiheit, Menschenrechten und Demokratie vereinbare Gesellschaftsmodell erwiesen. Er ist im Zuge der europäischen Aufklärung entstanden und zur Grundlage der rechtsstaatlichen Demokratien westlicher Prägung geworden. Genau hier aber beginnen seine Imageprobleme. Seine westlichen Wurzeln bieten einen Ansatz, um ihn als eurozentrisch, westlich-imperialistisch oder postkolonialistisch zu denunzieren. Zudem wird der liberale Individualismus oft mit einem Zerrbild des persönlichen Individualismus verwechselt; er verkörpere Egoismus und die Weigerung, für „höhere“ Werte einzustehen, womit in der Regel kollektivistische Werte gemeint sind. Beide Imageprobleme werden von Marxisten, postmodernen Theoretikern, rechten und linken Identitätspolitikern, Nationalisten und religiösen Fundamentalisten gleichermaßen instrumentalisiert.

Für dogmatische Linke stieg die Bedeutung dieser Imageprobleme seit jeher mit ihrem Grad an Dogmatismus. Je höher der war, desto eher waren sie bereit, die scheinbare linke Alternative zum liberalen Individualismus in einem allzu günstigen Licht zu betrachten. Viele wurden darüber völlig blind gegenüber dem, was im Namen dieser vermeintlichen Alternative so alles geschah und bis heute geschieht. Die Nähe prominenter Vertreter der Linkspartei zu verschiedenen trotzkistischen oder leninistischen Zirkeln innerhalb oder rund um diese Partei zeugt davon.

Denn in ihrer Blindheit ignorieren sie, dass nicht erst Stalin, sondern bereits Lenin und Trotzki den sowjetischen Sozialismus auf dem heute von Putin erneut kultivierten Dreiklang von Lüge, Einschüchterung und Gewalt aufbauten; dass sie zu diesem Zweck den berüchtigten und von

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Der Kollektivismus als erlösende Alternative zum kapitalistisch-imperialistisch-egoistischen Individualismus westlicher Prägung: Massenkundgebung in Peking in den 1960er Jahren.

Putin verehrten Geheimdienst Tscheka unter der Leitung des blutrünstigen Feliks Dzierżyński gründeten; dass die Herrschaft Stalins ebenso wie die Maos und viele andere linksradikale Herrschaftssysteme mit der Zeit in blanken und aggressiven Rechtsnationalismus umschlugen; dass linke Ideologen wie Horst Mahler plötzlich als rechte Hetzer wiedererstand; und dass seit Lenin linke wie rechte Diktaturen kaum voneinander zu unterscheiden waren, wenn man deren jeweilige Propaganda ausblendete. Auch diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Alles das stand jedem deutlich vor Augen, der nur sehen wollte. Aber zumindest die dogmatischen Linken wollten es nicht sehen. Denn es hinderte sie daran, den liberalen Individualismus als westlich-imperialistisch und zugleich als Brutstätte rücksichtslosen kapitalistischen Egoismus zu verdammen – und sich an den

Kollektivismus als die von alledem erlösende Alternative zu klammern. Im liberalen Individualismus werde das Individuum über die Gemeinschaft gestellt; in einer solidarischen Gesellschaft müsse das umgekehrt sein. Dieses Bild wird von den rechten, linken und religiösen Gegnern des liberalen Individualismus immer wieder gern herangezogen. Dabei ist es ebenso anziehend wie irreführend, weil es ungeklärt lässt, was gut für eine Gemeinschaft sein kann, wenn es nicht gut ist für die Individuen, aus denen jede Gemeinschaft besteht.

Durch eine kollektivistische Brille betrachtet, ist das Bild allerdings konsistent: So erscheint die Gemeinschaft stets als etwas, das mehr ist als die Summe ihrer Teile. In der Folge wird das Bild oft gedankenlos als Rechtfertigung dafür benutzt, das Wohl und Wehe der Individuen auszublenden, um das größere, übergeordnete Bild des Kollektivs zu zeichnen.

Hier treffen sich die Blickwinkel der westlichen Kollektivistinnen in der Gestalt religiöser Fundamentalisten sowie rechter und linker Extremisten mit jenem Wladimir Putins. Denn für sie alle spielen weder die Interessen noch die Handlungen und Interaktionen individueller Menschen für den

Ablauf gesellschaftlicher und historischer Prozesse irgendeine Rolle. Für sie ist stets Übergeordnetes im Spiel, und deshalb gerät ihnen die Geschichte zwangsläufig zu einer Abfolge großflächiger Verschwörungen – und seien diese noch so sehr philosophisch oder theologisch verbrämt.

In diesem Sinne kann nun auch das historische Ergebnis, dass rund um Russland ein Gürtel von Staaten entstanden ist, der sich westlichen Werten zugewandt, westliche Regierungsformen mit Demokratie und Gewaltenteilung angenommen hat und noch dazu der EU und der NATO beigetreten ist, nicht einfach so passiert sein. Dahinter muss ein großer kollektiver Akteur stecken, der alles dafür getan hat, dass das von ihm gewünschte Ergebnis zustande kam: der von Russland heute regierungsoffiziell so bezeichnete „kollektive Westen“.

Natürlich ist das zunächst einmal nur die Deutung Wladimir Putins. Aber die große Zustimmung zu dieser Interpretation seitens westlicher Kollektivistinnen lässt sich gut mit der kollektivistischen Brille erklären, durch die sie alle die Welt sehen: die Rechten, die Linken, die Mullahs im Iran und selbst der Papst, der gleich zu Beginn des Februar-Überfalls auf die Ukraine der NATO eine Mitschuld zuwies.

Würden sie alle die kollektivistische Brille ablegen, so erschlosse sich ihnen ein weit differenzierteres Bild. Demnach reflektierte die Ausbreitung westlicher Regierungsformen ebenso wie der Wunsch, alles das durch die Schutzschirme von Europäischer Union und NATO abgesichert zu sehen, einen aus den Tiefen der Gesellschaft getriebenen Emanzipationsprozess, der nach dem Fall der Sowjetunion vom Freiheitsdrang vieler Millionen Menschen getragen wurde und zunächst völlig ergebnisoffen war.

Daher ist die heutige Ausdehnung demokratischer und rechtsstaatlicher Regierungsformen ebenso wie die EU- und NATO-Mitgliedschaft der Ausdruck freier Willensentscheidungen innerhalb der jeweiligen Region, die es angeht. Genau in dem Maße, in dem die NATO-Osterweiterung den Einwohnern der neuen Mitgliedstaaten garantierte, sich ungehindert im Rahmen des liberalen Individualismus persönlich entfalten zu können, wollten sie die Mitgliedschaft in der NATO; und deshalb kann keine Rede davon sein, dass die daraus folgende Entwicklung von irgendwelchen Mächten im Hintergrund orchestriert wurde. Es wäre auch gar nicht notwendig gewesen.

Aber durch eine kollektivistische Brille betrachtet sieht man gemeinsam mit Putin nur dies: Gesteuert vom „kollektiven Westen“ rücken EU und NATO gezielt vor, um den Ländern im russischen Umfeld die westliche Kultur, ihren Kapitalismus und den eigennützigen Individualismus überzustülpen und es Putin damit unmöglich zu machen, deren historische Identität zu bewahren. Individuelle Freiheit kommt in dieser Erklärung gar nicht vor. Dazu passt, dass Freiheit für Putin keine relevante Kategorie ist; und dazu passt, dass westlichen Kollektivistinnen der liberale Individualismus aufgrund ihres kollektivistischen Freiheitsbegriffs ohnehin ein Dorn im Auge ist.

In der Folge zeigten sich viele verständnisvoll oder sogar angetan, als Putin in seiner berüchtigten Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007 behauptete, es drohe eine vom Westen dominierte monopolare Weltordnung, worunter er nichts Anderes verstand als den um sich greifenden liberalen Individualismus und dessen institutionelle Schwester, die Demokratie. Es widersprachen auch nur wenige, als er fortan immer aggressiver darauf bestand, dass die Geschichte Russland das historische Vorrecht dazu eingeräumt habe, die gesellschaftlichen und kulturellen Geschehnisse seiner Nachbarländer nach seinen Werten zu gestalten, womit er selbstverständlich das Gegenteil von Liberalismus und Demokratie meinte.

Ebenso wenige widersprachen seiner Behauptung, der Westen sei dabei, Russland dieses vermeintliche historische Recht zu entreißen; und geradezu populär war noch bis zum 24. Februar 2022 seine aberwitzige Behauptung, die NATO bedrohe damit legitime russische Sicherheitsinteressen.

Man wurde nicht einmal hellhörig, als Putin seinen Hass gegen den „kollektiven Westen“ mit derart reaktionären Inhalten aufzufüllen begann, dass sämtliche Alarmglocken

hätten läuten müssen: Der „kollektive Westen“ zwingt Russland in die Rolle des hilflosen Zuschauers, während er eine von Drogensucht, Homosexualität und Verweichlichung geprägte westliche Seele in die einst stolze russische Brust der Ukrainer mit der Folge pflanze, dass das Volk der „Kleinrussen“ für immer von der Landkarte verschwinde. Dass es der russische Präsident für „nicht übertrieben“ hielt zu behaupten, die „gegenwärtige Politik einer gewaltsamen Assimilation, der Schaffung eines ethnisch sauberen ukrainischen Staates, die sich aggressiv gegen Russland richtet“, sei „in ihren Folgen vergleichbar mit dem Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns“: das fiel am Ende kaum noch jemandem auf.

Der Nährboden für diese Blindheit gegenüber dem neuen Faschismus in Europa ist oft benannt worden. Leider stoßen diese Warnungen noch bis heute bei vielen Beobachtern auf taube Ohren – tragischerweise oft gerade bei denen, die links der Mitte emanzipatorische Ziele verfolgen, dabei aber nicht bemerken, wie sie sich durch die trügerischen Verlockungen des Kollektivismus davon ablenken lassen. Ein Teil auch der moderaten Linken lässt sich bis heute von einer kaum gebrochenen Anziehungskraft des Marxismus leiten, während ein anderer mittlerweile unter dem Einfluss postmoderner Identitätspolitik steht. Beide Denkschulen einen ihre kollektivistische Basis, die ihr jeweils innewohnende Verschwörungslöge und die fundamentale Gegnerschaft zum liberalen Individualismus.

Obwohl gerade Grüne einen Hang zu postmoderner Identitätspolitik haben, sind sie spätestens seit dem 24. Februar 2022 gegenüber dem russischen Faschismus erfreulich hellichtig; bemerkenswert viele waren es lange vorher. Das liegt ver-

mutlich daran, dass die Grünen seit ihrer Gründung eine eher unorthodox-linke Position kultiviert haben, was wiederum der Tatsache geschuldet sein mag, dass zumindest ein Teil ihrer Wurzeln liberal-individualistisch geprägt ist – vielleicht stärker, als manche von ihnen sich eingestehen wollen.

Doch in anderen linken Milieus wurden Stimmen, die vor dem Kollektivismus warnten, häufig ignoriert. Hier verwechselte man die liberal-individualistische Gesellschaftskonzeption mit dem Klischee des gemeinschaftsfeindlichen persönlichen Individualismus, mit Vereinzeln, Vereinsamung und Egoismus. Das alles nährte die irrige Überzeugung, dass der Kollektivismus moralisch überlegen sei, weil er das Gemeinschaftliche über die Vereinzeln stelle, das Gemeinwohl über den Eigennutz und die Solidarität über den Egoismus. So verwechselten viele das totalitäre Potenzial des Kollektivismus mit solidarischen Prinzipien. Tragisch wurde das, als viele in ihrer kollektivistischen Prinzipientreue zum Opfer der Propaganda eines faschistischen Massenmörders wurden und manche sogar zu ihrem Echo. Überall witterten sie das Aufkommen neuer faschistischer Kräfte, manchmal zu Recht, manchmal nicht. Nur da, wo der Faschismus deutlich sichtbar erwuchs, da sahen sie nichts.

Es kann und soll hier nicht darum gehen, sich gegen linke Positionen zu stellen, vor allem nicht, soweit man darunter das Eintreten für emanzipatorische Ziele sowie für Gleichheit und Gerechtigkeit versteht. Das Gegenteil ist der Fall. Umso mehr muss es aber darum gehen, dem Irrtum entgegenzutreten, linke Politik müsse kollektivistisch grundiert sein. Denn der Kollektivismus ist keineswegs die Grundlage einer solidarischen Gesellschaft; er ist keineswegs ein Konzept dagegen, dem Egoismus in uns Menschen auf gesellschaftlicher Ebene Einhalt zu gebieten; und er ist keineswegs ein Konzept gegen Nihilismus und Prinzipienlosigkeit.

Gerade Linken müsste es ein Anliegen sein, sich von Rechten in der Einsicht zu unterscheiden, dass der Kollektivismus ein gefährliches, aggressives und menschenverachtendes Prinzip ist. Unabhängig von allen abstrakten Überlegungen erweist sich die Richtigkeit dieses Befunds ganz praktisch und in schmerzhafter Weise immer wieder neu.



Prof. Dr. Thomas Apolte

lehrt Ökonomische Politikanalyse an der Universität Münster. Er erforscht politische Regime, Autokratien und Konflikte und war verschiedentlich Gastwissenschaftler in den USA und in Polen.

Großbritannien zwei Jahre nach dem Brexit

„*Make Brexit Work*“: Das bleibt auch sieben Jahre nach dem Referendum über den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs und zwei Jahre nach dessen Vollzug die Daueraufgabe britischer Politik. Die Einigung zwischen London und Brüssel im Streit über Nordirland wird von vielen als Schlusstrich unter die Trennung gesehen. Oder ist es vielmehr der Beginn einer Wiederannäherung? Zeit für eine ehrliche Bilanz.

Von Torsten Riecke

„Der Nordirland-Deal bringt den Brexit erfolgreich zum Abschluss“

Das ist mehr Wunsch als Wirklichkeit. Wenige Tage, bevor der britische Premierminister Rishi Sunak und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Ende Februar in Windsor feierlich den Streit über Nordirland beilegen, kam es in Ditchley Park, rund zwei Autostunden nordwestlich von London, zu einem konspirativen Treffen. An einem Wochenende versammelten sich auf dem 400 Jahre alten Anwesen, das schon Winston Churchill als Versteck vor deutschen Bombern diente, mehr als ein Dutzend prominente Gegner wie Anhänger des EU-Austritts in Großbritannien. Die berieten darüber, wie man den Brexit doch noch zum Erfolg führen oder seine wirtschaft-

lichen und politischen Schäden zumindest begrenzen könnte.

Was zum Teufel, fragten misstrauische Euroskeptiker hinterher, hat ausgerechnet ein Brexit-Vorkämpfer und heutiger Minister wie Michael Gove mit einem europhilen Labour-Politiker und ehemaligen EU-Kommissar wie Peter Mandelson zu besprechen? Das „Geheimtreffen“ in Ditchley sei „ein weiterer Beweis dafür, dass viele in unserem politischen und wirtschaftlichen Establishment die Vereinbarungen, die wir getroffen haben, um 2020 aus der EU auszutreten, rückgängig machen und stattdessen im Schatten der EU bleiben wollen“, brandmarkte der frühere Brexit-Unterhändler David Frost die konspirative Zusammenkunft als Verrat am Referendum.

Der Nordirland-Deal hat das Misstrauen der Brexiteers eher noch verstärkt. Es würde ihm

„sehr schwer fallen“, für das sogenannte „Windsor Framework“ zu stimmen, sagte der ehemalige Premier Boris Johnson. „Getting Brexit done“ war das Versprechen, mit dem Johnson die Parlamentswahlen 2019 haushoch gewonnen hatte. „Make Brexit Work“ ist die Aufgabe, die er seinem Nach-Nachfolger Rishi Sunak hinterlassen hat. Der sieht sich jetzt durch den Nordirland-Deal am Ziel. „Wir haben die Kontrolle zurückgewonnen“, verkündete der britische Regierungschef in Windsor.

Aber ist die komplizierte Einigung über die Handelsbeziehungen zwischen der nordirischen Provinz, der EU und dem Rest Großbritanniens nun der Schlusstrich unter eine quälende Trennung oder der Beginn eines „neuen Kapitels“ freundschaftlicher Beziehungen zwischen London und Brüssel?

Das Windsor Framework ist letztlich das Ergebnis einer politischen Risikoabwägung. Die politischen Risiken einer Eskalation des Streits mit Brüssel schienen Sunak größer als die Gefahr einer Rebellion von Unionisten in Nordirland und harten Brexit-Anhängern in London. Einen Handelskrieg mit der EU wollte der britische Premier nicht riskieren. Die ersten Anzeichen deuten darauf hin, dass seine politische Rechnung aufgeht.

Noch ist aber unklar, welche rechtliche Schwerkraft das Windsor Framework im Vergleich zum Brexit-Vertrag haben wird. Ob die von Sunak ausgehandelte Notbremse für das Parlament in Belfast, die sogenannte „Stormont Brake“, wirklich ausreicht, um ein Auseinanderdriften der Rechtsräume in Nordirland und dem Rest Großbritanniens zu verhindern, ist zweifelhaft.

Die Hürden dafür, dass London mit einem Veto neue EU-Regeln in Nordirland blockieren kann, sind ziemlich hoch. Für Brüssel handelt es sich hier um eine eher theoretische Kröte, die man bereit war zu schlucken. In London sieht man die Stormont-Bremse dagegen als Hebel, um den Einfluss der EU in der weiterhin zum Binnenmarkt gehörenden nordirischen Provinz zurückzudrängen.

Die Notbremse des Regionalparlaments in Stormont könnte sich in Kombination mit dem expliziten Wunsch der harten Brexit-Verfechter in London, von EU-Regeln abzuweichen,

noch als politische Zeitbombe entpuppen. Der Brexit hat Fliehkräfte freigesetzt, die sich auch durch noch so geschickte Reparaturanleitungen wie das Windsor Framework für Nordirland nicht bändigen lassen.

Zumal die britische Regierung nicht müde wird, den Briten eine „Brexit-Dividende“ in Form einer Abschaffung von EU-Regeln zu versprechen. Bis Ende des Jahres will London mehr als 3000 Gesetze und Regeln aus der Zeit der EU-Mitgliedschaft entweder ändern oder, sollte die kurze Zeit dafür nicht ausreichen, automatisch streichen. So will es der „Retained EU Law Bill“, der bereits im Parlament in Westminster eingebracht wurde.

In Brüssel wird seit Langem befürchtet, die Briten könnten nach ihrem EU-Austritt einen Deregulierungswettbewerb nach unten beginnen. Zumal der britische Finanzminister mit den kürzlich verkündeten „Edinburgh-Reformen“ die „Brexit-Freiheiten“ nutzen will, „um ein flexibles und einheimisches Regulierungssystem zu schaffen“. Unter anderem plant er, die Kapitalanforderungen für Versicherungen zu lockern und die strikte Trennung von Investment- und Retailbanking (Privatkundengeschäft) aufzuweichen.

Neue Konflikte zwischen den neuen besten Freunden in London und Brüssel sind also vorgeplant. „Der Brexit kann nicht funktionieren“, schrieb der belgische EU-Parlamentarier Guy Verhofstadt auf Twitter.

„Die Briten haben den EU-Austritt als Fehler erkannt und werden bald reumütig in die Gemeinschaft zurückkehren“

Die Ernüchterung ist groß, den politischen Willen zur Rückkehr gibt es aber (noch) nicht.

Der „Budget Day“ ist in Großbritannien ein politisches Großereignis, an dem der wirtschafts- und finanzpolitische Kurs des Landes abgesteckt wird. Das Unterhaus war Mitte März so voll, dass viele Parlamentarier stehen mussten, um die Haushaltsrede von Finanzminister Jeremy Hunt zu verfolgen. Und der Tory-Politiker hatte sich einiges vorgenommen: Mit einem „Budget for Growth“ will er die chronische Produktivitäts- und Investitionsschwäche Großbritanniens beenden und das Inselreich vom letzten Platz beim Wirtschaftswachstum der sieben großen Wirtschaftsnationen (G7) an die Spitze führen.

Umso verblüffender war es, dass Hunt in seiner einstündigen Rede eine der größten Wachstumsbremsen gar nicht erwähnte: Der EU-Austritt tauchte nur an einer einzigen Stelle auf, und zwar als „Brexit Pubs Garantie“, die es der Regierung erlaube, die Biersteuer zu senken.

Der wirtschaftspolitische Diskurs in Großbritannien krankt seit dem Brexit-Referendum 2016 daran, dass die politische Klasse in London die negativen Folgen des Austritts totschweigt.

„Die Tories wollen nicht darüber reden, Labour will es nicht, die Gewerkschaften und der Industrieverband CBI wollen es nicht, und auch die nationalen Fernsehsender meiden das Thema“, bescheinigte kürzlich der ehemalige britische Finanzminister George Osborne seinem Land eine nahezu neurotische Verdrängung.

Gemessen an Umfragen hinken Regierung und Opposition in London der Stimmung in der Bevölkerung weit hinterher. „Die Menschen merken, dass der Brexit ein großer Irrtum war“, berichtet der 90-jährige Tory-Veteran Michael Heseltine. Tatsächlich halten inzwischen mehr als die Hälfte der Briten

den EU-Austritt für einen Fehler. Das hat eine Meinungsumfrage des Instituts YouGov aus dem Februar ergeben. „Das letzte halbe Dutzend Umfragen zeigt, dass sogar 58 Prozent für einen erneuten EU-Beitritt stimmen würden“, schreibt der Politikwissenschaftler und Meinungsforscher John Curtice von der Universität Strathclyde. In nur noch dreien der insgesamt 632 Wahlkreise im Königreich gibt es demnach eine Mehrheit für den Brexit.

Hunt und seine Kabinettskollegen bestreiten zwar, dass Großbritannien durch den Brexit ärmer geworden sei. Die Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache. Das parteiunabhängige

Office for Budget Responsibility (OBR) geht davon aus, dass sich das langfristige Produktivitätspotenzial durch den EU-Austritt um rund 4 Prozent verringern wird. Der britische Notenbanker Jonathan Haskel sagt voraus, dass durch den Brexit private Investitionen in Höhe von 29 Milliarden Pfund verhindert wurden. Die Investitionslücke seit 2016 entspreche etwa 1,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Noch deutlicher wurde Haskels Kollegin Catherine Mann: „Kein anderes Land hat sich dazu entschlossen, seinen engsten Handelspartnern einseitig Handelsschranken aufzuerlegen“, sagte die Währungshüterin der

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Vollmundige Versprechen, leere Regale: Die Ernüchterung über den Brexit ist groß im Vereinigten Königreich. Einen politischen Willen zur Rückkehr in die EU gibt es aber (noch) nicht.

Bank of England. Die Importe und Exporte der einst stolzen Handelsnation Großbritannien werden nach einer Prognose des OBR jeweils um 15 Prozent geringer ausfallen, als wenn das Land in der Europäischen Union geblieben wäre.

Brexit-Befürworter wie der britische Energieminister Grant Shapps räumen zwar ein, dass der Austritt „kurzfristig“ zu Verwerfungen insbesondere in der Wirtschaft führe. Langfristig werde die Bilanz jedoch positiv ausfallen. Sein Parteifreund Jacob Rees-Mogg vom rechten Parteiflügel hatte einst prophezeit, dass die Briten vielleicht bis zu 50 Jahre warten müssten, um die Brexit-Früchte zu ernten.

Wenn dann auch noch die Obst- und Gemüseregale in ihren Supermärkten leer sind, während es im benachbarten Frankreich Südfrüchte, Salat und Tomaten in Hülle und Fülle gibt, dann fühlen sich viele Inselbewohner hinter Licht geführt. Auch wenn an dem Mangel mehr das schlechte Wetter als der Brexit schuld war. Ihr Inseldasein hat die Briten eben entgegen anderslautender Versprechen der Regierung auch nicht vor dem enormen Anstieg der Energiepreise nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine bewahrt.

Dass weder die regierenden Tories noch die oppositionelle Labour-Partei über die negativen Folgen des Brexits sprechen oder gar den Austritt infrage stellen wollen, hat vor allem politische Gründe. Im kommenden Jahr

finden voraussichtlich Parlamentswahlen in Großbritannien statt. Wollen die Konservativen an der Macht bleiben, müssen sie viele der alten Labour-Hochburgen in den nördlichen Industrie-Regionen verteidigen, die Boris Johnson 2019 erobert hatte. Umgekehrt muss Oppositionsführer Keir Starmer genau dort punkten, wenn er den Machtwechsel schaffen will.

In vielen Wahlkreisen entlang der ehemaligen „Red Wall“ zwischen Middlesbrough im Osten und Blackpool im Nordwesten haben die Wähler 2016 für den EU-Austritt gestimmt. Die Angst, dass die Bürger dort ein Schwanken in der Brexit-Frage an der Wahlurne abstrafen würden, hat dazu geführt, dass auch Starmer „den Brexit zum Erfolg“ führen will.

Dabei hat sich die Stimmung vor Ort längst gedreht. „Wir haben es ziemlich schwer, und der Brexit hat die Sache nicht einfacher gemacht“, erzählt John McCabe. Der Chef der Handelskammer im Nordosten Englands ist in Newcastle zu Hause und arbeitet seit Jahren daran, den wirtschaftlichen Abstieg seiner Region durch neue Initiativen in Bereichen wie Greentech, Windenergie oder Life Sciences aufzuhalten.

Obwohl etwa zwei Drittel der lokalen Unternehmen im Nordosten gegen den Brexit waren und sind, stimmten allein in Middlesbrough mehr als 60 Prozent der Bürger für den Austritt. Viele bereuen das heute, denn

„für die örtlichen Firmen wird der Außenhandel durch den Austritt teurer und bürokratischer“, betonte McCabe.

„Die Idee eines Global Britain ist gescheitert“

Stimmt, aber die Idee war nie ausgereift. „Europa ist eine gute Idee, aber nicht für uns“, lautete schon das Credo der berühmten Rede, in der Winston Churchill kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs 1946 in Zürich den Europäern leidenschaftlich die Vision der Vereinigten Staaten von Europa nahelegte.

Geografie, Geschichte und Kultur machen Großbritannien seit jeher zu einem Außen-seiter Europas: halb drinnen, halb draußen. So war es denn auch nicht überraschend, dass Ex-Premier Boris Johnson, der sich selbst als politischen Erben Churchills sieht, mit der Idee eines „Global Britain“ die Identitätslücke füllen wollte, die der Brexit nach 47 Jahren EU-Mitgliedschaft hinterlassen hatte.

Global Britain, das ist der ebenso wohlklingende wie schwammige Begriff, mit dem die Brexit-Verfechter Großbritanniens Platz in der Welt definieren. Darin steckt ein melancholischer Hauch vom alten britischen Empire und viel Weltoffenheit sowohl nach innen wie nach außen. Mit seinem globalen Finanzplatz London und Handelsbeziehungen in alle Welt sollte Großbritannien zu einem „Singapur an der Themse“ werden.

Das Bild ist schon deshalb schief, weil die liberalen Briten sich kaum mit einer autokratischen Regierung wie in Singapur anfreunden würden. Die Idee eines Global Britain ist aber vor allem daran gescheitert, dass sie die geopolitischen und geoökonomischen Veränderungen des 21. Jahrhunderts schlicht ignoriert – und weil der Brexit und Weltoffenheit nicht zusammenpassen wollen.

Ein wichtiges Motiv für den EU-Austritt war der Wunsch vieler Briten, die hohe Zahl der Einwanderer zu reduzieren, indem London wieder die alleinige Kontrolle über die Landesgrenzen übernimmt. Ein Blick in die jüngste Einwanderungsstatistik zeigt jedoch, dass sich diese Hoffnung nicht erfüllt hat. Im Gegenteil: Das Office for Budget Responsibility rechnet langfristig mit einer Netto-Einwanderung von 245 000 Migranten pro Jahr. Der deutliche Rückgang von EU-Einwanderern ist durch Personen aus Nicht-EU-Ländern überkompensiert worden. Das hat nicht nur den Fachkräftemangel zum Beispiel im Gesundheitswesen verstärkt, sondern auch das Brexit-Versprechen „Taking back control“ ad absurdum geführt. Die Einwanderung ist sogar höher als vor dem EU-Austritt.

Die britische Regierung will nun den Zuzug von illegal einreisenden Flüchtlingen, die meist mit kleinen Schlauchbooten über den Ärmelkanal kommen und an der britischen Küste anlanden, durch drakonische Maßnahmen

stoppen. Die meisten von ihnen sollen künftig für bis zu 28 Tage ohne Anhörung in Haft genommen und „so schnell wie vernünftigerweise möglich“ in einen sicheren Drittstaat wie Ruanda abgeschoben werden.

Die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR) bezweifelt, dass das neue Gesetz mit internationalem Recht vereinbar ist, weil es das Asylrecht faktisch aushebelt. Der Erzbischof von York, Stephen Cottrell, brandmarkte die Maßnahmen als „Grausamkeit ohne Zweck“. Nach Meinung des einst von Albert Einstein gegründeten International Rescue Committee schadet London damit „Großbritanniens weltweitem Ruf für Fairness und Mitgefühl“.

Aber auch die Hoffnungen, Großbritannien durch den Brexit zu einer internationalen Drehscheibe für Handels- und Finanzströme zu machen, haben sich nicht erfüllt. Bislang hat die britische Regierung seit dem EU-Austritt nur drei neue Freihandelsabkommen mit Japan, Australien und Neuseeland abgeschlossen. Der Handel mit Japan ist in den ersten zwölf Monaten seit dem Abschluss sogar zurückgegangen. Beim Deal mit „Down Under“ haben die Australier die britischen Unterhändler nach den Worten des ehemaligen Umweltministers George Eustice über den Tisch gezogen.

Die größten Hoffnungen setzt die britische Regierung auf ein neues Freihandelsabkommen mit den USA. US-Präsident Joe

Biden wollte darüber jedoch erst reden, wenn London und Brüssel ihren Streit über Nordirland beigelegt haben. Nachdem diese Hürde genommen wurde, ist der Weg für Gespräche jetzt frei, doch einfach wird die Sache nicht. So gleichen die britischen Standards für Lebensmittel bislang noch mehr den EU-Normen als den Vorstellungen in Washington. Und das gilt nicht nur für die berühmten „Chlorhühnchen“. Einen Vorgeschmack bieten gerade die ins Stocken geratenen Beitrittsverhandlungen Londons mit dem pazifischen Handelspakt CPTPP, wo es zum Streit mit Kanada über die Einfuhr von Rindfleisch und die Öffnung der Agrarmärkte kam.

Großbritannien bekommt jetzt zu spüren, dass es als Einzelkämpfer wesentlich schwerer ist, sich im geoökonomischen Kampf der großen Wirtschaftsblöcke zu behaupten. So hat man in der britischen Hauptstadt inzwischen gemerkt, dass man im industriepolitischen Subventionswettbewerb zwischen den USA, der EU und China auf der Strecke bleibt. Nach einer Antwort auf den amerikanischen Inflation Reduction Act, der Staatshilfen von rund 370 Milliarden Dollar für den grünen Umbau der US-Wirtschaft enthält und dem die EU nun Paroli bieten will, sucht man in London bislang vergebens.

Und auch seine Stellung als globaler Finanzplatz konnte London seit dem Brexit nicht ausbauen. Das Gegenteil ist der Fall: Eine wachsende Zahl von

Unternehmen listet seine Aktien lieber in New York oder Hongkong. Jüngstes Beispiel ist der britische Chipdesigner ARM.

„Europa braucht Großbritannien nicht mehr“

Ganz im Gegenteil. Angesichts der Kollateralschäden durch den Brexit macht sich bei vielen Kontinentaleuropäern klammheimliche Schadenfreude breit. Das ignoriert jedoch die Tatsache, dass die EU-Mitglieder großes Interesse daran haben müssen, die Bande zu Großbritannien so eng wie möglich zu halten. Nirgends zeigt sich das deutlicher als in der Außen- und Sicherheitspolitik, die mit der Bedrohung durch Russland und China vor neuen Herausforderungen steht.

Das Vereinigte Königreich verfügt als eines von fünf Ständigen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat nicht nur über erheblichen politischen Einfluss, sondern ist als Nuklearmacht auch für die militärische Sicherheit Europas unverzichtbar. Zudem gehört Großbritannien zum angelsächsischen Geheimdienst-Club „Five Eyes“ und verfügt damit über Informationen, die für die innere und äußere Sicherheit Europas lebenswichtig sind.

Mit dem Militärbündnis AUKUS, zu dem neben Großbritannien auch die USA und Australien gehören, schaffen die Briten in der geopolitisch wichtigen Pazifikregion Fakten, während die Europäische Union immer

noch an einer eigenen Strategie für den Indopazifik bastelt.

Und dass London in militärischen Fragen auch nach dem Brexit immer noch Ton und Tempo in Europa angibt, zeigt sich seit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine. Der britische Geheimdienst warnte frühzeitig vor dem Einmarsch, Großbritannien gehörte zu den ersten Waffenlieferanten an die Ukraine und ist bis heute einer der wichtigsten Unterstützer Kiews.

Als Bundeskanzler Olaf Scholz lange zögerte, den Ukrainern Kampfpanzer vom Typ Leopard zu liefern, setzte London Berlin mit seiner Lieferzusage für den „Challenger II“ unter Handlungsdruck und räumte damit die Panzersperre aus dem Weg.

Gerade hat die britische Regierung angekündigt, dass sie in den kommenden zwei Jahren umgerechnet rund 5,6 Milliarden Euro mehr für die militärische Sicherheit ausgeben will. Bis 2025 soll damit der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf 2,25 Prozent steigen. Langfristig peilen die Briten die Marke von 2,5 Prozent an.

Damit tut Großbritannien deutlich mehr für die eigene Sicherheit, als es das NATO-Ziel von 2 Prozent verlangt. Deutschland wird trotz des 100-Milliarden-Versprechens von Bundes-

kanzler Olaf Scholz im laufenden Jahr vermutlich nicht über einen Verteidigungsbeitrag von 1,6 Prozent hinauskommen.

Ähnlich wie in Deutschland gibt es auch in Großbritannien eine lebhaftige Debatte über die Kampfbereitschaft der eigenen Streitkräfte – insbesondere seit ein US-General den Zustand des britischen Militärs kritisiert hat. In schlechter Erinnerung ist zudem noch die peinliche Panne des sechs Milliarden Pfund teuren Flugzeugträgers „Prince of Wales“, der kurz nach dem Auslaufen im vergangenen August wegen eines Propellerschadens wieder in den Hafen von Portsmouth zurückgeschleppt werden musste.

Zumindest schaffen es die Briten seit Jahrzehnten, eine Nationale Sicherheitsstrategie zu formulieren, die von einem Nationalen Sicherheitsrat überwacht wird. Die Bundesregierung hat zwar jetzt eine Strategie zu Papier gebracht, auf ein nationales Sicherheitsgremium konnten sich Kanzleramt und Auswärtiges Amt jedoch nicht einigen. Wenn es darum geht, die eigenen Sicherheitsinteressen strategisch zu formulieren und dabei wirtschaftliche und außenpolitische Ziele zusammenzudenken, können die Deutschen von den Briten noch einiges lernen.



Torsten Riecke

ist London-Korrespondent des *Handelsblatts*. Aus der britischen Hauptstadt berichtet er bereits zum zweiten Mal, zu seinen anderen Stationen zählen Frankfurt, New York, Zürich und Berlin.

Ernte und Erderwärmung

Dürren, Fluten, Schädlingsplagen: Der Klimawandel wirkt wie eine Bremse für die globale Nahrungsmittelproduktion. Um hier effektiv gegenzusteuern, ist mehr gefragt als Anpassung.

Von Christoph von Eichhorn

Lange Zeit blieb die bevorstehende Plage unbemerkt. 2018 trafen zwei tropische Zyklone hintereinander die Arabische Halbinsel, gewaltige Regengemengen ergossen sich in der Wüste. Im feuchten Sand und der mit einem Mal erblühenden Vegetation fanden Wüstenheuschrecken perfekte Bedingungen vor. Innerhalb von drei Generationen wuchs die Zahl der Insekten um das 8000-Fache.

Solitär lebende Wüstenheuschrecken sind für sich genommen harmlos, doch in großen Gruppen ändern die Tiere ihr Verhalten. Die Schwärme, die teils Millionen Heuschrecken zählen, begeben sich auf Wanderschaft und fressen innerhalb von Stunden riesige Felder leer. So geschah es dann auch. Ende 2019 fielen die Wanderheuschrecken im Jemen und in Ostafrika ein. Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO verheerten die Schwärme 200 000 Hektar Agrarflächen, zwei Millionen Menschen litten von einem Tag auf den anderen Hunger.

Der wohl schlimmste Heuschreckenbefall der vergangenen 70 Jahre zeigt, wie komplex das Verhältnis zwischen Klima,

Landwirtschaft und Ernährung sein kann – und wie die globale Erwärmung es durcheinanderbringt. Denn die tropischen Zyklone, welche die fatale Kette der Ereignisse in Gang setzten, wurden vermutlich von einem sich erwärmenden Indischen Ozean begünstigt. „Der Ausbruch der Wüstenheuschrecken und die Rolle der Erwärmung des Indischen Ozeans zeigen, dass die Folgen des Klimawandels zu mehr unvorhersehbaren Ereignissen führen können“, heißt es im aktuellen Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC.

Dennoch war der Klimawandel nicht der einzige Faktor dafür, dass am Ende viele Menschen hungerten. Verschärft wurde die Katastrophe auch von bewaffneten Konflikten in Ländern wie Somalia, völlig unzureichenden Frühwarnsystemen und einer dadurch verzögerten Reaktion auf den Ansturm der Insekten.

Unübersehbarer Einfluss

Wegen solcher Wechselwirkungen ist es oft nicht einfach, zweifelsfrei nachzuweisen, dass der Klimawandel eine oder gar die Hauptursache für Hunger ist. Dennoch



Christoph von Eichhorn

ist Redakteur im Ressort Wissen der *Süddeutschen Zeitung* und dort zuständig für die Themen Klimawandel und Energie.

ist der Einfluss der Erderwärmung bereits unübersehbar. In der Land- wie der Forstwirtschaft, der Fischerei und in Aquakulturen sei der Klimawandel ein Stressfaktor, hält der IPCC in seinem Bericht zu den Folgen der Erderwärmung fest, „was es zunehmend erschwert, menschliche Bedürfnisse zu decken“.

In Zahlen ausgedrückt: Aktuelle Studien zufolge hat die Erderwärmung die globalen Maisernten zwischen 1961 und 2017 um 5,9 Prozent geschmälert, die Weizenernten um 4,9 Prozent und die von Reis um 4,2 Prozent. In Westafrika haben Hitze und Regenfälle, die von der Erderwärmung verstärkt wurden, 10 bis 20 Prozent der Hirseproduktion gekostet.

Insgesamt wirkt der Klimawandel damit bereits wie eine Art Bremse für die globale Nahrungsmittelproduktion – und erhöht die Risiken für Extremereignisse. Belegt ist etwa, dass die anthropogene Erderwärmung schon im Jahr 2007 die Dürre im südlichen Afrika verschlimmerte, was etwa in Lesotho zu Nahrungsmittelknappheit und steigenden Preisen führte. Derzeit leiden der Maghreb und die Türkei unter einer Dürre, ausgelöst von einer ungewöhnlich warmen und trockenen Phase mitten im Winter. In Marokko hinkt das Wachstum von Getreide hinterher, in Tunesien fiel im Winter so wenig Regen wie seit 22 Jahren nicht mehr. Insgesamt könnte die Weizenernte in Nordafrika 2023 um ein Viertel niedriger ausfallen als gewöhnlich, wie das Joint Research Centre der EU-Kommission in einer Analyse warnt.

Die Weizenernte in Nordafrika könnte 2023 um ein Viertel niedriger ausfallen als gewöhnlich

Dabei hat sich die Erde erst um 1,1 Grad Celsius im Vergleich zur vorindustriellen Zeit erwärmt. Damit herrschen auf dem Planeten zwar bereits höhere Temperaturen als vermutlich jemals in den vergangenen 100 000 Jahren. Mittlerweile ist aber sicher, dass sich die Erde im 21. Jahrhundert noch deutlich stärker aufheizen wird. So ist es kaum noch realistisch, die im Pariser Klimavertrag vereinbarte Grenze von 1,5 Grad Erwärmung einzuhalten. Der IPCC hält ein Überschreiten der Grenze „in naher Zukunft“ für wahrscheinlich, das heißt spätestens bis zum Jahr 2040. „Im Jahr 2030 wird es für jedes einzelne Jahr schon eine Wahrscheinlichkeit von 40 bis 60 Prozent haben, dass wir den 1,5 Grad Temperaturanstieg überschreiten“, sagt Gerhard Krinner, leitender Wissenschaftler am Institut des Géosciences de l'Environnement an der Universität Grenoble Alpes.

Auch um die globale Erwärmung auf 2 Grad zu begrenzen, reichen die aktuellen Anstrengungen nicht aus. Selbst wenn alle Staaten ihre selbst gesteckten Klimaziele einhalten, würde sich die Erde laut einer Analyse des Umweltprogramms der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2100 um etwa 2,5 Grad erwärmen. Unter Beibehaltung des aktuellen Kurses, also einer mangelnden Einhaltung selbst der bescheidenen Ziele, steuert die Welt sogar auf eine Erwärmung von rund 3 Grad zu.

Ein Drittel weniger Anbauflächen

Unzweifelhaft bedeutet eine um 2 oder gar um 3 Grad wärmere Welt völlig andere Bedingungen für die Produktion von Nahrungsmitteln, als es heute der Fall ist. „Der Klimawandel wird sich negativ auf die Ernährungssicherheit auswirken“, ist sich der IPCC sicher. Um zu verstehen, wie genau, muss man sich aber zunächst darüber klar werden, dass Ernährungs-

sicherheit keine alleinige Frage der Produktionsmenge ist. Sie hängt auch davon ab, wie diese Nahrungsmittel verteilt sind, wie sie genutzt werden und von wem.

Der letzte Punkt ist ziemlich einfach zu beantworten: Künftig müssen noch mehr Menschen satt werden als heute. Im Jahr 2060 dürften nach Prognosen der UN zwischen 8,8 und 11,6 Milliarden Menschen auf der Erde leben. Mit allgemein steigendem Wohlstand dürfte dann zudem mehr Fleisch auf die Teller kommen als heute. Insgesamt dürfte daher der Bedarf an Nahrungsmitteln bis 2050 um rund 59 bis 98 Prozent höher liegen als noch 2005.

Der Klimawandel ist nicht gerade hilfreich dabei, diese verschärften Anforderungen zu erfüllen. Beispielsweise verschieben sich durch die steigenden Temperaturen die Zonen, in denen Landwirtschaft möglich ist. 10 Prozent der Landfläche, auf der heute Ackerbau und Viehzucht betrieben wird, könnten bis

2050 dafür klimatisch ungeeignet sein, heißt es in einer 2021 im Fachjournal *One Earth* erschienenen Studie. Bei einem ungebremsten Wachstum der Treibhausgas-Emissionen könnten bis 2100 sogar zwischen 31 und 34 Prozent der Flächen verloren gehen. Daneben sorgt der Klimawandel dafür, dass Extremereignisse wie Dürren und Starkregenfälle intensiver werden und häufiger auftreten, was das Risiko von Ernteausfällen erhöht.

Sorge macht auch, dass Pflanzenschädlinge von der Erderwärmung profitieren könnten. Höhere Temperaturen führen bei Insekten zu einem erhöhten Stoffumsatz, sie fressen also mehr, zudem vermehren sie sich schneller. Das kann zu Ernteverlusten von 10 bis 25 Prozent pro Grad Temperaturzunahme führen. Auch Pilzinfektionen könnten sich infolge steigender Temperaturen leichter auf Pflanzen verbreiten. Daneben sorgt der Klimawandel für eine Umverteilung von

Bild nur in
Printausgabe verfügbar

Einzel harmlos, in der Gruppe gefährlich: Ein Schwarm von Wüstenheuschrecken fällt über ein Feld im Dorf Katitika (Kenia) her.

Wasserressourcen, und er verschiebt die Blühzeitpunkte von Pflanzen, während zugleich manche bestäubenden Insekten ihre Lebensräume verlieren. Damit wächst die Gefahr, dass Blüten nicht mehr bestäubt werden und die Früchte der Arbeit ausbleiben – sofern diese Arbeit noch erledigt werden kann. Denn selbstverständlich ist Landwirtschaft nicht nur auf die richtige Witterung, geeignete Pflanzen und bestäubende Insekten angewiesen, sondern auch auf Bäuerinnen und Bauern.

Schon jetzt erschweren beispielsweise Hitzewellen vielerorts die Feldarbeit erheblich. Eine 2021 im Rahmen der *Environmental Research Letters* erschienene Studie warnte davor, dass in einer 3 Grad wärmeren Welt massive Einbrüche in der Arbeitskapazität zu erwarten wären. In Südostasien und Subsahara-Afrika könnte Hitzestress die Produktivität um 30 bis 50 Prozent einbrechen lassen, was die Weltwirtschaft jährlich 136 Milliarden US-Dollar kosten würde.

Wunschdenken und echte Hoffnungen

Nicht überall verschlechtern sich die Bedingungen für den Anbau von Nahrungsmitteln. Vor allem in nördlichen Breiten könnten steigende Temperaturen sogar zu einer Ausweitung der verfügbaren Flächen führen. Während beispielsweise für Mais in Afrika, Südamerika und Ozeanien mit Flächenverlusten von bis zu 40 Prozent gerechnet wird, könnten die geeigneten Flächen in Nordamerika und Europa um 10 bis 20 Prozent wachsen.

Global betrachtet dürften solche Flächengewinne aber eher moderat ausfallen. Und auch der Befund, dass höhere CO₂-Gehalte in der Atmosphäre einen positiven Effekt auf das Pflanzenwachstum haben können, sofern gleichzeitig ausreichend Wasser und Nährstoffe verfügbar sind, ist mit Vorsicht zu genießen. Zum einen

lässt der Klimawandel weiterhin vielerorts die Böden ausdörren. Und zum anderen führen höhere Temperaturen zwar generell zu einem schnelleren Wachstum von Pflanzen. Jedoch heißt das auch, dass der Pflanze dadurch weniger Zeit bleibt, Biomasse aufzubauen, wodurch die Erträge wieder sinken.

Festzuhalten bleibt, dass trotz einer größeren Weltbevölkerung heute mehr Nahrungsmittel pro Kopf erzeugt werden als vor einem halben Jahrhundert

Man sollte also besser nicht darauf vertrauen, dass die Sache schon gut ausgeht. Doch was lässt sich dann unternehmen? Hoffnung macht, dass es schon im 20. Jahrhundert einen gewaltigen Sprung in der landwirtschaftlichen Produktivität gab. Obwohl die Weltbevölkerung im vergangenen Jahrhundert von zwei auf sechs Milliarden Menschen gewachsen ist, hat sich die globale Nahrungsmittelsicherheit im gleichen Zeitraum dramatisch verbessert. Das heißt nicht, dass alle Probleme heute gelöst wären; noch immer sind 800 Millionen Menschen unterernährt und in vielen Staaten wächst der Hunger gerade wieder.

Festhalten lässt sich aber, dass trotz einer größeren Weltbevölkerung heute mehr Nahrungsmittel pro Kopf erzeugt werden als noch vor einem halben Jahrhundert. „Bislang ist uns noch immer etwas eingefallen, sobald es Probleme gab“, schreibt eine Gruppe von Autoren um den Landschaftsökologen Ralf Seppelt im Buch „3 Grad mehr“. Das, so die Wissenschaftler, „kann Mut machen.“

Dass die Erträge gestiegen sind, hat vor allem mit einer intensiveren Bewirtschaftung von Feldern zu tun: mehr Wasser, mehr Pestizide, mehr Dünger, aber auch neue Sorten, die höhere Mengen an Stickstoffdünger in Ertrag verwandeln können. In intensiv bewirtschafteten Regionen wie Europa oder dem Osten der USA stößt dieses Erfolgsrezept jedoch in wachsendem Maße an seine Grenzen; weitere Ertragssteigerungen sind hier kaum noch zu erwarten. Anders ist das in Regionen wie Indien, China oder Osteuropa, also an Orten, wo noch immer traditionelle Landwirtschaft mit hohem Arbeitseinsatz vorherrscht, wenig Dünger verwendet wird oder es an Infrastruktur fehlt. Durch das Schließen solcher „Ertragslücken“ könnten global betrachtet vermutlich erhebliche Ertragssteigerungen erzielt werden. Die Schätzungen reichen von 60 bis 148 Prozent, wenn man das gegenwärtige Klima zugrunde legt.

Dabei sollte man sich allerdings stets bewusst sein, dass eine solche Intensivierung nicht nur Vorteile mit sich bringt. In Deutschland sind die Folgen dieser Wirtschaftsweise unübersehbar: Das Grundwasser ist mit Nitraten verseucht, der Einsatz von Pestiziden lässt Insekten und Vögel sterben. Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) hält die Landwirtschaft für den wesentlichen Treiber für den Verlust der Artenvielfalt. Und das hat Rückwirkungen auf die Landwirtschaft selbst, die ohne funktionierende Ökosysteme undenkbar ist. Vögel und Insekten be-

kämpfen Schädlinge und stabilisieren so die Ernten; fruchtbare Böden entstehen erst im Wechselspiel zwischen Pilzen, Mikroorganismen und Kleinstlebewesen. „Intensivierung ist also ein zweischneidiges Schwert: Sie eliminiert limitierende Faktoren und führt so in vielen Fällen zu einer Zunahme der Erträge, aber eben auch zu einer Abnahme der Artenvielfalt, was längerfristig die Erträge wiederum gefährdet“, erklärt Seppelt.

Meere in Gefahr

Folglich sieht etwa der Weltklimarat den Einsatz von Düngemitteln nur als eine von vielen möglichen Anpassungsmaßnahmen. Veränderte Saat- und Erntezeitpunkte sind mindestens ebenso wichtig, daneben eine größere Vielfalt von Feldfrüchten, ein besseres Wassermanagement oder Frühwarnsysteme für Pflanzenschädlinge. Es brauche aber auch geeignete Versicherungen für Landwirtinnen und Landwirte, etwa gegen Extremwetter. Die Hoffnung ruht außerdem auf der Entwicklung neuer hitzeresistenter Sorten, vor allem mithilfe der Gen-Schere Crispr-Cas9 und anderer Gene-Editing-Methoden. Wichtig ist: Anpassung funktioniert wahrscheinlich nur bis zu einem gewissen Grad, schon weil die meisten Organismen unter Temperaturen von mehr als 42 Grad erheblich leiden. Es bleibt also unumgänglich, die Erderwärmung selbst zu begrenzen, wenn die Ernährungssicherheit gewährleistet werden soll.

Deutlich weniger Möglichkeiten zur Anpassung bestehen zudem in den Ozeanen. Seit 1930 hat der Klimawandel die Erträge der Fischerei bereits um 4 Prozent abgesenkt, heißt es in einer 2019 erschienenen Arbeit. Je nach Emissionsszenario könnte die tierische Biomasse in den Ozeanen zwischen 1970 und 2100 um 5 bis 17 Prozent zurückgehen. Fischen und

Die Landwirtschaft ist laut Weltbiodiversitätsrat wesentlicher Treiber für den Verlust der Artenvielfalt

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Rufe nach Regulierung und Fangquoten: Fischereifahrzeuge im Hafen von Lianyungang (Ostchina).

anderen Meereslebewesen machen nicht nur steigende Durchschnittstemperaturen und eine wachsende Zahl mariner Hitzewellen zu schaffen, sondern auch die durch die Aufnahme von CO₂ bedingte Versauerung der Ozeane. Die globale Erwärmung lässt auch den Sauerstoffgehalt in den Weltmeeren absinken, was sich negativ auf das Wachstum von Fischen auswirkt. Hier lässt sich im Wesentlichen nur durch Regulierung gegensteuern, etwa durch strengere Fangquoten, damit sich Fischbestände erholen können.

Mit der Ernte oder dem Einbringen der Netze ist es freilich nicht getan, die Nahrung muss auch zu den Verbrauchern gelangen. Auch hier wirkt sich der Klimawandel aus. Steigende Temperaturen und eine höhere Luftfeuchtigkeit können beispielsweise das Risiko für die Kontamination von Nahrungsmitteln erhöhen, etwa mit Aflatoxinen. Auch bakterielle Erreger

wie Salmonellen oder *Campylobacter* breiten sich bei höheren Temperaturen leichter aus. Starkregenfälle könnten Straßen unter Wasser setzen, was den Transport von Lebensmitteln erschwert. Das alles ist nicht nur ein Problem für ärmere Staaten. So zerstörten extreme Regenfälle im US-Bundesstaat Iowa 2019 eine große Anzahl von Getreidesilos, die bis dahin als sehr robust galten.

Generell sind sich Klimaforscher einig, dass sich die Erderwärmung rund um den Äquator am gravierendsten auswirken dürfte, sowohl an Land als auch in den Ozeanen. Je weiter das Jahrhundert fortschreitet, umso stärkere Folgen sind zu erwarten. Die Größenordnung und das Ausmaß dieser Folgen hängen entscheidend davon ab, wie viele Treibhausgase noch in die Atmosphäre gelangen. Der Mensch hat es selbst in der Hand, wie viele Menschen künftig satt werden. **IP**

Wer Europas militärische Souveränität will, braucht nationale Industriepolitik

Von Michael Schöllhorn

Wir müssen in Deutschland über Rüstung sprechen. Das gilt nicht erst seit dem Ausrufen der „Zeitenwende“ infolge des illegalen russischen Angriffs auf die Ukraine, sondern schon seit Jahrzehnten. Allerdings waren dazu sowohl Politik als auch Gesellschaft bis vor einem Jahr kaum bereit.

Das deutsche Modell eines ökonomischen „Powerhouse“ bei gleichzeitiger geopolitischer Ambitionslosigkeit hat nur oberflächlich betrachtet drei Jahrzehnte lang gut funktioniert. Es führte zwar zu steigendem Wohlstand, Stichwort Friedensdividende, allerdings nur, weil die kostspielige Gewährleistung von Schutz und Sicherheit ausgelagert und zuvorderst als Domäne der USA verstanden wurde. Die sicherheitspolitische Trittbrettfahrt Deutschlands wurde von unseren internationalen Partnern immer wieder kritisiert – völlig zu Recht. Hinzu kommt, dass der wirtschaftliche Erfolg offenkundig in nicht geringem Maße auf geopolitischen Abhängigkeiten beruhte, sowohl von China als auch von Russland.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat diesem Modell endgültig seine Grenzen aufgezeigt. In ihrem Buch „Future War“ (2022 auf Deutsch) haben die US-Militärexperten John R. Allen, Frederick Ben Hodges und Julian Lindley-French vorgerechnet, dass Deutschland nach 1990 mehr als 300 Milliarden Euro bei der Verteidigung gekürzt hat; andere Schätzungen reichen bis zu 600 Milliarden Euro. Dass die Bundeswehr heute blank dasteht,

kann angesichts dieser Zahlen niemanden überraschen. Militärische europäische Autonomie ist das richtige Ziel. Wir wissen nicht, wie sich die US-Politik entwickeln wird – Stichwort „America First“ – und ob Washingtons Fokus mehr auf der Pazifikregion liegen wird. Solange Deutschland und Europa nicht in der Lage sind, ihre Sicherheit ohne Hilfe der USA zu gewährleisten, werden sie sich auch in ihrer globalen Gestaltung von Politik – nicht zuletzt gegenüber China – von der amerikanischen Hand führen lassen müssen.

Nationale Verteidigungsfähigkeit ausgestalten

Allerdings basiert militärische Autonomie auf konkreten Voraussetzungen. Zum einen: vorausschauende Planung und funktionierende Kooperationen, politisch wie auch industriell, sowohl zwischen den Nationalstaaten als auch mit den relevanten supranationalen Institutionen, allen voran EU und NATO. Hier hat sich zuletzt einiges getan. Europäische Großprojekte wie FCAS (Future Combat Air System), Eurodrohne oder MGCS (Main Ground Combat System) wurden auf den Weg gebracht. Was die kohärente Vernetzung mit Fördermitteln aus dem Europäischen Verteidigungsfonds betrifft, besteht gleichwohl noch Optimierungsbedarf in der Abstimmung. Zum anderen: die starke Ausgestaltung der nationalen Verteidigungsfähigkeit als Rückgrat und Grundlage des gesamteuropäischen Konstrukts. Hier können und müssen wir in Deutschland definitiv besser werden. Eine gezielte Industriepolitik muss als erster Schritt gegangen werden, wenn wir das gemeinsame Ziel europäischer Autonomie in der Verteidigung ernsthaft ins Auge fassen möchten. Andere Länder in Europa, allen voran unser Partner Frankreich, sind uns hier ein gutes Stück voraus, was übrigens ein Grund dafür ist, dass es in den großen transnationalen Projekten mitunter zu Rangeleien zwischen den Staaten und Industrien kommt. Um militärisch in Europa auf Augenhöhe mit unseren Partnern agieren zu können, was erklärtes Ziel der Politik ist, braucht es nationale Rahmenbedingungen, die wir derzeit allenfalls bedingt erfüllen.

Der 100-Milliarden-Sonderfonds für die Bundeswehr sowie die vom Kanzler angekündigte dauerhafte Anpassung des Verteidigungsetats auf 2 Prozent des BIP sind dafür wichtige Bausteine. Gleichwohl zeigt die Realität: Von den 100 Milliarden wurde kaum etwas ausgegeben, und über das 2-Prozent-Ziel wird nach dem ersten Kriegsschock wieder kontrovers diskutiert. Hinzu kommt: Was beauftragt wurde, kommt zuerst der US-Industrie zugute, Stichwort F-35. Das hilft weder einer nationalen Industrieförderung noch der europäischen Souveränität.

Dabei sind die Rahmenbedingungen vorhanden: Deutschland verfügt über eine wettbewerbsfähige Industrielandschaft. Was technologisches Know-how und Innovationsfähigkeit anbelangt, brauchen sich deutsche Unternehmen nicht zu verstecken; dasselbe gilt für die seit Jahrzehnten erfolgreich praktizierte Kooperationsbereitschaft.

Was mitunter fehlt, sind eine klare Perspektive und Planungssicherheit bei strategisch und technologisch wichtigen Vorhaben. Solange die Bundeswehr nachhaltig modernisiert werden soll, während Rüstungsunternehmen im Rahmen einer von Deutschland politisch beförderten EU-Taxonomie als „schädlich“ eingestuft werden – auf einer Stufe mit Tabak, Glücksspiel und Pornografie – und somit um ihre wettbewerbsgerechte Finanzierung bangen müssen, ähneln die verteidigungspolitischen Ambitionen der Bundesregierung einer Quadratur des Kreises.

Dabei verfügen wir mit FCAS über ein Programm, das, im europäischen Kontext angesiedelt, auch national geeignet ist, als Katalysator für eine starke und zielführende Industriepolitik zu fungieren.

Denn anders als medial häufig dargestellt, ist die Realisierung eines FCAS kein reines Zukunftsprojekt, sondern im Hier

und Heute angesiedelt; darauf ausgerichtet, im Rahmen einer umfassenden und kohärenten nationalen Flottenstrategie die Vernetzung einzelner Komponenten und damit die Fähigkeit zum kollaborativen Luftkampf sicherzustellen. Dafür bedarf es konkreter Schritte, allen voran der zeitnahen vertraglichen Fixierung der fünften Tranche Eurofighter und der zügigen Entwicklung eines „Loyal Wingman“, Stichwort Manned-Unmanned-Teaming, um den technologischen Anschluss international nicht zu verlieren – und in einigen Jahren erneut in die Situation zu kommen, in Ermangelung eigener Systeme auf amerikanische Kauflösungen zurückgreifen zu müssen. Das wäre das exakte Gegenteil einer avisierten europäischen Souveränität.

Dazu kommt, dass in der Beschaffung befindliche US-Systeme und allen voran die F-35 eng in eine industriepolitische Planung eingebunden werden müssen, was gegenüber den amerikanischen Partnern politisch mit großer Klarheit vertreten werden muss. Das heißt auch, dass deutsche Unternehmen die Verantwortung für die Wartung der F-35 übernehmen und obendrein deren Vernetzung mit dem Eurofighter – nicht zuletzt auch im Rahmen eines FCAS – am Standort Deutschland entwickelt und implementiert werden muss.

Eine klare und selbstbewusste nationale Industriepolitik in der Verteidigung ist kein Makel. Im Gegenteil, sie wird von unseren europäischen und transatlantischen Partnern seit jeher erfolgreich praktiziert. Wichtig ist, dass sie im Einklang mit gemeinsamen europäischen Zielsetzungen und Erfordernissen erfolgt, wofür Programme wie FCAS oder Eurodrohne den Rahmen liefern. Dass das kein Selbstläufer ist, ist klar: Aktuell beobachten wir in Europa infolge von Pandemie und Ukraine-Krieg eher wieder einen Trend zur Renationalisierung; auch der deutsch-französische Motor läuft alles andere als reibungslos.

Daher braucht es eine umfassende europäische Kooperationskultur mit klaren nationalen Akzentsetzungen: eine strategisch ausgerichtete nationale Industrie- und Technologiepolitik für die europäische Verteidigungsindustrie, die Resilienz ermöglicht und dem Industriestandort Deutschland insgesamt zugutekommt.



Dr. Michael Schöllhorn

ist ehemaliger Bundeswehroffizier und seit Mitte 2021 Chef der Airbus-Sparte für Verteidigung und Raumfahrt.

Der Multilateralismus lebt!

Von Christian Schwägerl

Wer in den USA und auch in Europa als „Globalist“ bezeichnet wird, muss dies seit einiger Zeit nicht mehr als Kompliment für Weltgewandtheit, sondern als versuchte Beleidigung verstehen. Republikaner und Rechtspopulisten brandmarken mit dem Begriff Menschen, die nicht rein nationalistisch denken und handeln, sondern die multilaterale Ordnung hochhalten. Das Schimpfwort ist auch in Russland beliebt, das mit seinem Angriff auf die Ukraine so grundsätzlich gegen das Völkerrecht verstoßen hat, dass es sich damit aus dem multilateralen System vorerst verabschiedet hat. Die kürzlich vor aller Welt zelebrierte russische Allianz mit China führt zu einer neuen Blockbildung, bei der sich wie im Kalten Krieg zwei Lager gegenüberstehen.

Bereits in den 1920er Jahren hat der Völkerbund zum Grundprinzip der internationalen Diplomatie und Politik erklärt, dass nicht einfach jeder Staat versucht, seine Interessen auf Kosten anderer Staaten durchzusetzen, sondern dass auf dem Weg der Verhandlungen ein gemeinsamer Weg gefunden wird. Aus der Asche des Scheiterns bei diesem Ziel sind die Vereinten Nationen entstanden. In ihrer Charta verpflichten sich die Staaten, „eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen“.

Doch schon lange wurden dieses Grundprinzip und die vielen internationalen Organisationen, die ihn tragen, nicht

mehr so grundsätzlich infrage gestellt und attackiert wie heute. Also adieu, Multilateralismus? Nein. Denn erfreulicherweise ist der Geist der internationalen Kooperation in einem Politikfeld von enormer Bedeutung nicht nur am Leben, sondern in einer so gar nicht zur politischen Wetterlage passenden Blütezeit. In der globalen Umweltpolitik reiht sich eine gute Nachricht an die andere.

Die Erfolgsserie begann im März 2022 nach vierjährigen Vorarbeiten mit der Einigung bei der Umweltversammlung der Vereinten Nationen (UNEA), bis Ende 2024 ein globales Abkommen für den Kampf gegen die Plastikverschmutzung zu schaffen. Ziel ist es, gemeinsam dagegen vorzugehen, dass jährlich viele Millionen Tonnen Plastik in der Umwelt landen. Im November folgte ein Weltklimagipfel in Ägypten, der zwar keine Durchbrüche bei der CO₂-Reduktion brachte, aber bei dem es die Staaten immerhin schafften, der seither auch vom Weltklimarat IPCC bestätigten Wahrheit ins Auge zu sehen. Bis 2030 muss der globale Ausstoß an Kohlendioxid um 43 Prozent im Vergleich zu 2019 sinken, um eine hochgefährliche Erwärmung abzuwenden, hieß es in der Abschlusserklärung. So viel Ehrlichkeit gab es bisher nicht.

Im Dezember 2022 gelang in Montreal bei einem weiteren UN-Umweltgipfel ein Erfolg, der als historisch gelten kann: Mit dem Weltnaturabkommen gibt es seither einen umfassenden Fahrplan dafür, bis zur Mitte des Jahrhunderts den Niedergang der Biodiversität – also der Vielfalt von Lebewesen, Arten und Lebensräumen – zu stoppen. Das neuartige Abkommen, das über mehrere Jahre hinweg unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie vorbereitet worden war, ist eine Blaupause zur Rettung der Natur: In 23 konkreten Zielen buchstabieren die Vertragsstaaten aus, wie sie bis 2030 u. a. die Zerstörung von Regenwäldern und Korallenriffen beenden und dazu Milliardenbeträge zum Schutz der Natur umwidmen wollen. Die vereinbarten Maßnahmen werden den Staaten viel abverlangen.

Natürlich wurden an vielen Stellen Formulierungen abgeschwächt und Wörtchen eingefügt, die Juristen dazu

nutzen können, die Verpflichtungen zu relativieren. Das Weltnaturabkommen stand zudem bis zur letzten Minute auf der Kippe, wegen russischer Blockadeversuche, aber auch, weil die Demokratische Republik Kongo noch kurz vor dem rituellen Hammerschlag versuchte, ihre Forderungen durchzusetzen. Der chinesische Umweltminister, der die Konferenz leitete, schlug unter großem Applaus in Sekundenschnelle auf den Tisch. Er musste sich für diese Eile zwar anschließend bei der Repräsentantin des Kongo entschuldigen. Aber auch das trübte das Happy End nicht.

Höhenflug globaler Umweltpolitik

2023 setzte sich der Höhenflug der globalen Umweltpolitik fort, als Anfang März in New York über einen gewaltigen Teil der Erdoberfläche und ihrer unterseeischen Tiefen verhandelt wurde. Das Besondere an der Hochsee ist, dass sie über Jahrhunderte außerhalb staatlicher Regeln genutzt worden war. Seit einem wegweisenden Traktat des niederländischen Philosophen und Juristen Hugo Grotius hatte die Maxime der „freien See“ gegolten, die ausgefeilten Regeln entgegenstand. Doch diese Ära endete nun endgültig.

Zwar haben die Mühlen der internationalen Diplomatie sehr langsam gemahlen. Das Seerechtsabkommen UNCLOS, das Regeln für die internationale Kooperation auf der Hochsee und dem schlicht „das Gebiet“ genannten Meeresboden unter ihr aufstellt, stammt bereits von 1982. Bis zur Konferenz in New York klaffte eine riesige Lücke beim Schutz und bei der Nutzung der Lebewesen und Ökosysteme der Hochsee, die jetzt geschlossen wurde.

Nachdem bisher national verantwortete Schutzgebiete dominierten, werden künftig internationale Meeresschutzgebiete unter UN-Verwaltung möglich. Wer die Hochsee nutzen möchte, muss vorher

den anderen Staaten die Umweltfolgen darlegen und diese minimieren. Vorbei ist auch die Zeit, in der Forscher und Firmen sich unkontrolliert aus dem Meer Genproben holen und damit Produkte mit enormen Umsätzen entwickeln konnten. Ein Teil der Einnahmen soll künftig in einen Fonds für den Naturschutz fließen. Natürlich waren alle diese Konferenzen keine blumigen Happenings mit Händchenhalten. Es wurde hart verhandelt, um jedes Wort gerungen. Doch genau darin besteht ja die Essenz des Multilateralismus: schwierige Wege gemeinsam zu gehen, statt den Dialog zu beenden und nur die eigenen Ziele und Regeln zu verfolgen.

Dafür, dass der Multilateralismus ausgerechnet in der Umweltpolitik gelingt, gibt es verschiedene mögliche Erklärungen: Eine zynische Interpretation könnte lauten, dass man in Umweltfragen ohne Opportunitätskosten hehre Versprechen machen kann, die anschließend sowieso nicht eingehalten werden müssen. Dann würden die UN-Umweltkonferenzen für reine Schaufensterpolitik genutzt.

Diese Betrachtungsweise ist aber aus der Zeit gefallen. Längst ist die Umweltpolitik kein Nebenschauplatz mehr. Sie ist vielmehr immer stärker mit wirtschaftlichem Erfolg und den Finanzmärkten verzahnt. Klimafragen und neuerdings auch Biodiversitätsthemen rücken an Börsen und in Chefetagen mit ins Zentrum und entscheiden über Milliardeninvestitionen. „Soft“ ist an der globalen Umweltpolitik gar nichts mehr – selbst der abgebrühteste Regierungschef dürfte inzwischen Analysen auf dem Tisch haben, wie ein Scheitern in der Umweltpolitik jedem Land in Form von Hunger- oder Naturkatastrophen um die Ohren fliegen kann.

Deshalb ist am plausibelsten, dass ein neues Umweltbewusstsein die internationale Kooperation wie von selbst befördert. Nationale Grenzen sind weder für das Klima noch für Ökosysteme von Bedeutung. Die Natur selbst ist ein gigantisches multilaterales Geflecht, von dessen Funktionieren unser Überleben abhängt. Während der Rechtspopulismus gegen den „Globalismus“ kämpft und Russlands Krieg gegen die Ukraine neue Machtblöcke schafft, sorgt die Umweltpolitik für bessere Lebensbedingungen – und auch dafür, dass der überragend wichtige Multilateralismus am Leben bleibt.



Dr. Christian Schwägerl

ist Wissenschaftsjournalist und Mitbegründer von RiffReporter, einem Verbund von Journalistinnen und Journalisten, die über Themen aus Umwelt, Wissenschaft, Technologie und Gesellschaft berichten.

Kurs auf Europa

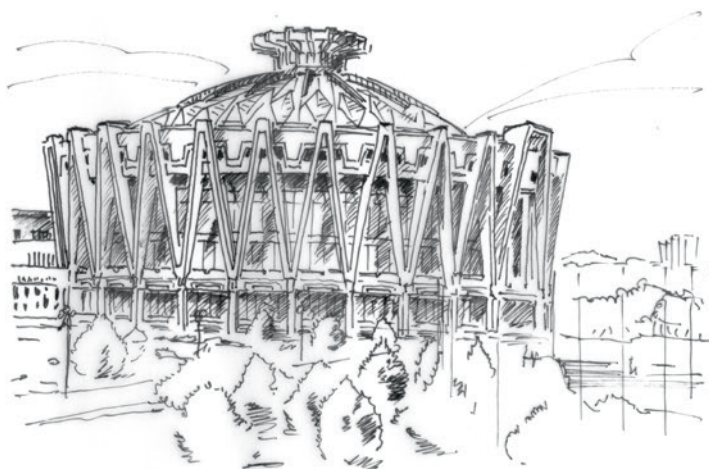
Viele Moldauer leben bereits in der EU, nun muss die Regierung Reformen durchführen, um den Beitrittsprozess zu ermöglichen.

Von Herbert Gruenwald

Die europäische Integration ist der einzige Weg, der das Überleben Moldaus als freies und prosperierendes Land gewährleistet, sie ist die einzige Chance der Moldauer, in Freiheit, Frieden und Wohlstand zu leben.“ Es sind schicksalsschwere Worte von Moldaus Staatspräsidentin Maia Sandu, die nach einem Treffen mit EU-Ratspräsident Charles Michel Ende März in Chişinău wie ein Weckruf klingen, der nicht nur auf die prekäre Sicherheitslage ihres Landes hinweist, das durch Russland meistgefährdete nach der Ukraine. Sie richtet diesen Appell auch an die eigene Regierung und Bevölkerung, einen historischen Moment so zügig wie möglich zu nutzen.

Denn der kleine, zwischen der Ukraine und Rumänien eingezwängte Staat verfügt seit zwei Jahren über eine solide proeuropäische und reformwillige Mehrheit im Parlament und daher über eine einzigartige Chance. Aber sie ist zeitlich begrenzt, weil der Präsidentin und ihrer Partei der Aktion und Solidarität (PAS) bis 2025 Kommunal-, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen bevorstehen. Dreimal müssen sie sich den Wählern stellen, die von horrenden Energiepreisen gebeutelt und über unerschwingliche Lebenshaltungskosten aufgebracht sind.

Zusätzlich sind die Menschen pausenlosen Desinformationskampagnen des Kremls über den Ausverkauf ihres Landes an „den Westen“ ausgesetzt: Ein geflüchteter Oligarch gibt über Videobotschaften zu, deswegen seit Monaten anhaltende Demonstrationen zu finanzieren, und fordert die Einrichtung spontaner „Volksgerichte“, die mit Maia Sandu und ihrer Regierung kurzen Prozess machen sollten.



Umfragen deuten auf einen möglichen Stimmungswandel in der Bevölkerung, der den russlandnahen Oppositionsparteien der Sozialisten und Kommunisten oder der offensichtlich vom Kreml gelenkten Șor-Partei zu Wahlerfolgen verhelfen und so den europäischen Kurs des Landes jäh beenden könnte.

Große Teile der proeuropäischen Bevölkerung Moldaus fühlen sich seit drei Jahrzehnten auch aus einem weiteren Grund bedroht: durch die widerrechtliche Stationierung von rund 1500 russischen Soldaten auf ihrem Staatsgebiet, in der secessionistischen Provinz Transnistrien. Etwa 800 000 Moldauer sind als Arbeitsmigranten in die Europäische Union gezogen. Und ein Rückgang des Exodus ist nicht absehbar – 45 000 Menschen im arbeitsfähigen Alter verlassen weiterhin alljährlich die Republik, deren Einwohnerzahl seit 1991 von etwa vier auf 2,5 Millionen geschrumpft ist.

Um unter den angestrebten Bedingungen der Freiheit und Demokratie zu „überleben“, tut Eile not. Die Reformer in Chișinău verabschieden Schlag auf Schlag Gesetze, die Moldau endgültig von Moskau abnabeln und Verträge im Rahmen der von Russland dominierten Bündnisse wie GUS oder EAWU kündigen.

Einheit von Sprache und Kultur

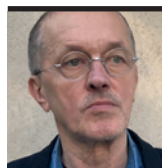
Eine besonders deutliche Abschiedsgeste an den Kreml ist die Legalisierung des Rumänischen als offizielle Landessprache. Dies steht im Einklang nicht nur mit der linguistischen Realität, sondern mit der Unabhängigkeitserklärung des Landes von 1991 und einer entsprechenden, schon 2013 getroffenen Entscheidung des Verfassungsgerichts. Der Kreml und seine drei moldauischen Gefolgsparteien protestieren vehement, weil die Anerkennung des Rumänischen als Landessprache für Mos-

kau und seine Vasallen vor Ort als Niederlage in einem von Westeuropa schwer nachvollziehbaren Identitätskonflikt gilt. Sie markiert eine kaum rückgängig zu machende Anerkennung der „Einheit von Sprache, Kultur und Geschichte der Bevölkerung Moldaus und Rumäniens“. Mit dieser Wortfügung betont man in beiden Ländern die kulturelle Identität und Zugehörigkeit zur romanischen Sprachfamilie und zu Europa. 53 Prozent der moldauischen Bevölkerung unterstützen zurzeit den EU-Beitritt, 35 Prozent wünschen sich sogar eine Wiedervereinigung ihres Landes mit Rumänien, während rund eine Million Moldauer die doppelte, moldauisch-rumänische Staatsbürgerschaft besitzen, somit bereits auch vollberechtigte EU-Bürger sind.

Seit Moldau den EU-Kandidatenstatus hat, arbeiten Regierungen und Parlamente beider Länder unverhüllt zusammen an den Beitrittsvorbereitungen; es gibt inzwischen sogar einen moldauisch-rumänischen Parlamentarischen Ausschuss für die Europäische Integration. Und bevor EU-Ratspräsident Michel Chișinău besuchte, traf er sich mit dem rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis in Bukarest. Der Beitrittsprozess wird offensichtlich in beiden Hauptstädten als Priorität gleichen Ranges angesehen.

Entscheidend für Präsidentin Sandu und die PAS-Regierung bleibt jedoch die Umsetzung der von Brüssel vorgegebenen Reformagenda; davon hängt der erhoffte Beginn der Beitrittsverhandlungen ab. Wie schwer das aber ist, zeigt sich an der Justizreform, der Grundvoraussetzung für acht weitere erforderliche Reformkapitel. Die Generalversammlung sämtlicher Richter der Republik rebellierte nämlich in corpore und verhinderte vorläufig die Neubesetzung des Hohen Justizrats und damit den Beginn der Abschaffung von Korruption im Justizsystem.

Dies ist nicht der einzige Widerstand eines korrupten Systems, den Maia Sandu und ihre Reformer überwinden müssen. Man darf gespannt sein, wie es weitergeht – denn auf der bis zum Herbst umzusetzenden Reformagenda stehen nicht zuletzt auch noch so brisante Kapitel wie „Entologarchisierung“ sowie die Bekämpfung von organisiertem Verbrechen und Geldwäsche.



Herbert Gruenwald

ist freier Journalist, lebt in Bukarest und arbeitet als Producer für deutschsprachige Medien in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Idealistisch und realistisch

Der NATO-Beitritt ist für Schweden und Finnland ein epochales Ereignis: Beide Staaten werfen das über Jahrzehnte hochgehaltene Prinzip der sicherheitspolitischen Bündnisfreiheit über Bord. Kein Wunder, dass die Medien vielstimmig darüber berichten. Doch wie ausführlich sollen sie kritisieren dürfen? Und warum reagiert die Türkei auf das schwedische und finnische Gesuch so unterschiedlich?

Von Rudolf Hermann

Stockholm, Januar 2023. Vor der türkischen Botschaft in der schwedischen Hauptstadt findet eine Demonstration mit rechtsextremem Einschlag statt. Rasmus Paludan, ein notorisch bekannter dänisch-schwedischer Unruhestifter, der sich in beiden Ländern schon erfolglos darum bemühte, ins Parlament gewählt zu werden, verbrennt im Beisein einer Handvoll Leute einen Koran.

Einige Tage zuvor hatten Angehörige kurdischer Interessengruppen in Schweden beim Stockholmer Stadthaus bereits eine Puppe kopfüber an einer Schnur aufgehängt; die Figur sollte den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan darstellen.

In beiden Fällen reagierte Ankara scharf. Das war nicht anders zu erwarten. Doch während in früheren Jahren die schwedischen Politiker auf die

eingehenden diplomatischen Noten Ankaras lakonisch mit den Worten reagiert hätten, in Schweden herrsche eben das Recht auf freie Meinungsäußerung, brach nun in Regierungskreisen Nervosität aus. Denn bis die Türkei den schwedischen NATO-Beitritt ratifiziert, bleibt der Schritt in die Allianz blockiert – ein Anliegen, das als die wichtigste sicherheitspolitische Zäsur der vergangenen 200 Jahre bezeichnet wird.

Stunde der marginalen Medien

In der Diskussion um den NATO-Beitritt schlug die Stunde der marginalen Medien. Denn die traditionellen beziehungsweise Massenmedien, die politisch wie gesellschaftlich auf zentristischem Kurs liegen, waren sich weitgehend einig: Russland lasse mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine den bisher bündnisfreien nordischen Ländern Finn-

land und Schweden gar keine andere Wahl, als sich so rasch wie möglich der Nordatlantikkallianz anzuschließen.

Kleinere Zeitungen allerdings widersprachen – die Publikation *Syre* zum Beispiel, die für einen bescheidenen Kreis von Abonnentinnen und Abonnenten aus grün-liberaler Warte schreibt. Der *Syre*-Chefredakteur Lennart Fernström griff persönlich zur Feder. Ihm missfiel, dass das in Schweden sehr hochgehaltene Prinzip der freien Meinungsäußerung beschnitten werden sollte, um den türkischen Präsidenten, den Autokraten Erdoğan, zu besänftigen. „Erdoğan öffnet uns die Türe nur, wenn wir die Kurden opfern und unser Grundrecht auf freie Meinungsäußerung aufgeben“, hieß es in dem Kommentar. Dass die schwedische Polizei eine zweite geplante Koranverbrennung aus Gründen

der nationalen Sicherheit verboten habe, sei bereits der nächste bedenkliche Schritt.

Zwar seien Koranverbrennungen geschmacklos, schrieb Fernström. Doch sie zu untersagen, stehe in direktem Konflikt mit dem schwedischen Gesetz. Denn Sicherheitsaspekte dürften nur dann eine Rolle spielen, wenn sie die konkrete Durchführung einer Demonstration betreffen – die Polizei hingegen hatte mit einer Anhebung der allgemeinen Terrorgefahr argumentiert. „Unser alarmistischer Regierungschef will uns einer aggressiven Kernwaffen-Allianz anschließen, auch um den Preis der Demonstrations- und Meinungsfreiheit“, so die Bilanz.

Die Wortwahl ist drastisch, doch spiegelt die Meinung durchaus eine breitere Stimmungslage in Schweden wider. Anders als in Finnland, wo die parlamentarischen Parteien trotz einigen individuellen Abweichlern am ganz linken und ganz rechten Rand geschlossen hinter dem NATO-Beitritt stehen, ist in Schweden der Widerspruch größer.

Sowohl die Linksradi-kalen als auch die Grünen (letztere waren bis 2021 Teil der Regierung) unterstützen den NATO-Beitritt nicht. Nicht nur für die kleine Zeitschrift *Syre*, sondern auch für diese beiden Parteien stehen nun bislang eherne Pfeiler des schwedischen politischen Selbstverständnisses plötzlich zur Diskussion. Es handelt sich nicht bloß um die prinzipiellen

Fragen der Demonstrations- und Meinungsfreiheit, sondern auch beispielsweise um Schwedens Umgang mit dem Multikulturalismus im Allgemeinen sowie um Solidarität und Unterstützung für die Kurden im Besonderen.

Ärger mit Ankara

Diesen letzteren Punkt griff die schwedische Wirtschaftszeitung *Dagens Industri* in einem Kommentar auf. Die Schwierigkeiten zwischen Schweden und der Türkei, argumentierte das Blatt, stammten weniger von Vorfällen wie den Aktionen Paludans oder der prokurdischen Stadthaus-

Demonstration, auch wenn diese gewiss „nicht hilfreich“ gewesen seien.

Vielmehr seien sie auf die Art und Weise zurückzuführen, wie sich die damalige sozialdemokratische Regierung 2022 im Parlament von der Stimme einer einzigen linksradikalen Abgeordneten iranisch-kurdischer Abstammung abhängig gemacht habe. Um diese bei Laune und sich selbst an der Macht zu halten, habe man sich zu verstärktem Engagement zugunsten kurdischer Interessen verpflichtet. Das sei eine politisch zweifelhafte Begleitmusik für die



Einreichung des NATO-Beitritts-gesuchs gewesen.

Das nach links tendierende und auflagenstarke *Aftonbladet* warf dem politischen Mainstream einschließlich der Sozialdemokraten hingegen vor, Muslime im Wahlkampf zuerst als Projektionsfläche für alles Negative missbraucht zu haben und nun plötzlich von ihnen zu fordern, Koranverbrennungen als legitimen Ausdruck basisdemokratischer Rechte zu akzeptieren. Nur habe in den oberen Etagen der Politik offensichtlich niemand damit gerechnet, dass man plötzlich vom Wohlwollen der muslimischen Welt abhängig sein könnte.

„Die Botschaft ist klar: Wer auf Mängel beim Umgang mit den Freiheiten hinweist, von denen die Regierung behauptet, dass wir sie hätten, wird als Gefahr für die Demokratie hingestellt. Nutzt also euer Recht auf freie Meinungsäußerung, aber sagt nur, was die Regierung hören will“, ätzte der Kommentar.

Finnland ist anders

In dieser Diskussion um Staatsräson und Freiheitsrechte hat Schweden bisher nur mit Mühe eine Linie gefunden. Ein vergleichender Blick nach Finnland fördert Erstaunliches zutage. Denn auch dort wurde gegen Erdoğan demonstriert und Stimmung gemacht. Doch scharfe Reaktionen, wie Ankara sie gegenüber Schweden zeigte, blieben aus. Dabei waren beispielsweise die Publikationen *Ilta-lehti* und

Helsingin Sanomat im Nachzug zum politischen Streit um die Januar-Demonstrationen in Schweden einem Aufruf von *Flamman* gefolgt, einer schwedischen Zeitschrift sozialistischen Zuschnitts. Der Aufruf lautete, dass so viele Publikationen wie möglich bitte Erdoğan-Karikaturen publizieren sollten. Bei *Ilta-lehti* und *Helsingin Sanomat* handelt es sich dabei nicht um Randzeitungen, sondern Schwergewichte der finnischen Publizistik.

Woher also kommt die Ungleichbehandlung der beiden Länder durch die Türkei? Johan Strang, ein finnischer Politologie-Professor an der Universität Helsinki, kann sie sich zwar nicht vollständig erklären, bietet aber folgenden Ansatz an: Zwischen den beiden Ländern sieht er einen grundsätzlichen Unterschied im Auftritt nach außen. Finnland beschreibt er als „kleinstaatlich-realistisch“, Schweden hingegen als „kleinstaatlich-idealistisch“.

Etwas allgemeiner gesprochen bedeutet das: Finnlands historische Erfahrung ist die eines Daseins in der Nachbarschaft und dem Schatten von Großmächten. Durch diese Konstellation wurde es dazu gezwungen, sich nach den Vorgaben des realistisch Möglichen und nicht des politisch Wünschbaren zu verhalten.

Das Paradebeispiel dafür ist die Epoche der sogenannten Finnlandisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals musste Finnland gewisse

Souveränitätseinbußen in Kauf nehmen, um als unabhängiger Staat weiterbestehen zu können und nicht von der Sowjetunion in den Ostblock gezogen zu werden. Personifiziert wurde diese Politik durch den damaligen Präsidenten Urho Kekkonen, der sich auf schmalen Grat zwischen der UdSSR und dem Westen bewegte.

In Schweden war zur gleichen Zeit der sozialdemokratische Ministerpräsident Olof Palme die prägende politische Figur, ein charismatischer Redner, der sich vehement für Egalität und Menschenrechte einsetzte. Seit Palmes Zeiten gehört es zum Selbstverständnis Schwedens, sich auf der internationalen Bühne als Verteidiger dieser Werte zu profilieren.

Nur kollidiert dieses Bestreben bisweilen mit den Sachzwängen der Realpolitik – wie zum Beispiel jetzt beim Thema NATO-Beitritt, aber auch schon früher, beispielsweise bei der Frage von Waffenverkäufen an Länder wie Saudi-Arabien. Finnlands Art, sich zurückzuhalten und gegebenenfalls pragmatisch zu schweigen, hat sich da für den NATO-Beitrittsprozess besser ausgezahlt.

Eine einfache Zielscheibe

Mit seiner traditionellen und manchmal auch dezidiert geäußerten Unterstützung für die Sache der Kurden gab Schweden für die Türkei Erdoğan's nun eine relativ einfache Zielscheibe ab. Hinzu kommt, dass Schweden allerdings auch eine

zahlenmäßig größere kurdische Minderheit hat als Finnland, die sich zudem auf innenpolitischer Ebene stärker bemerkbar macht. Dadurch war Stockholm gegenüber Ankara exponierter und das lohnendere Ziel für eine Machtdemonstration Erdoğan's als Helsinki.

Der finnische Politologe Strang gab seine Einschätzungen zum schwedisch-finnisch-türkischen Dreieck übrigens in einer Diskussionsendung des schwedischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens ab, die den ominösen Titel „Der finnische Verrat“ trug. Das Anfang März aufgezeichnete Gespräch drehte sich darum, ob Finnland Schweden im Stich lasse, wenn es (wie es sich damals schon abzeichnete) die Möglichkeit erhalte, vor Schweden der NATO beizutreten, und diese Gelegenheit auch wahrnehme. Denn eigentlich habe man den Beitrittsprozess ja zusammen angestoßen und gelobt, ihn auch zusammen zu Ende zu bringen.

Warten oder vorgehen?

Ob Finnland aus nordischer Solidarität nun angesichts des Widerstands der Türkei auf Schweden warten sollte mit dem NATO-Beitritt, wurde in beiden Ländern zu einem großen Thema. Finnlands höchste Politiker entzogen dieser Frage jedoch sehr rasch den Boden. Wenn man die Mitgliedschaft beantragt habe, könne man nicht später kommen und sagen, man wolle jetzt doch noch nicht, gab Präsident Sauli Niinistö zu bedenken.

Das finnische Fernsehen kommentierte, die schwedische Regierung versuche, die Notbremse zu ziehen, doch der finnische Zug habe den Bahnhof bereits verlassen. Und Stimmen aus dem Volk, aufgenommen auf Helsinkier Einkaufsstraßen, sagten lapidar, Schweden müsse seine Probleme selbst lösen.

Noch ein weiteres Element tauchte in der Debatte auf: Wenn schon von „Verrat“ gesprochen werde, dann müsse auch gesagt werden, dass es sich nicht um den ersten solchen „Verrat“ zwischen den beiden Ländern handle. Tatsächlich hatten Schweden und Finnland schon einmal den Plan gehabt, koordiniert einer supranationalen Organisation beizutreten. Und zwar der Europäischen Union, in den frühen 1990er Jahren.

Die schwedische Zeitung *Göteborgs Posten* thematisierte unlängst diese Episode im Zusammenhang mit der schwedisch-finnischen Irritation um den NATO-Beitritt.

In Schweden war damals die EU-Frage ein heiß umstrittenes Thema. Die Sozialdemokraten hielten einen Beitritt ursprünglich für unvereinbar mit dem schwedischen Konzept der Blockfreiheit. Die bürgerlichen Parteien hingegen sprachen sich dafür aus.

Um vor nahenden Wahlen den Konservativen den Wind aus den Segeln zu nehmen, schwenkten die regierenden schwedischen Sozialdemokraten plötzlich um. Und zwar, ohne Finnland Bescheid zu geben. Der damalige finnische Präsident Mauno Koivisto soll aus einer Pressemitteilung erfahren haben, dass Schweden ein Beitrittsgesuch einzureichen gedenke, und seinen Zorn darüber nie ganz verdaut haben.

Diese Episode änderte nichts daran, dass die beiden Länder der EU schließlich zeitgleich beitraten. Doch, wie *Göteborgs-Posten* schreibt: „Der schwedische ‚Verrat‘ ist in Finnland bis heute unvergessen. Das Misstrauen hat sich – wenn auch in abgeschwächter Form – auf spätere politische Generationen übertragen.“

Davon allerdings will die auf Schwedisch erscheinende finnische Zeitung *Hufvudstadsbladet* nichts wissen. „Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen Finnland und Schweden werden nicht erschüttert, wenn Finnland zuerst in die NATO kommt. Beide Seiten verstehen die Situation“, schrieb das Blatt.

Das klingt zwar nach gewissem Zweckoptimismus. Doch immerhin entspricht es den offiziellen Verlautbarungen.



Rudolf Hermann

ist bei der *Neuen Zürcher Zeitung* seit 2015 für die Berichterstattung über die nordischen und baltischen Staaten zuständig. Davor war er Korrespondent in Prag und Sydney und schrieb vor Ort über das Geschehen u.a. in Mittel- und Osteuropa.

Deutschlands desaströse Russland-Politik

Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 war gleichsam das Pearl Harbour der deutschen Ostpolitik. Wie konnte es dazu kommen? Antworten auf diese Fragen suchen zwei FAZ-Journalisten, ein Osteuropa-historiker und eine Philosophin.

Von Hanns W. Maull

Wie war es möglich, dass Berlin sich über zwei Jahrzehnte hinweg so beharrlich weigerte, die machtpolitischen Praktiken und imperialen Ambitionen des russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Kenntnis zu nehmen? Dieser Frage gehen Reinhard Bingenier und Markus Wehner auf den Grund. Aus Sicht der beiden Redakteure der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gab es für diese Selbsttäuschung unterschiedliche Motive, denen allerdings eins gemein ist: Sie wurden durch gezielte Einflussnahme des Kremls in Deutschland nachhaltig befördert und gefüttert.

Die Untersuchung von Bingenier und Wehner konzentriert sich vornehmlich auf die SPD, bezieht aber auch die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel ein. Im Mittelpunkt steht Ex-Kanzler Gerhard Schröder. Seine Neigung, öffentliche politische Belange mit privaten geschäftlichen zu ver-

mengen, und sein ausgeprägtes Verständnis für Autokraten färben ab auf sein Netzwerk. Und wer sich, nebenbei bemerkt, die männerbündlerischen Züge dieses Netzwerks im Rückblick vor Augen führt, dem wird deutlich, wie sehr die Forderungen nach einer feministischen Außenpolitik durch eine solche Form des Politikmachens gespeist wurden.

Schröder und seine Verbündeten dominierten zunächst die SPD in Hannover, dann in Niedersachsen und schließlich, ab 1998, auch Bundes-SPD und Bundesregierung. In der rot-grünen Koalition bestimmte, getreu der Formel vom Koch und Kellner, der Bundeskanzler die Beziehungen zu Moskau; der grüne Außenminister Joschka Fischer begnügte sich mit kritischen Anmerkungen von der Seitenlinie.

Als Putin vor dem Hintergrund des zweiten Tschetschenien-Krieges (der durch ähnlich brutale

militärische Taktiken geprägt war wie der Krieg in der Ukraine heute) im Jahr 2000 zum russischen Präsidenten gewählt wurde, gelang es ihm rasch, Bundeskanzler Schröder für sich einzunehmen. Damit brachte er Moskaus neue, vom KGB inspirierte Strategie der systematischen Einflussnahme auf Deutschlands Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einen großen Schritt voran.

Bingenier und Wehner zeichnen nach, warum diese Bemühungen gerade bei der SPD so erfolgreich sein konnten: Hier bildeten die mythische Überhöhung der Ostpolitik Willy Brandts, die Affinität gerade der niedersächsischen SPD zu marxistisch-leninistischen Regimen und Bewegungen zusammen mit antiamerikanischen Reflexen einen fruchtbaren Nährboden. Hinzu kamen Schuldgefühle gegenüber der Sowjetunion, die allerdings ganz undifferenziert

nur Russland zugutekamen, eine gewisse Ignoranz und Borniertheit gegenüber den Osteuropäern sowie schließlich der vielgepriesene Pragmatismus – und zuweilen auch handfeste materielle Interessen.

Vor diesem Hintergrund erwiesen sich die russischen Bemühungen um systematische Einflussnahme als sehr erfolgreich – und nirgendwo erfolgreicher als bei der Energieversorgung. Die Darstellung, wie aus der in den 1970er und 1980er Jahren vorangetriebenen Diversifizierung der bundesdeutschen Energiebezüge durch Erdgasimporte aus der Sowjetunion – mit klarer Begrenzung auf einen Anteil von 30 Prozent an der Erdgas-Gesamtversorgung – eine Abhängigkeit von russischen Lieferungen von über 50 Prozent entstehen konnte, gehört zu den stärksten Passagen dieser Recherche.

Die Autoren berichten, dass Putin sich bereits in seiner Dissertation mit den Möglichkeiten beschäftigt habe, Rohstoffexporte als politischen Einflussfaktor zu nutzen. Dementsprechend kultivierte Putin Gazprom als eines seiner wichtigsten machtpolitischen Instrumente, und Gazprom bemühte sich energisch, sich über Deutschland auch in Europa festzusetzen und auszudehnen.

Dabei profitierte das russische Unternehmen mit dem kurzen Draht zum Kreml von den Rivalitäten zwischen der deutschen Ruhrgas AG, dem Platzhirsch beim Erdgas-Import-

geschäft, und der BASF-Tochter Wintershall, die ebenfalls ins lukrative Geschäft mit Moskau drängte. Daneben spielten die EU-Markoliberalisierungspolitik und die nachdrückliche Unterstützung einer immer engeren Zusammenarbeit mit Russland durch Deutschlands Wirtschaft und Politik dem russischen Konzern in die Hände.

Auch nach Gerhard Schröders Wechsel vom Kanzleramt in den Gazprom-Aufsichtsrat änderte sich daran nichts. Bundeskanz-



Reinhard Bingener und Markus Wehner: **Die Moskau-Connection. Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit.** München: C.H. Beck 2023, 304 Seiten, 18,00 Euro

lerin Merkel machte sich zwar keine Illusionen über Wladimir Putin, aber sie scheute die Konfrontation mit ihm und überließ das Russland-Portfolio und insbesondere die wirtschaftliche Zusammenarbeit ihren Ministern. Die SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel – beides enge

Weggefährten Gerhard Schröders – blieben auf Kooperationskurs mit Russland. Selbst nach den Kriegen in Georgien 2008 und in der Ukraine 2014 hielten sie und damit die Bundesregierung an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Moskau fest, gerade auch am Pipelineprojekt Nord Stream 2. Dabei entglitt Berlin zusehends die Kontrolle über die energiewirtschaftlichen Verflechtungen, es entstand eine brisante Abhängigkeit von den Energielieferungen Russlands.

Zugleich wurde die Risikovorsorge immer mehr vernachlässigt: So ließ die Bundesregierung es zu, dass Gazprom auch die Kontrolle über einen Großteil der deutschen Erdgas-Speicherkapazitäten und damit ein zentrales Element der Krisenvorsorge übernehmen konnte. Noch wenige Monate vor Ausbruch des Ukraine-Krieges, so berichten Bingener und Wehner, kam eine interne Prüfung des Wirtschaftsministeriums zu dem Ergebnis, die Versorgungssituation Deutschlands mit Blick auf russische Erdgaslieferungen sei unbedenklich. Inzwischen wissen wir es besser.

Abhängigkeiten aufarbeiten

Eine umfassende Aufarbeitung all dessen, was diese gefährlichen Abhängigkeiten ermöglichten, steht bis heute aus. Eine erste Bestandsaufnahme hierzu liefert die Zeitschrift *SIRIUS* in ihrem jüngsten Heft. Die Befunde dort (zur Russland-Politik Deutschlands unter Bundes-

kanzlerin Merkel von Andreas Heinemann-Grüder und zur deutschen Energiepolitik von Frank Umbach) decken sich mit den Einsichten, die uns Bingener und Wehner vermitteln. Joachim Krause zieht Parallelen zwischen dem Debakel der deutschen Russland-Politik seit 2000 und den „strategischen Irrtümern“ des Deutschen Reiches von 1890 bis 1914. Diese Parallelen sieht Krause – bei allen gewichtigen Unterschieden – im Fehlen eines „strategischen Zentrums“ und einer kohärenten strategischen Diskussion der deutschen Regierungen, deren unterschiedliche Organe jeweils eigene Außenpolitiken verfolgen. Vergleichbar scheinen ihm auch die Verknüpfung von Wirtschaftsinteressen mit antibritischen beziehungsweise antiamerikanischen Einstellungen und ein (falsches) Bewusstsein moralischer Überlegenheit, das die strategische Verblendung des wilhelminischen Deutschlands wie der Berliner Republik begünstigt habe.

Einzigartige Hassliebe

Für diejenigen, die tiefer in den Komplex der Missverständnisse und Fehleinschätzungen eintauchen und sich ein umfassendes Bild von Deutschlands Verhältnis zu Russland machen wollen, ist die Studie des Osteuropahistorikers Gerd Koenen „Der Russland-Komplex“ jetzt um ein umfangreiches Nachwort ergänzt und neu aufgelegt worden. Dieses Buch beschreibt zusammen mit der zeitgleich



SIRIUS, Zeitschrift für strategische Analysen, Band 6 Heft 4, ca. 100 Seiten, kostenfreier Download



Gerd Koenen: **Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten.** München: C.H. Beck 2023, 2023, 560 Seiten, 34,00 Euro



Gerd Koenen: **Im Widerschein des Krieges. Nachdenken über Russland.** München: C.H. Beck 2023, 317 Seiten, 20,00 Euro

erschienenen Essaysammlung „Im Widerschein des Krieges“ kenntnisreich den „Komplex der wechselhaften deutsch-russischen Sonderbeziehungen und Kollusionen“, wie Koenen es im „Russland-Komplex“ nennt.

Dabei wird deutlich, wie eng verschlungen die Geschichte der Länder war und wie sehr sie einander in einer Hassliebe von weltweit wohl einzigartiger Intensität zugetan waren – und vielleicht noch immer sind. Im Unterschied zu Deutschland hat Russland seine Obsession einer Weltmachtrolle und – damit verbunden – seine Hinwendung zum Totalitarismus noch immer nicht abzustreifen vermocht. Es hat es freilich auch schwerer, denn viele Russen verstehen sich nicht als Nation, sondern als Staatsvolk in einem imperialen Konstrukt.

Koenen liefert die historische Tiefenschärfe zur Analyse von Bingener/Wehner. So verfolgt er das große Interesse der deutschen Wirtschaft am Osten zurück bis zum Russland-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, der in den Anfangsjahren der Weimarer Republik begründet wurde. In der alten Bundesrepublik kehrte er als einflussreicher Ostausschuss der deutschen Wirtschaft wieder.

Die „neue Ostpolitik“, die Willy Brandt und Egon Bahr unter dem Leitmotiv „Wandel durch Annäherung“ in den 1960er Jahren konzipierten und dann seit 1969 umsetzten, wurde 1970 von einem ersten großen Erdgas-Röhrengeschäft mit der Sowjetunion flankiert, damals

als „Deal des Jahrhunderts“ gefeiert. Allerdings erzeugte diese deutsch-russische Annäherung schon damals Wandel nicht nur im Osten, sondern auch in der Bundesrepublik selbst.

Das zeigte sich, als in Polen die Gewerkschaft Solidarność – die dem Motto Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ folgte – nach der Verhängung des Kriegsrechts 1981 zerschlagen wurde: Bundeskanzler Helmut Schmidt sah darin keinen Grund, einen Besuch bei Generalsekretär Erich Honecker in der DDR abzusagen, und Egon Bahr äußerte gar Unterstützung für das De-facto-Recht der Sowjetunion, ihren Einflussbereich in Osteuropa zu sichern, mit welchen Mitteln auch immer.

Faktisch positionierte sich die bundesdeutsche Außenpolitik in den 1980er Jahren als Garant des geopolitischen Status quo in Mitteleuropa im Rahmen eines deutsch-russischen Kondominiums. Das änderte sich auch unter Bundeskanzler Helmut Kohl nicht: Insbesondere Franz-Josef Strauß bemühte sich damals vehement um eine wirtschaftliche Stabilisierung der DDR.

Deutsche Überforderung

Liegt der Schwerpunkt bei Bingen/Wehner bei den Einflussstrategien Putins und bei Koenen auf den historischen Hintergründen des Beziehungsgeflechts, so interessiert sich Bettina Stangneth weniger für die deutsch-russischen Beziehungen per se noch für Wladimir Putins Russland,



Bettina Stangneth: **Überforderung. Putin und die Deutschen**. Berlin: Rowohlt 2023, 2023, 144 Seiten, 16,00 Euro

sondern für unseren eigenen Blick auf Putin und seinen Krieg. Der in Ostdeutschland geborenen und aufgewachsenen Philosophin ist dabei eine eigentümlich verzerrte Wahrnehmung Putins hierzulande aufgefallen, die sie – wie ich meine zu Recht – mit unserer eigenen Vergangenheit in Verbindung bringt.

Es scheint uns Deutschen schwer zu fallen, uns Russland als ein Gemeinwesen vorzustellen, das sich dem ideologisch verblendeten Vernichtungswillen eines Einzelnen überlassen hat und sich dazu hergibt, Nachbarstaaten zu überfallen und ihre Bewohner, ihre Gesellschaften und Kulturen auszulöschen. Was steckt dahinter, so fragt sie, „wenn der Weltenbrandstifter von gestern, der seit Jahrzehnten aus

seiner Geschichte lernt, das Feuer nicht sofort erkennt, nur weil es diesmal ein anderer gelegt hat?“ Die Antwort gibt der Titel ihrer Streitschrift: „Überforderung“. Sie meint damit den Umgang mit unserer Geschichte: Sie überfordert uns, verleitet uns so zu einem „abgesicherten Modus des subjektfreien Sprechens ... es nützt (so) immer auch der eigenen Imagepflege und liefert den Nachweis, dass das eigene das moralisch überlegene System ist“.

Wie gefährlich das politisch werden kann, zeigt das strategische Versagen der deutschen Russland-Politik. Aus dieser Haltung herauszufinden, täte uns gut, auch mit Blick auf die noch größere Herausforderung durch China. Auch im Verhältnis zu Peking hat sich Berlin lange ähnlichen Illusionen hingegeben wie in den Beziehungen zu Russland. Und auch Chinas Kommunistische Partei verfolgt seit Langem eine systematische Strategie der Einflussnahme über Netzwerke, in denen sich wirtschaftliche Interessen mit politischer Naivität oder Zynismus verbinden. Es ist deshalb höchste Zeit, aus den Fehlern der deutschen Russland-Politik zu lernen. Denn die Herausforderung durch Russland gleicht einem Sturmtief, die durch China dagegen dem Klimawandel.



Prof. Dr. Hanns W. Maul

ist Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und Senior Policy Fellow beim Mercator Institute for China Studies (MERICS).

Maos lange Schatten

Eine Autorin und fünf Autoren widmen sich den internationalen Dimensionen von Chinas (Wieder-)Aufstieg und entdecken so manches, das bislang unterbelichtet geblieben war.

Von Marko Martin

Über die oft als Völkermord bezeichneten chinesischen Staatsverbrechen an der muslimischen Minderheit der Uiguren gibt es mittlerweile zahlreiche Bücher. Mathias Bölingers „Der Hightech-Gulag“ fügt dem bereits Bekannten, wenngleich quasi Unvorstellbaren, noch einige wichtige Aspekte hinzu. Der Sinologe und langjährige China-Korrespondent hat für sein Buch nicht nur Zehntausende geleakte Dokumente mit Millionen Datenzeilen gelesen und analysiert – es gelingt ihm überdies, skrupulös recherchierte Einzelschicksale in einen größeren Zusammenhang einzubetten.

Denn natürlich stellt sich die Definitionsfrage: Ist das mittlerweile weit fortgeschrittene Unterfangen, die Uiguren als eigenständige Ethnie zu dezimieren oder gar auszulöschen, sind Massenverhaftungen, brutalste ideologisch-kulturelle Umerzie-

lungsmaßnahmen, Vergewaltigungen, Sterilisierungen und forcierte Eheschließungen zwischen Han-Chinesen und Uiguren als Genozid zu bezeichnen?

Mathias Bölinger bezieht sich auf die Völkermordkategorien, welche die Vereinten Nationen 1948 festgelegt haben, und kommt zu folgendem Resümee: „Ein Völkermord muss nicht zwangsläufig durch gezielte Massentötungen verübt werden. Wenn die anderen Tatbestände in

derselben Absicht und mit demselben Ergebnis verübt werden, kann auch das einen Genozid darstellen.“ Dieser freilich hat eine Vorgeschichte. Bereits unter der Qing-Dynastie waren im Jahre 1757 im Norden der heutigen Provinz Xinjiang innerhalb weniger Monate alle Männer und Jungen ermordet worden, derer die kaiserlichen Truppen hatten habhaft werden können; Frauen und Kinder wurden versklavt.

Die offizielle Geschichtsschreibung schweigt darüber ebenso wie über eine frappierende Kontinuität: „In Xinjiang standen die Kommunisten vor einem Problem. Bis zur Machtergreifung 1949 hatten sie vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen. Nun erhoben sie Anspruch auf das gesamte Gebiet des Qing-Reiches. Kein noch so überzeugt vorgebrachter Anti-Imperialismus konnte sie dazu bringen, ihr koloniales Erbe auszuschlagen.“



Mathias Bölinger: **Der Hightech-Gulag. Chinas Verbrechen gegen die Uiguren.**
Verlag C.H. Beck, München 2023,
256 S., 18,00 Euro

Bölinger arbeitet präzise heraus, welcher Staat damals als Vorbild diente, um mit progressiv-antikolonialistischer Rhetorik das vormalige Imperium zu bewahren – Lenins und Stalins Sowjetunion, wo man ja ebenfall nicht auf all die Länder und Regionen verzichten wollte, die einst unter dem Zar erobert worden waren. Auch heute, so der Autor, seien sich China und Russland einig in ihren Geschichtsklitterungen, ihrem ungebrochenen Großmachtdenken und einer gewalttätigen Homogenisierungsstrategie. So wie für Putin die Ukraine „russische Erde“ ist, so stellt für Pekings Regime die bisherige muslimische Mehrheitsbevölkerung von Xinjiang eine bedrohliche Minderheit dar, die unbedingt zu „verschmelzen“, ergo auszulöschen sei.

Das vernehmliche Schweigen muslimischer Länder zu Pekings Massenverbrechen an ihren Glaubensgenossen wird plausibel als Vermählung von Heuchelei mit Wirtschaftspolitik gedeutet – ebenso wie das devote Verhalten deutscher Unternehmen wie Volkswagen und BASF, die im fernen China plötzlich überhaupt keine Probleme mehr damit haben, „politischen Vorgaben“ zu folgen. Dabei sei offensichtlich, dass etwa das VW-Werk in Xinjiang kaum Profit mache, sondern eher ein symbolischer Unterwürfigkeitspreis sei, der für den weiteren Zugang zum chinesischen Markt zu zahlen sei.

Beachtlich, wie der Autor auf knapp 250 Seiten dieses Pano-



Julia Lovell: **Maoismus. Eine Weltgeschichte**. Suhrkamp Verlag, Berlin 2023, 768 S., 42,00 Euro

rama entfaltet, ohne im Material zu ertrinken oder in Schlagwortproduktion abzugleiten. Sein Buch sei deshalb nicht zuletzt auch den inzwischen so zahlreichen postkolonialen Seminaren hiesiger Universitäten dringend empfohlen; auch da gäbe es wohl so manche blinde Flecken zu reflektieren.

Blutige Saat

Jahrzehntelang hatten westliche Intellektuelle den Maoismus ihrer studentischen Jugendjahre zu einer Art Marotte verklärt, die sich im Nachhinein belächeln ließe. Die britische Sinologin Julia Lovell, Jahrgang 1975, beschreibt indessen in ihrem voluminösen Buch „Maoismus. Eine Weltgeschichte“ eine damalige geostrategische und ideologische Gemengelage, die keineswegs zum Schmunzeln ist. Dabei geht die Autorin, die lange in China gelebt und geforscht hat, auf das totalitäre Innenleben des Maoismus und dessen Millionen Opfer nur am Rande

ein – dazu existieren bereits unzählige Studien von Rang. Was sie erstmals in den Blick nimmt, ist der expansive Charakter jener Ideologie, die nach Maos Willen weltweit machtpolitische Wurzeln schlagen sollte. Was ab Ende der sechziger Jahre in Berkeley, an deutschen, italienischen und französischen Universitäten (letztere auch im Bann des kurzzeitig zum Maoismus konvertierten Jean-Paul Sartre) geschah, mag trotz aller damaligen Brachialrhetorik heute in der Tat kurios klingen – und war in den meisten Fällen tatsächlich eher intellektueller Verstiegenheit denn Pekinger Einflussnahme zuzurechnen.

Ganz anders in Vietnam und Kambodscha, im Indonesien der Sukarno-Jahre, in Indien und Nepal oder im südamerikanischen Peru der achtziger Jahre. Dort ging die maoistische Sozialisation des einstigen Hochschulprofessors Abimael Guzmán in einer blutigen Saat auf, die Zehntausenden vor allem peruanischer Bauern das Leben kostete – exekutiert von fanatisch-sendungsbewussten Guerilleros oder als Opfer des staatlichen Gegenterrors. „Der Maoismus des ‚Leuchtenden Pfads‘ war von einer Religiosität, die es in China, vielleicht mit Ausnahme der fiebrigsten Hochphasen des Mao-Kultes, nicht gegeben haben dürfte.“ In anderen Teilen der Welt hatte der Maoismus noch direkter gewirkt – als Pekinger Strategie, nicht nur mit Ideologie, sondern auch mit Waffen

Fakten und Abhängigkeiten zu schaffen. Das geschah samt und sonders unter dem Banner eines vermeintlichen „Antikolonialismus“, der in den zuvor von Franzosen, Briten und Niederländern ausgebeuteten Ländern auf fruchtbaren Boden fiel. Es spricht für Julia Lovells ebenso faktenreiches wie spannend geschriebenes Buch, dass sie diese westlichen Verantwortlichkeiten keineswegs leugnet.

Ohnehin aber scheint in vielen gegenwärtigen Debatten der Kolonialismus lediglich in seiner okzidental Gestalt präsent – Stichwort „Vietnam“. Dagegen zeigt die Autorin auf, wie unter Maos Einfluss „Onkel Hos“ Nordvietnam zu einer rigiden Parteidiktatur geworden war und China auch nach der französischen Niederlage von 1954 in Diên Biên Phủ der alles dominierende „Große Bruder“ blieb. Eine Art anderskolonialistisches Abhängigkeitsverhältnis, wie es in Kambodscha bis zum heutigen Tag fort dauert.

Hier hatte, erleichtert durch die desaströse US-amerikanische Außenpolitik der sechziger und frühen siebziger Jahre, Mao den Ruf eines starken Befreiers aufbauen und Einfluss auf die kambodschanische Innenpolitik nehmen können: von der erfolgreichen Manipulierung des schwachen Königs Sihanouk bis zur Unterstützung der Völkermörder von Pol Pots „Roten Khmer“. Diese Politik überlebte sogar Maos Tod 1976, sodass der seit 1979 in Kambodscha diktatorisch regierende Genosse Hun Sen heute als einer

der treuesten Vasallen Chinas gilt. Auch Robert Mugabes Simbabwe war damals in die Peking-Einflusszone geraten – ebenso wie Nepal, in dem heute die Partei der ehemaligen maoistischen Rebellen die stärkste ist. Selbst in der föderativen indischen Demokratie konnten in einzelnen Landesteilen, mitverursacht durch schreiendes soziales Elend, maoistische Gruppen reüssieren, von denen einige – schräge Ironie



Christoph Giesen, Philipp Grüll, Frederik Obermaier und Bastian Obermayer: „Die Jagd auf das chinesische Phantom“. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2023, 272 S., 20,00 Euro

der Geschichte – inzwischen mit staatskapitalistischen chinesischen Auslandsunternehmen verhandelt sind.

Händler des Todes

Gleich vier Autoren – die renommierten Investigativjournalisten Christoph Giesen, Philipp Grüll, Frederik Obermaier und Bastian Obermayer – haben über die vergangenen Jahre hinweg anhand eines konkreten Falles jenen chinesischen Auslandsaktivitäten

nachgespürt, die eben keinesfalls (wie Peking nicht müde wird zu behaupten) rein wirtschaftlicher Natur sind, sondern sehr wohl militärisch-geostrategisch, ja sogar terroristisch. Ihr Buch „Die Jagd auf das chinesische Phantom“ ist trotz des etwas marktschreierischen Titels (und so mancher auf Dramatik getrimmten Passage) keineswegs schrille Übertreibung, sondern nicht weniger als ein Menetekel für den Westen. Erzählt wird von der Suche nach dem chinesischen Waffenhändler Karl Lee, der – darin vergleichbar mit Osama Bin Laden – bereits seit den George-W.-Bush-Jahren ganz oben auf den Fahndungslisten von CIA, FBI und anderen westlichen Geheimdiensten steht.

„Karl Lee handelt mit dem Tod“, heißt es im Buch. „Er liefert entscheidende Bauteile für Massenvernichtungswaffen. Seit er elektronische Mess- und Steuerungsgeräte an das Regime in Teheran verkauft, werden die iranischen Raketen Jahr für Jahr leistungsfähiger, präziser und tödlicher. Sie bedrohen Israel und kommen immer häufiger zum Einsatz: im Jemen, in Saudi-Arabien, im Irak oder auch gegen die Vereinigten Arabischen Emirate. Karl Lee ist mitverantwortlich für den Tod vieler Menschen, und was noch wichtiger ist: Er könnte damit in naher Zukunft mitverantwortlich für den Tod Hunderter, Tausender, Hunderttausender weiterer Menschen sein.“ Jener Lee nämlich lieferte und liefert unter Umgehung der

UN-Sanktionen dem Iran auch jene Materialien, die im Einzelnen harmlos erscheinen mögen, in ihrer Gesamtheit jedoch unverzichtbar sind zum Bau von Atombomben: Grafit, Kohlefasern, Aluminiumteile, Elektroden.

1972 im äußersten Norden Chinas nahe der russischen Grenze geboren, ist dieser „Händler des Todes“ wohl kaum von (spät-)maoistischer Energie getrieben, eher schon von unbändiger Gewinnsucht. Das Journalistenquartett hat nicht nur ein Firmennetzwerk auf dem chinesischen Festland entdeckt, sondern auch in den dubiosen „Panama Papers“ Spuren von Lees Imperium gefunden. Auch wenn dann bei der äußerst riskanten Recherche vor Ort in der chinesischen Hafenmetropole Dalian angeblich niemand Karl Lee kennt: Das Gesetz der Omertá schützt keinen windigen Vororthändler, sondern einen veritablen Global Player.

Doch weshalb bleibt dann dieses toxische „Phantom“, in seiner Fähigkeit zur klandestinen Vernetzung dem „Vater der pakistanischen Atombombe“ Abdul Qadeer Khan nicht unähnlich, selbst für Geheimdienstprofis unauffindbar, sogar für den gewöhnlich so gut informierten Mossad? Der Verdacht, der im Laufe der Recherche bei Hintergrundgesprächen in Washington und Jerusalem entsteht, ist schrecklich und doch nicht gänzlich unplausibel: Was, so die Autoren, wenn in den USA und selbst in Israel die wirtschaft-

liche Abhängigkeit von China bereits so groß ist, dass man das Riesenreich nicht durch die Verhaftung eines Geschäftsmanns düpieren will, der danach allzu viel ausplaudern könnte über seine Verhandlung mit dem Peking-Partei- und Staatsapparat? Würde derlei dann an die Medienöffentlichkeit „durchgestochen“, gerieten westliche Regierungen möglicherweise unter einen Handlungszwang, der das internationale Gefüge noch stärker ins Rutschen bringen könnte.

Gab es also irgendwann einen stillen Deal, wonach Lee im übertragenen und vielleicht ja auch im wörtlichen Sinn von Peking aus der Schusslinie genommen wird und der Westen im Gegenzug Stillschweigen bewahrt?

Ganz realer Alptraum

Karl Lee sei in China vorläufig in Haft, hören die Reporter am Ende ihrer Suche, und ziehen daraus ein Resümee, das uns alle beunruhigen sollte: Einer wie Lee ist mühelos ersetzbar, während die immensen Möglichkeiten der Volksrepublik, proaktiv zu handeln und international Schaden anzurichten, bei uns im Westen oft noch nicht einmal gedanklich erfasst sind. Stattdessen regiert Gesundheitsbetriebe: China, so eine der häufigsten Selbstberuhigungsthesen, könne als gestan-

dene Atommacht doch überhaupt kein Interesse daran haben, dem Iran als aggressiver Regionalmacht am Golf auch noch bei der atomaren Aufrüstung unter die Arme zu greifen. Doch warum eigentlich nicht? Die China- und Geheimdienstexperten, mit denen die Journalisten reden, sind sich in einem einig: Alles, was den Westen und speziell die USA schwächt und ihre Energien bindet, kann der Volksrepublik von Nutzen sein. Je mehr dabei der Iran in wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit gerät, umso besser – immerhin lassen sich auf diese Weise, salopp gesprochen, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Die derzeitige Nähe zwischen Präsident Xi Jinping und dem Kremlmachthaber Wladimir Putin zeigt, dass diese Strategie auch für Chinas Verhältnis zu Russland Gültigkeit hat – und zwar aus der von Peking seit jeher angestrebten Position der Stärke heraus. Dass eine thrillerartige Geschichte wie ein Schlaglicht internationale Konstellationen enthüllt, kommt üblicherweise nur in Romanen und Kinofilmen vor. In der Karl-Lee-Story indessen muss gar nichts erst per Drehbuch konstruiert werden, um jenen größeren Zusammenhang sichtbar zu machen: als ganz realen Alptraum.



Marko Martin

ist Schriftsteller in Berlin. Soeben erschien im Arco Verlag sein Essayband „Brauchen wir Ketzer? Stimmen gegen die Macht“.

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

Chefredakteur

Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann,
Dr. Joachim Staron
Projektmanagement: Charlotte Merkl,
Louisa Walkenbach
Redaktionelle Mitarbeit: Louisa Warth

Layout

Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift

Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146
ip@dgap.org

Vorstand der DGAP

Dr. Thomas Enders, Präsident
Rolf Nikel, Vizepräsident
Georg Graf Waldersee, Schatzmeister
Jutta Freifrau von Falkenhausen, Syndika
Dr. Thomas Bagger
Carsten Berger
Joanna Klever (Junge DGAP)
Geraldine Schroeder
Prof. Dr. Daniela Schwarzer
Dr. Guntram Wolff, Direktor
Martin Bialecki, Chefredakteur
Dr. Monika Lüke, COO

Marketing und Anzeigen

Charlotte Merkl
merkl@dgap.org
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146

Druckerei

Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10-16 | 49074 Osnabrück

Pressevertrieb

DPV Deutscher Pressevertrieb GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise

sechs Mal jährlich (zuzüglich
IP Specials als Beilage)

Bezugspreise

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP Special	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studierendenabonnement	73,00 €
Studierendenabonnement Ausland (Nachweis erforderlich)	83,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnementpreise inklusive Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in allen Fragen und Angelegenheiten
rund um Ihr Abonnement der Zeitschrift IP
erreichen Sie uns unter:**

IP Abonentenservice
PrimaNeo GmbH & Co. KG
Postfach 104040
20027 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 23 67 03 38
Fax: +49 (0)40 23 67 03 01
ip@internationalepolitik.de

Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?

Die Mitgliederbetreuung der DGAP, die für die Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist, erreichen Sie unter:

DGAP e.V.
Mitgliederbetreuung/Dr. Steffen Zorn
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 205
Fax: +49 (0)30 25 42 31 16
zorn@dgap.org

www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

06. April 2023



Bildnachweis

Cover: picture alliance / ZUMAPRESS.com / Zhao Yuguo; S.1: Bitteschön.tv; S.2: picture alliance / Bildagentur-online/ AGF-Hermes | Bildagenturonline/ AGF-Hermes; S.3: Issio Ehrlich; S.6: diegograndi /iStock; S.9: ESTHER RUTH MBABAZI/NYT/Redux/laif; S.10: picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Markus Schreiber; S.12: picture alliance / Photoshot; S.16-17: picture alliance / Countrypixel / FRP; S.18: picture alliance / photothek | Michael Gottschalk; S.21: picture alliance / abaca | ABACA; S.27: BMEL/Janine Schmitz/Photothek; S.34: picture alliance / imageBROKER | Ulrich Doering; S.38: picture alliance / Zoonar | Oleksandr Latkun; S.41: picture alliance / Xinhua News Agency | Wang Peng; S.43: picture alliance / abaca | Lapin Oleksandr /Ukrinform/ ABACA;

S.46: picture alliance / Zoonar | Olena Yermenko; S.54: picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Ben Curtis; S.56: picture alliance / Photoshot; S.58: picture alliance/ dpa | Kay Nietfeld; S.68: picture alliance/ dpa | Christophe Gateau; S.75: picture alliance/ dpa/BELGA | Nicolas Maeterlinck; S.79: picture alliance/ dpa/Russian President Press Office | Russian President Press Office; S.84: picture alliance / Xinhua News Agency / Luo Xiaoguang; S.86: picture alliance / abaca | SalamPix/ ABACA; S.89: picture alliance/ dpa | Kay Nietfeld; S.95: picture-alliance / dpa | Bernhaut; S.100: picture alliance / empics | Yui Mok; S.105, 107, 108: Issio Ehrlich; S.114: Henning Kettel; S.117: Bitteschön.tv

Quellennachweis S. 30–31

771.000.000: UNICEF; **619:** World Resources Institute; **3:** Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen; **44:** FAO; **65:** Landmatrix; **23:** Europäischer Rat; **45:** Agrarmarkt Informations-Gesellschaft; **115:** Welthungerhilfe; **500 000 000:** Heinrich-Böll-Stiftung; **175:** Welthungerindex; **50:** Heinrich-Böll-Stiftung; **9,2:** Statista

Vorschau Juli / August 2023

Europa und der Globale Süden: Wie sähe echte Kooperation aus – und welcher Begriff wäre eigentlich angemessener für diese diverse Gruppe von Staaten?
Die IP 4/2023 erscheint am 26. Juni 2023.